

# Lipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Honorementspreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen vierteljährl. 2.10 M., für 1 Monat 70 Pf. (Bestellgeld vierteljährl. 42 Pf., monatl. 14 Pf.).

Redaktion: Tauchaer Straße 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Telephon: 18898.  
Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends  
(außer Sonnabend).

Inserate kosten die gespaltene Pettitzelle oder deren Raum 25 Pf., bei Blattdruck 30 Pf. Schwieriger Sach nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist 8.50 M. pro Tausend für die Gesamtanlage, bei Teilauslage 4 M. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, Hofgebäude. Telephon: 2721.

## Tageskalender.

Das Possenspiel des Empfanges der finanzpolitischen Deputationen durch den Fürsten Bülow ist gestern programmatisch vor sich gegangen.

Im Moltke-Harden-Prozeß wurde der Angeklagte zu 800 M. Geldstrafe verurteilt.

Aufland und Frankreich erklärten sich mit der Aufhebung des Artikels 25 des Berliner Vertrages einverstanden.

Die Truppen der Jungtürken besiegten Konstantinopel. In St. Stefano wurden elf jungtürkische Abgeordnete ermordet.

Die russische Regierung ordnete die Mobilisierung von Truppen für den Einmarsch nach Persien an.

## Ein Parteitag der Ratlosigkeit.

\* Leipzig, 21. April.

Aus Paris schreibt man uns: Am Mittwoch voriger Woche hat der Kongress der "geeinigten französischen Partei" in St. Etienne seine Arbeiten geschlossen. Seine zehn Sitzungen — in vier Tagen — haben die Teilnehmer, aber nicht einen einzigen Gegenstand erschöpft. In der Agrarfrage ist man nach einer Debatte, die sich vom Bericht Compte de Morrel abhebt, in den klassischen Allgemeinheiten bewegte, zum Entschluß gekommen — den Entschluß zu verschieben. Bis zum nächsten Parteitag soll eine neue Agrarkommission eine Liste der sozialistischen Forderungen für die Landbevölkerung ausarbeiten. Die diesmalige Diskussion läßt eine wirkliche — nicht nur deforative — Einigung schwerlich erwarten. Auf der einen Seite stehen die Freunde Jules Guesdes, die eine Förderung der bürgerlichen Genossenschaften wollen, ohne in diesen selbst eine Form sozialistischer Produktion zu sehen, auf der andern Reformisten und Ultrarevolutionäre, die entweder an die allmähliche Überleitung der ländlichen Genossenschaft in den Kollektivismus, oder an die gewaltsame Expropriation des ganzen Bodens oder an beides zugleich und nebenbei noch an die Heilskraft von schlechtem Rezepten, wie eine geschickte Regulierung des Anbaus u. dgl. glauben, wofern sie nicht, wie der Syndikalist Bagatelle, bei dem bescheidenen Programm angelangt sind, den Bauern bloß in seiner Eigenschaft als widerwilliger Steuerzahler zu paden und durch eine Aktion gegen den Parasitismus des demokratischen Staats zu gewinnen — eine Aktion, bei der die monarchisch-klerikale Konkurrenz nicht zu unterschätzen wäre. Für die nicht ungewöhlte Wirklichkeitsfremdheit der Debatte ist bezeichnend, daß die aktuellste Frage der Agrarpolitik, die der Zölle nur einmal — von Guesde — gestreift wurde. Fast ein Drittel der Fraktion dankt ja das Mandat den bürgerlichen Wählern...

In der Frage der Stichwahltautik hat man's beim alten gelassen. Nicht aus der Erkenntnis heraus, daß der in Chalon beobachtete Grundtag, diese Taktik jeweils von den Interessen des Proletariats und der sozialen Republik bestimmen zu lassen, eine hinreichende Regel gebe, sondern weil in der Kommission kein anderer Vorschlag die Mehrheit bekommen konnte und im Plenum ebensoviel eine Möglichkeit hierfür vorhanden war. Die Herold'sche Gruppe wollte Aufrechterhaltung der Kandidaturen unter allen Bedingungen. Ihr Antrag hatte eine rein "antiparlementarische" Begründung. Da sie das allgemeine Wahlrecht als Mittel zur Eroberung der politischen Macht grundsätzlich für nichts einschätz und jeden sozialen Fortschritt nur von der "direkten Aktion" erwartet, ist ihr die Zusammensetzung des Parlaments völlig gleichgültig. Die Delegierte Frau Pelletier ging sogar so weit, zu sagen, daß der Sozialismus auch die Frage Monarchie oder Republik ganz bedeutungslos sei, eine Erklärung, die allerdings von Hervé abgeschwächt wurde. In der Tat wäre es wünschenswert, daß die Sozialisten in der Stichwahl nicht für Bürgerliche stimmen gingen. Aber Hervé ist gegen die beste Sicherung dieser Politik, gegen den Proporz und begegnet sich auch hier, wie so oft, mit dem freien Bruder Breton, der im Proporz die endgültige Beiseitung der "republikanischen Solidarität" erblickt. Breton stand diesmal allein — nicht einmal Baronne fand den Mut, angehört der Liebeswerbungen der Radikalaten bei der demokratischen Allianz, einer ausgesprochenen grobkapitalistischen und sozialkonservativen Gruppe, das von ihnen angebotene Wahlsündnis zu empfehlen. Die stillen Anhänger der republikanischen Solidarität aber verteideten sich hinter der scheinbaren brüderlichen Föderiertheit der geforderten einfachen Zurückziehung sämtlicher Kandidaturen, die nicht die relative Mehrheit im ersten Wahlgang erhalten haben. Praktisch bedeutete dieser Antrag, daß die sozialistischen Wähler ohne weitere Abmachung für den Bourgeoisradikalen stimmen geben sollten. Mag es aber noch so wenig wünschenswert erscheinen, daß die sozialistische Partei im zweiten Wahlgang ihre Wählerschaft für das "kleinere Nebel" unter den bürgerlichen Kandidaten zur Urne schickt, so ist dieser organisierte, von politischen und sozialpolitischen Interessen geleitete Aufmarsch doch zweifellos einem Zustand vorzuzeigen, wo die Partei ihre Wähler führungslos in das Getriebe der bürgerlichen Demagogie geraten läßt. Denn daß die Zurückziehung der Kandidaten meist Wahlsenthalzung bedeuten würde, ist keine Frage. Der französische Arbeiter geht wählen, auch wenn er das ganze Jahr „antiparlementarisch“ Rednern applaudiert. Die antiparlementarische Agitation bewirkt höchstens, daß er sich weniger Bedenken macht, für bürgerliche Kandidaten zu stimmen, da ja doch die Deputierten ohne Unterschied Parasiten und Volksbetrüger sein sollen.

Auch die Frage der Stichwahltautik ist also, bis zum Parteitag des nächsten Jahres, der vor den Wahlen stattfinden soll, vertagt worden. Vermutlich wird es auch dann beim Beschuß von Chalon bleiben. Nämlich formell, denn in Wirklichkeit wird ja ohnehin jede Föderation tun, was sie will.

Sie kann es um so sicherer, als das Bestreben, alle Parteien zu verkleistern, in der Partei alle übrigen Grundsätze aufzulösen. In St. Etienne hat man in dieser Beziehung, unter furchtbaren Lärmenden Dräus, erstaunliche Eierläden ausgeführt. Das Parteistatut erwies sich als eine wahre Fundgrube von Nullitätsgründen. Breton, Baronne, Hervé, die gegen das Streikrecht der Beamten gestritten und in bürgerlichen Blättern gegen einen Parteidaten geschrieben haben, werden pardonierte, weil die anklagenden Föderationen die Sache nicht vor die erste Instanz, die Föderation dieser Deputierten, gebracht haben. Und Hervé, der im Norden eine separatistische Föderation, im Seine-Departement eine "insurrektionelle" Geheimorganisation innerhalb der Organisation begründigt, wird ähnlich losgesprochen. Der Föderation des Pas-de-Calais, die sich als Kandidaten einen Kabinettssabunkten Biavain versprach, hat, will man ebensoviel nahtreten und begnügt sich mit einem Beschuß, der dem Herrn die Alternative stellt, zwischen seiner Stelle und der Kandidatur zu wählen. Wenn er aber auf die erste nicht verzichtet, wird die Föderation ihn vermutlich auch nicht fallen lassen, und da sie die drittstärkste ist, hat sie eine ziemliche Chance, nicht gemert zu werden.

Die Einigkeit der Partei besteht ja überhaupt nur noch dank der allseitigen Bereitwilligkeit, über die Seitenlinie der andern aus Gegenseitigkeit die Augen zuzudrücken. Wer hatte man in Toulouse zu eigner Errbauung und um der bürgerlichen Welt zu imponieren ein blendendes Feuerwerk abgebrannt, so spürte man davon in St. Etienne nur noch den in die Augen beißenden Schwefel. Im letzten halben Jahr hat die Parteianarchie — man darf das Wort in jedem Sinne nehmen — teilende Fortschritte gemacht. Für die Partei wurde die Toulouser Resolution in einer Bearbeitung für die untreue Jugend ausgegeben, um die anarchistischen "Kameraden" nur ja nicht durch die Anerkennung des Kampfes, um die politische Macht zu verstehen und die Weiternutzung Wallants und seiner Freunde gegenüber den Anarchosozialisten brachte es schließlich so weit, daß der konfuse Neu-Blanquismus Hervé in der Seine-Föderation sogar die immerhin auf dem Boden des Massenkampfes stehenden Syndikalisten und ihre Förderer in die Minderheit brachte. In Paris sind jetzt die Schlagworte von Geheimorganisation, Kampforganisation u. dgl. im Schwung und auf dem Parteitag hat man, als Erstes für die fehlende Massenorganisation, einen Appell an die Deklassierten vernommen.

Sicherlich dürfen die Schwierigkeiten nicht unterschätzt werden, unter denen eine von den Anhängerinnen des wissenschaftlichen Sozialismus ausgehende sozialistische Partei im kleinenburgerlichen Frankreich, mit seinen fortwährenden revolutionären Seltentreditionen und mit seiner demagogischen Oberschicht günstigen parlamentarischen und außerparlamentarischen Sensationspolitik arbeitet. Man würde der sozialistischen Parlamentsfraktion nicht gerecht werden, wollte man ihre Disziplin nur an der festgefügten sozialistischen Klassenparteien anderer Länder und nicht auch an der der andern historischen Parteien der französischen Politik messen. Wenn z. B. der Parteitag parlamentarische Vertreter ernennen müßte, im Falle ihrer Abwesenheit

## Seuilleton.

### Das Herz.

Roman von Peter Egge.

Nachdruck verboten.

10.

Er kam nach Hause, als die Uhr fast neun war, und ging geradeswegs ins Schlafzimmer, ohne jemandem zu begegnen. Er wusch sich und kleidete sich um und ging mit der Jagdtasche hinunter, die er auf die Rückenbank warf. Im Zimmer stand der Frühstückstisch schimmernd da und wartete auf ihn. Da wurde er flüchtig daran erinnert, daß er hungrig war.

Sie kam aus dem Zimmer hinter der Eßstube herein. Und ihr Herzenschlüssel nahm die Last des nächtlichen Traumes von ihm. Ganz zu ihm heran kam sie, und er hielt sie fest.

"Du hast dich einfach gefühlt."

"Ich kann nichts dafür, daß ich sand, du warst lange fort."

"Nein... aber... aber du bates mich nicht, zu Hause zu bleiben."

"Du bist ja ein alter Jäger, und da wäre es vielleicht ein Opfer gewesen, zu Hause zu bleiben."

"Ich bin nicht bang vor einem Opfer, Kirsten. Aber du bist bang, ein Opfer von mir zu fordern."

"Sie sah fort."

"Bin ich das? — Ja, vielleicht ist es so."

"Über daswegen?"

"Ich weiß es nicht, Eilert. — Habe nie darüber nachgedacht."

Sie entwand sich ihm mit diesen Worten. Über nun war er in Zug gekommen. Die Nacht, die hinter ihm lag, drängte nach. Er verfolgte sie:

"Warum bittest du mich niemals um etwas... um ein Opfer?"

"Du erträgst ja meine Wünsche."

Sie war tapfer. Sie hatte keine Bewegung zu verdecken. Und das verlebte ihn. Wieder sollte er den Körper zwingen. Niemals konnte er sie aus dem Schlafwinkel herausbekommen, in den sie flüchtete, wenn er nach ihrem Herzen grub.

Sie setzte sich, um zu essen, und keins von beiden hatte etwas zu sagen; denn es fielen nur einige selbstverständliche Worte.

Nach der Mahlzeit stand sie am Fenster und sah nach den Speichern hinüber. Die Sonne lag golden darauf. Da dachte er daran, wie rot sie am Morgen in dem Zimmer auf dem Heidhof gewesen war.

Er umfaßte sie und zog sie an sich und flüsterte:

"Kirsten, du sehst dich nach einer Reise in die Welt hinaus... Jetzt ist der Frühling da. Warum sagst du es nicht?"

Sie riß sich los. Er sah sie mitten im Zimmer stehen, bleich und die Hände zusammengeklemmt. Sie zitterten.

"Du erträgst einen jeden Wunsch, den ich habe!"

"Ja... und das kannst du nicht leiden."

"Du liegst auf der Lauer, um sie zu erschrecken. Da solltest du nicht tuu."

Er wartete, bis er Worte fand.

"Bin ich etwa aufdringlich und taktlos gewesen, Kirsten?"

Sie ward zaghaft; denn er war so gewaltig und groß und würdig, als er fragte, und die Stimme flang schmerzlich und finster.

"Ich kann nichts dafür; aber es ist, als tötest du mir ein Unrecht, wenn du ergrüßest, wozu ich nun wohl Lust habe... oder wonach ich mich sehne, was ich wünsche."

"Ich wollte dir nur die Reise anbieten..."

"Ja, lieber Eilert. Aber... aber du solltest warten, bis es dir paßt, zu reisen, so daß ich dich begleite, und nicht du in ich."

Er stand da, als suchte er wieder nach Worten, gab es dann aber auf, wandte sich langsam ab und schlenderte durch das Zimmer.

"Du solltest fordern, damit ich geben müßte, Eilert."

Er setzte seinen Gang fort — ganz bis ins Wohnzimmer hinein. Sie trat an den Tisch. Die Tassen, nach denen sie griff, kletterten. Da stellte sie plötzlich hin, was sie in den Händen hatte, schüttete dem Mädchen und ging ins Wohnzimmer hinein. Sie schloß die Tür hinter sich und näherte sich ihm. Er sah lange im Zimmer. Sie konnte sein Gesicht sehen. Und da hielt sie eine Weile inne mit dem, was sie sagen wollte.

Die blaugrauen Augen waren schwarz geworden, und das ganze Gesicht bleigrau, sogar der Schädel unter dem dunklen geschnittenen Haar.

"Hilf mir, Eilert, daß ich kein andres Wünschen und Sehnen in der Welt habe als dich."

Sie nahm einen Anlauf, als wolle sie ganz zu ihm hin, hielt aber unschlüssig inne und suchte mit Augen und Stimme;

nicht bürgerliche Abgeordnete für sich abstimmen zu lassen, so hat man in diesem Zustand mehr eine Mächtigkeit aus dem historischen bürgerlichen Parteiwesen, als eine Versallorscheinung zu sehen. Aber es ist nicht zu ver-  
kennen, daß der in angehende Mut, die der Partei-  
einheit widerstrebenden Kräfte zu bekämpfen, an Verfall  
mehrt. Janvins, der immer die Zukunft in Rosenwolken  
sieht, tröstet sich über alle separatistischen, blockreformistischen  
und anarchistischen Aktionen mit dem Worte, daß das  
Kindereien seien, die die wachsende Partei überwinden  
werde. Aber die französische Arbeiterbewegung ist über die  
Kinderjahre hinaus und in einem Alter, worin kindisches  
Gebaren nicht mehr als harmloser Rest jugendlicher Ge-  
mütsverfassung angesehen werden muß.

Ist überhaupt die Zuersticht auf dieses Fortschreiten so  
fest begründet? Gewiß, die letzten Wahlen haben einen be-  
deutenden Zustrom von Wählern gezeigt und der bürger-  
liche Radikalismus hat sein Ansehen, namentlich in den von  
ihm vertretenen, dem Proletariat nahestehenden Schichten,  
völlig eingebüßt. Politisch wäre die Situation für die ge-  
eigneten Sozialisten ausgezeichnet — wenn nicht die Partei  
daran wäre, sich selbst den Totenschein auszuholen. Für  
eine forschreitende Partei war der Kongress in St. Etienne  
in hohem Grade kompromittierend. Nicht wegen der hef-  
tigen persönlichen Auseinandersetzungen, denen keine Partei  
entgehen kann, die außer Klasseninteressen namentlich  
auch allgemeinen demokratischen Interessen zu dienen hat,  
aber wegen des faulen Friedens, der der nachbarschaftlichen  
Vereinbarung der Personen den Entschluß  
in der Sache selbst opferte. So bleibt die sozialistische  
Partei gerade in einem Augenblick unsichtbar, wo sie sich als  
die geistige und politische Führerin des Proletariats er-  
treten müßte. Das Übergreifen der Gewerkschafts-  
bewegung auf die Beamtenchaft zeitigt eine schwere poli-  
tische Krise. Es handelt sich darum, die Konsequenzen der  
Demokratie in dem bisher noch autoritär gegliederten  
Staatsorganismus zu ziehen. Es wäre eine verhängnis-  
volle Selbsttäuschung, in diesem für die Entwicklung des  
Klassenkampfs ungeheuer wichtigen Prozeß schon einen An-  
griff auf die kapitalistische Ordnung selbst zu sehen. An-  
archistische Ideologen und Konfusionsräte, die ja auch den  
wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterschaft dem „Kampf  
gegen die Autorität“ unterordnen, dürfen die Agitation  
der unzufriedenen Beamtenchaft mit dem proletarischen  
Angriff auf die kapitalistische Ausbeutung in der wirren  
Vorstellung einer Allerwelts-Revolution identifizieren.  
Sozialisten aber müßten zeigen, daß sie Klarheit und  
Mut besitzen, in diesem Chaos den proletarischen Massen  
den richtigen Weg zur Befreiung zu weisen. Statt dessen  
überläßt die Partei den anarchistischen Prahlhänsen völlig  
das Feld und begnügt sich mit der Aufgabe, bescheidener  
parlamentarischer Dienstleistungen, für die sie obendrein  
noch anarchistische Beschränkungen mit Märtyrergeduld  
einstellt. Sie gibt die Rolle, das Proletariat zu organi-  
sieren und zu führen, mit einer bequemen Verweis auf  
die Autonomie der Gewerkschaftsbewegung preis und sieht  
untätig zu, wie die von solchen Skrupeln nicht befallenen  
Anarchisten die syndikalistische Konfusion für ihre Des-  
organisationspolitik ausnutzen. Von ihren eigenen „Anti-  
parlamentarien“ läßt sie sich in das Ausstragstüchlein des  
ohnmächtigen parlamentarischen Schwabes sehen und so vor  
dem Land ihre Ohnmacht im sozialen Kampfe darturn.  
Nur die Aussicht bleibt ihr gewahrt, die Kosten des Ab-  
neuers bezahlen zu müssen, in das die anarchistische In-  
trige das Proletariat treiben will. Unter dem Druck der  
Reaktion mag dann das liebliche Blockspiel der „Vertei-  
digung der Republik“ von neuem anheben. Der Herbeis-  
mus ist dann nur die Vorfrucht eines neuen Possibilismus  
gewesen. Die Saat des Sozialismus aber ist wieder ein-  
mal niedergetreten.

## Die Rebellion in Konstantinopel.

Die jungtürkische Operationsarmee rückt unangestoppt  
gegen Konstantinopel vor, ja die letzten Nachrichten be-  
richten schon von der erfolgten Belagerung Konstantinopels.  
Die Berichte über das bevorstehende Schicksal des Sultans  
widersprechen sich. Während einige Berichte die erfolgte  
Entthronung und die Flucht des Sultans melden, demon-  
strieren spätere Nachrichten die Gericke, die überhaupt von  
einer Entthronungsabsicht des Komitees erzählen. Die  
Botschafter Englands, Russlands und der französischen  
Republik wurden gestern vom Sultan empfangen und viel-  
leicht ist es diesem Umstande zuzuschreiben, daß das jung-  
türkische Komitee den unblutigen Einmarsch erstrebt.  
Augenscheinlich will man den kapitalistischen Mächten den  
erwünschten Vorwand einer Einnahme möglichst ver-  
sagen.

„Du . . . du . . . sobald du den leisesten Widerstand  
bei mir spürst, gibst du nach. Und ich warte doch nur  
darauf, daß mein Widerstand vor dem deinen fallen soll.“

Da platzte es aus ihr heraus:

„Verlange doch etwas von mir, etwas, das ich am  
liebsten nicht will, aber wollen muß, weil du es willst.“

Sie schmiegte sich an ihn, als sei eine Gefahr im Anzug.

Er vergaß sie über ihren Worten, und schwieg und  
führte sie nicht an. Und wußte es nicht. — Er hatte eine  
neue Stimme in seinen Stuben gehört und neue Augen  
geschenkt.

Lange lag ihr Gesicht an seinem Hals geborgen, ehe  
sie den Kopf hintenüber legte und ihm in die Augen sah  
und so sonderbar lächelte. Auch das Lächeln war neu.  
Plötzlich preßte sie ihren Mund auf den seinen. Und  
während des Kusses dachte er daran, daß es das erste Mal  
war, daß ihr Mund den seinen suchte und ihn fand. Aber  
er dachte nicht daran, daß er den Schuh nicht erwähnte.

Als sie ihn freigab, erhob er sich jäh.

„Ich muß ins Kontor hinunter.“

Er nickte, ohne daß sein Gesicht die Unerhörlichkeit  
abgelegt hatte, und ging langsam hinaus.

Als er in das innere Kontor hinabkam, schloß er die  
Tür hinter sich. Das pflegte er nur zu tun, wenn ein  
Gewitter ihn durchbrauste.

Er stützte sich auf das Pult und stand nebenan da. Eine  
Last lag auf ihm. Er litt unter einer schmerzenden  
Scham.

— Sie hatte recht. Man erbettelt sich keine Liebe.  
Man erkaufst sie auch nicht. Wem sie nicht geschenkt wird,  
dem bleibt nur eins übrig: — Macht zu gebrauchen . . .  
wenn er stark genug ist und klug genug.

(Fortsetzung folgt.)

Der Annexionvertrag mit der österreichischen Mon-  
archie wird am Montag ratifiziert werden. Über eine  
Gefährdung der Freuden in Kleinasien liegen keine neuen  
konkreten Berichte vor.

Die letzten Berichte lauten:

Konstantinopel, 20. April. Die in Smyrna liegende türkische  
Geschwaderdivision hat sich für das jungtürkische Komitee er-  
klärt. — Die Wallis von Saloniki, Tesklik und Monastir haben  
telegraphisch ihren Willen bekannt, das Ministerium nicht an-  
zuerkennen. — Vier Bataillone sind in Izpel gelöscht, weitere  
Truppenabfertigungen von Adrianopel gegen Konstantinopel sind  
eingestellt. Aus dem Korpsbereich von Saloniki dauern die  
Transporte von Truppen aller Waffen nach Konstantinopel fort.  
— In allen europäischen Wlajets hat das jungtürkische  
Komitee eine strenge Depeschen- und Postüberwachung eintreten  
lassen.

Konstantinopel, 20. April. Der Austausch der Missionen  
des österreichisch-ungarisch-italienischen Ententeprotokolls ist für  
Montag angesetzt.

Konstantinopel, 20. April. Die bei den Truppen in San  
Stefano befindlichen Abgeordneten beschlossen, eine Deputation  
an den Sultan zu senden, um ihn zur Abdankung zu veranlassen.  
Wie der Neuen Freien Presse aus Konstantinopel gemel-  
det wird, hat der Sultan gestern abend auf dringende Vorstel-  
lung des gesamten Kabinetts nach ausdrücklicher Weigerung  
schließlich in die Abdankung eingewilligt, wenn sein Leben garantiert  
werde. — Die aus Saloniki erwartete Antwort dürfte be-  
reits eingetroffen sein und bedingungslos lauten. Um eine  
etwaige Flucht des Sultans zu verhindern, und um das Leben  
des Sultans zu bestimmen, verbreite die Flotte vor Besitztash.  
— Gestern um 12 Uhr nachts hatte der Großwesir eine ein-  
einhundertjährige Audienz beim Sultan in Anwesenheit des Palast-  
sekretärs. Die Abdankung Abdul Hamids und die Thronab-  
siedlung Neschads Essendi dürfte zwischen heute und morgen ver-  
laufen und zur öffentlichen Kenntnis gebracht werden.

Konstantinopel, 20. April. An der Börse herrscht hier heute  
eine Panik, weil in Drohschriften angekündigt war, daß die Börse  
mit Bomben beworfen werden würde. Wahrscheinlich handelt  
es sich um eine Mystifikation.

Malta, 20. April. Die Schlachtschiffe Canopus und Ocean  
sowie der Kreuzer Minerva haben Befehl erhalten, heute abend  
nach den türkischen Gewässern abzudampfen. Admiral Curzon-  
Howe befindet sich an Bord der Ocean.

Konstantinopel, 20. April. Der Chef der vor Konstantinopel  
befindlichen mazedonischen Truppen, General Ousni Pascha, er-  
klärte an die Garnison Konstantinopel einen Auftrag, wonin er er-  
klärte, daß das zweite und dritte Armeekorps vor Konstan-  
tinopel angelkommen seien, um die Verfassung für alle Zukunft  
zu sichern, die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und die  
Anstifter der letzten Unruhen zu bestrafen. Die Belagerungs-  
truppen fordern daher, daß alle Mannschaften der Garnison der  
Hauptstadt in Gegenwart des Scheich ul Islam sowie ihrer  
Kommandanten auf den Koran einen feierlichen Schwur ablegen,  
wonach sie den Befehlen ihrer Vorgesetzten blind gehorchen und  
sich für die Zukunft nicht mehr in die Politik mischen werden.

Konstantinopel, 20. April. Der Salonikter Korpskomman-  
deur verhandelt sehr eifrig mit Konstantinopel. Die Stimmung  
ist seit gestern verhältnismäßig, was hauptsächlich darauf zurück-  
zuführt, daß dies eine europäische Intervention herbeiführen  
könnte. Auch die Idee sofortiger Repression scheint fallen ge-  
lassen zu sein. Dafür besteht man unbedingt auf dem Wechsel  
der ganzen hiesigen Garnison. Wahrscheinlich wird man die  
Wiedereinsetzung des Großwesirs Hilmi Pascha und anderer  
Mühlner sowie des Kammerpräsidenten Ahmed Riza und als  
Satisfaktion irgendein demonstratives Eintragen der Salonikter  
und Adrianopeler Truppen verlangen. Der Sultan diktiert den  
Thron weiter innehaben. Jedoch bleibt seine Stellung noch  
nicht eingeschränkt werden, so daß er ganz unter dem Einfluß  
des jungtürkischen Komitees und der Salonikter und Adrianopeler  
Truppen kommen wird.

Konstantinopel, 20. April. Die Abendblätter seien die  
heranrückenden Truppen als Befreier und ermahnen die Be-  
völkerung zur Ruhe. Der Präfekt der Stadt und sieben Vor-  
stadtpräfeten sind den Truppen zur Begrüßung entgegan-  
gen. — Der heute früh hier fällige Konventionaltag und der  
vormittags fällige Orient-Expresszug sind erst abends einge-  
troffen, weil die Bahnhöfe wegen der Ausladung von Geschülen  
und Transporten nicht frei waren. Aus dem gleichen Grunde ist  
der heutige Abendzug nicht nach Europa abgegangen.

Konstantinopel, 21. April. Die Post erklärte, daß sie über  
die Ermordung des Fürsten von Samos keine Nachricht erhalten  
habe, dagegen meldeben die Abendblätter die Ermordung des  
Kabinettschefs des Fürsten, Chalafnos. Es scheint somit eine  
Verwechslung vorzuliegen. — Wie in Istanbul geschickte ver-  
lautet, haben sich die vor dem Hildiz liegenden Kriegsschiffe, die  
noch bis mittag auf der Seite des Sultans waren, gegen nach-  
mittags für die heranrückenden Truppen erklärt. Die Vorhut  
dieser Truppen soll die großen, vor den Mauern Istanbul  
liegenden Kavalleriekasernen besetzen und die dortigen Truppen  
sollen sich den Jungtürken angeschlossen haben.

Konstantinopel, 21. April. Die Lage erschien gestern abend  
völlig verändert, so daß man die Abdankung des Sultans nicht  
mehr für wahrscheinlich hält. Zwischen dem Hauptquartier der  
mazedonischen Truppen und der Post sind ein lebhafter De-  
partementwechsel statt. In allen Telegrammen wird die Person des  
Sultans mit großer Schonung behandelt. Der Scheich ul Islam  
erklärte den Journalisten, von einer Abdankung des Sultans  
sei niemals die Rede gewesen. Alle darauf bezüglichen Gerüchte  
seien völlig unbegründet. Ebenso äußerte sich der Minister des  
Außen und der Handelsminister.

Den Ministerrat nahm die in der bereits gemeldeten Pro-  
klamation aufgezählten Forderungen der mazedonischen Truppen  
an, und der Kriegsminister teilte dies telegraphisch dem Haupt-  
quartier in San Stefano mit. Wie verlautet, wird der Ein-  
marsch in die Hauptstadt erst in einigen Tagen erfolgen, da die  
Truppen in besonderen Kasernen untergebracht werden sollen,  
um sie nicht mit den hiesigen Garisonen in Verbindung zu  
bringen.

Der Großwesir hat gestern vormittag dem Sultan schrift-  
lich seine Demission überreicht, sie auf Bitten des Sultans jedoch  
wieder zurückgezogen und sich bereit erklärt, das Amt noch kurze  
Zeit weiterzuführen. Auch der Kommandant des Konstan-  
tinopeler Korps, Nasim-Pascha, wollte gestern demissionieren,  
hat die Demission aber ebenfalls wieder zurückgezogen.

Eine große Anzahl weiterer Abgeordnete ist am Abend  
nach San Stefano abgefahren, wo in der Nacht eine Beratung  
über die Lage stattfinden soll.

Konstantinopel, 21. April. Gerichte aus dem Hildiz be-  
sagen, es werde der Vorschlag erwogen, den Bahnhof wegen  
Festungsabschluß; auch der Scheich ul Islam sei hierfür, da  
das Schrieger die Abdankung eines Sohnes des Propheten  
nicht kennt. Außerdem würde die Ammarcharnee dadurch der  
Notwendigkeit überhoben, die geholigte Person des Kaisers an-  
zutreten, was unvermeidbar wäre, wenn er nicht abdankt.

Konstantinopel, 21. April. Es der jungtürkischen  
Partei angehörende Abgeordnete, nämlich in Mazedonien ge-  
wählt, sollen von Sofia nach ihrer Ankunft in San Stefano  
ermordet worden sein.

Sofia, 21. April. Aus Konstantinopel eingetroffene De-  
peschen besagen, daß die jungtürkischen Truppen ohne Blutver-  
gießen in Konstantinopel eingedrungen sind und den Hildiz um-  
zingelt haben. Der Sultan soll auf einen russischen Dampfer

geschafft sein. Eine Bestätigung der Nachricht bleibt abzu-  
warten.

Konstantinopel, 20. April. Wie verlautet, befindet sich der  
Sultan nicht mehr im Hildiz, sondern in einem andern Schloss.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Zur Verschmelzung der Verbände des Transport- gewerbes.

Am Sonnabend abend besuchte sich im Gewerkschafts-  
haus zu Bremen eine zahlreich besuchte Versammlung  
der Hafen- und Transportarbeiter mit der Fusion der  
beiden Verbände. Genossen Hömpel vom Centralbörseid  
des Transportarbeiterverbandes vertrat auf die Entwicklung  
der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände,  
erinnerte an die Scharfmacherpraktiken zur Unterdrückung  
und Knebelung der Arbeiter und an die politische Macht  
des Unternehmertums, das Minister stützt und die Re-  
gierung zwinge, nach seiner Pfeife zu tanzen. Nichts  
trenne die Unternehmer, weder die Religion noch das Ge-  
werbe, wenn es gegen die Arbeiter gehe, halte alles zu-  
ammen. Hieran müsse sich der Arbeiter ein Beispiel neh-  
men. Der Redner verbreite sich dann in längeren Aus-  
führungen über die Verhandlungen der Verbandsstage und  
Konferenzen, die sich im Laufe der letzten neun Jahre mit  
der in Frage stehenden Verschmelzung beschäftigt hatten.  
Es sei bedauerlich, so betonte der Referent hierbei, daß  
von den Vorständen des Hafenarbeiter- und Seemanns-  
verbandes der Kartellvertrag der Transportarbeiterver-  
bände gelöst worden sei. Jetzt müßte alles versucht werden,  
die Einheitsorganisation für die Transportarbeiter so  
weit wie möglich zu verwirklichen.

Von fast allen Diskussionsrednern wurde ausdrücklich  
hervorgehoben, daß es nicht auf Tatsachen beruhe, wenn  
behauptet werde, zwischen dem Bremer Hafen- und Trans-  
portarbeiterverband beständen Grenzstreitigkeiten. Es  
entspricht deshalb auch nicht dem wirklichen Sachverhalt,  
wenn man das Nichtzustandekommen der Verschmelzung  
auf die Bremer Verhältnisse zurückführen wolle. Der  
heutige Zustand, so wurde wiederholt betont, sei auf die  
Uneinigkeit der Beamten zurückzuführen. Vom Genossen  
Döring, dem Vorstand des Hafenarbeiterverbandes,  
wurde dagegen eingewendet, daß die ganze Misere auf  
soziale Erwägungen über die Differenzpunkte zurückge-  
führt werden müsse. Nach dem Schlusswort des Referen-  
ten nahm die Versammlung folgende Resolution gegen  
eine Stimme an:

Die am 17. April im Gewerkschaftshause tagende kom-  
binierte Versammlung der Hafenarbeiter und Transportarbeiter  
Bremens nimmt mit Bedauern Kenntnis von dem Scheitern des  
Zusammenschlusses der im Transportgewerbe dominierenden  
Organisationen. Insbesondere kann sie die von den Central-  
vorständen vorgebrachten Gründe, die Grenzstreitigkeiten der  
Bremer Lagerhausarbeiter als stichhaltig nicht anerkennen, denn  
zwischen den Hafenarbeitern und Transportarbeitern bestehen  
keine Grenzstreitigkeiten. Diese sind nur von den Beamten in-  
szeniert, und sollen nur ein Mittel sein, um die wahren Gründe,  
die wohl persönlicher Natur sind, zu verschleiern. Außerdem  
erklärt die Versammlung in der bisherigen Führung und Ver-  
öffentlichung der Verhandlungen nur eine Verschiebung des Zu-  
sammenschlusses durch einzelne Mitglieder der Centralvorstände.

Die Versammlung erwartet von den Centralvorständen  
eine sofortige Wiederaufnahme der Verhandlungen unter voll-  
ständiger Ausschaltung aller Grenzstreitigkeiten, damit der Zu-  
sammenschluß auf Grundlage der Konferenzbeschlüsse vom 7. und  
8. September 1900 in Wölde vollzogen wird. Wir haben es end-  
lich satt, diesen von einzelnen Beamten herausbeschworenen  
Druckclamps länger mitzumachen.

Die Versammlung ist ferner der Ansicht, daß es nur möglich  
ist, durch das Zusammensetzen aller Kräfte des gesamten Trans-  
portgewerbes dem längst international vereinigten, immer brü-  
taler aufstrebenden Unternehmertum eine schlagfertige, egis-  
tanzfähige Organisation entgegenzusetzen. Die Versammlung ver-  
pflichtet sich, kein Mittel unverzüglich zu lassen, den Zusam-  
menschluß endgültig herzustellen.

Die Post hat eine neue Art erdeckt, wie nach ihrer Auflösung  
Arbeitergroßbetrieb „vergedeutet“ werden.

Der Seemannsverband in Hamburg — und unser Wissen-  
schaft der Transportarbeiterverband — haben Aktien der großen  
Reedereien, so vor allen Dingen der Hamburg-Amerika-Linie er-  
worben, um dadurch Vertreter in die Generalversammlungen der  
Reedereien einzufinden und die Interessen der Arbeiter dort vertreten  
zu können. Die Hamburg-Amerika-Linie zahlt nun für dieses Jahr  
seine Dividende, und die Post ergeht sich in den schwersten Vor-  
würfen gegen die Leitung des Seemannsverbandes, weil er einen  
Teil des Gelbes seiner Mitglieder in Aktien angelegt habe, die  
heuer keine Dividende abwerfen.

Die Mitglieder des Seemannsverbandes werben zweifellos  
volles Verständnis dafür haben, daß die Verbandsleitung es er-  
möglich hat, in den Versammlungen der Aktionäre auch die Lage  
der Arbeiter besprechen zu können.

Eine bemerkenswerte Resolution,  
die weitere Partei- und Gewerkschaftskreise interessieren dürfte, fand  
in der letzten Mitgliederversammlung des Metallarbeiter-  
verbands, Bahlstelle Jen, einstimmige Annahme:

Die Art und Weise, wie der Vorstand des Deutschen Metall-  
arbeiterverbandes in der Metallarbeiterzeitung sowie im Metall-  
arbeiter-Nachfolger für die revisionistische Richtung innerhalb  
der Sozialdemokratie, insbesondere in der Frage der Budget-  
bewilligung, Propaganda macht, kann von der heutigen Mitglieder-  
versammlung nicht als objektiv (wie der Verfasser im Nachfolger sagt) angelebt werden und fordert daher die schärfste Mi-  
ßbilligung heraus. Die Versammlung erwartet vom Vorstand,  
daß er in Zukunft eine derartige durchaus ungünstige und in  
ihren Konsequenzen unabkömmbare einseitige Stimmungsmache  
unterläßt und nicht unter dem Mantel der Obj

Weiter hat der Streikbrecheragent Goisfried Herber in Barmen, Klevorstraße 2, im Deutschen Arbeitsmarkt inseriert, um Arbeiter nach dem Titanwerk zu vermitteln. Auch werden die Arbeiter abgesucht, um Arbeitswillige aufzutreiben. Wir machen wiederholte Anträge auf Aufmerksamkeit, das die Arbeiter dieses Betriebs wegen Verweigerung der Annahme eines Altkreditabgangs von 20 bis 40 Prozent ausgespart sind. Zugang nach Bergerhof ist unter allen Umständen zu meiden.

**Maurerstreik.** Die organisierten Maurer in Pforzheim sind in den Streik getreten. Die Unternehmer hatten den am 31. März d. J. zu Ende gehenden Tarifvertrag gekündigt und versuchten bei den Verhandlungen vor dem Einigungsausschuss, das von den Unternehmern angestrebte, den „Musterklaus“ durchdrücken, der eine Reihe Verschlechterungen aufwies. Die Vertreter der Maurer stellten hingegenüber die Forderungen auf eine Lohn erhöhung von 6 Pf. pro Stunde (bis dato 5 Pf. Stundenlohn für Pf.). Arbeitsverkürzung um eine Stunde pro Woche und wöchentliche Lohnzahlung (bisher 14 Tage). Da es zu keiner Einigung kam, beschloss am Montag eine stark besuchte Mitgliederversammlung den Streik. Die Abstimmung, welche geheim vorgenommen wurde, ergab fast einstimmige Zustimmung.

**Zeitung im unterfränkischen Muschelkalkgebiet zu erwarten.** In allen Bahnhöfen erhebt sich infolge der ständig zunehmenden Differenzen immer lauter der Ruf nach tariflicher Festlegung der Lohns- und Arbeitsverhältnisse. Wie auf einer Konferenz der Arbeiter dieses Bruchgebietes mitgeteilt wurde, hat sich die Gauförmung mit der Frage schon seit Monaten beschäftigt und bereit die nötigen Vorbereitungen getroffen. Der Hauptvorstand hat auch schon seine Zusage erteilt, da der Verband vermutlich in diesem Jahre, abgesehen von wenigen größeren Vereinigungen, nicht allzuweit in Anspruch genommen wird. In der nächsten Zeit werden in den ganzen Gebieten Beitragsversammlungen stattfinden, um zu der Frage Stellung zu nehmen. In allen größeren Steinbruchgebieten Bayerns sind Tarife abgeschlossen, nur das Mischkalkgebiet macht eine Ausnahme. Eine Tarifbewegung, die im vorjährigen Jahr eingeleitet wurde, scheiterte an dem Widerstand der Unternehmer.

**kleine gewerkschaftliche Nachrichten.** Achtung, Osnabrück! Die Osnabrücker der Firma, A. Brandt in Halle haben die Arbeit niedergelegt, weil am letzten Sonnabend ein Kollege entmagnetiert worden ist. Über die Firma wurde die Sperrre verhängt.

**Zentralverband der Osnabrücker.** Filiale Halle. Sämtliche Malerarbeiter in Elmshorn sind in den Ausland getreten, nachdem ihre Forderung auf Erhöhung des Mindestlohnes von 50 auf 55 Pf. pro Stunde und die Abschaffung von zehn auf neun Stunden abgelehnt worden ist.

In Saarbrück wurden die Dachdecker ausgespielt, weil sie eine Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde und eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde gefordert hatten, ohne daß es erst zu Verhandlungen gekommen wäre.

**Der Streik der Maurer und Zimmerer** in Lehnin und Umgegend (Kreis Saatz-Betzig) dauert fort. Es ist Aussicht vorhanden, daß die Arbeitswilligen sich der Bewegung anschließen. Zugang muß nach wie vor vermieden werden!

In der Breitenburger und der Holsteinischen Zementfabrik in Lüderdorf sind sämtliche Schlemmlager- und Putz-Arbeiter in den Ausland getreten, nachdem ein Teil von ihnen ausgespielt worden war. Die Arbeiter fordern eine ganz geringe Lohnerniedrigung. Die Direktionen der Werke haben jede Verhandlung abgelehnt. Zugang von Betriebsarbeitern nach Lüderdorf ist zu vermeiden.

**Bauarbeiterstreik im Bezirk Halle.** In den Ausland getreten ist am Montag, 19. April, ein Teil der Maurer, Zimmerer und Baubausarbeiter in Nienleben, Döllau, Jüterbogen, Trieskau, Bettin, Brachwitz und Friedrichswalde auf Grund der ablehnenden Haltung der Unternehmer gegenüber ihrer Forderung auf Erhöhung des Stundenlohns von 50 auf 55 Pf. Gelpert sind drei Bauunternehmer und zwei Zimmerergeschäfte.

## Aus der Partei.

**Protestversammlungen in Berlin.** Gegen die neue Volksbefreiung, gegen die auf Kosten der Arbeiterschaft geplante Finanzreform protestierte gestern in 14 äußerst rege besuchten Versammlungen die klassenbewußte Arbeiterschaft von Groß-Berlin. In sämtlichen Versammlungen gelangte eine Resolution zur Aktion, in der es zum Schluss heißt:

Mit der gleichen Schärfe und Ausdauer, mit der die bessenden Klassen gegen die Nachkriegsteuer protestieren, muß sich die Arbeiterklasse gegen die Steuern, die die Arbeiter treffen, zur Wehr setzen.

**Zur Reichsfinanzreform** nahmen am Montag in Köln und Bonn neun Protestversammlungen Stellung, die sehr zahlreich besucht waren. In allen wurde eine gleichlautende Resolution angenommen, in der die Finanznot des Reiches als Folge der Rüstungspolitik erklärt und das Verstreben, sie durch Verschärfung bestehender und Einführung neuer indirekter Steuern zu befehligen, als unstillbar bezeichnet wird.

**„Zur Maifreizeit.“** Der Beschluss des Nürnberger Parteitages über die Übergabe des Tagessatzungsverbliebtes am 1. Mai wurde auch in der Parteiversammlung in Chemnitz von einigen Interessenten bemängelt. Auch Anträge, die dem Beschluss eine besondere Auslegung geben wollten, wurden gestellt. Diese fanden über keine Unterstützung bei der Versammlung, die gegen nur wenige Stimmen einen Antrag annahm, entsprechend dem Beschluss des Parteitages alle Genossen, die am 1. Mai feiern und ihren Lohn erhalten, aufzufordern, ihn an die Partei oder Gewerkschaftsstätte abzuliefern. Der Vorsitzende des Plakatkomitees teilte mit, daß im 16. Kreis abermals im Volkshaus Kolosseum vorwiegend eine große Volksversammlung stattfinden wird, der ein Umgang durch die Stadt vorausgesetzt. Abends werden von jedem Bezirkverein Festveranstaltungen veranstaltet.

Die Feier des 1. Mai durch Arbeitsruhe zu bezeichnen, beschlossen in ihren förmlich stattgefundenen Mitgliederversammlungen die Hamburger Holzarbeiter, Masler, Klempner und Stukkateure. Den selben Beschluss sahen die Mannheimer Steinarbeiter.

**„Mit der Maifreizeit beschäftigte sich eine Konferenz der Steinarbeiter des bayerischen Regierungsbereichs Unterfranken, die in Würzburg tagte.“** Es wurde ein Vorschlag der Gaukommission angenommen, wonach überall, wo es möglich ist, der 1. Mai durch Arbeitsruhe begangen werden soll. Eine offizielle Aufrufserklärung, unbedingt in allen Bahnhöfen die Arbeit ruhen zu lassen, wurde in Rückicht auf die ungünstigen Verhältnisse nicht erlassen. Die anderen Bahnhöfe haben übrigens zunächst schon den Beschluss erfaßt, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen.

**„Organisationsentwurf und Maifreizeit.“** Der sozialdemokratische Verein Bayreuth akzeptierte den Organisationsentwurf des Parteivorstandes. Lediglich über die Beitragserhöhung (der Kreis erhebt bisher 25 Pf. Monatsbeitrag) entpann sich eine lebhafte Diskussion. Die Beschlusshaltung über diesen Punkt bleibt der nächsten Kreisgeneralversammlung vorbehalten. — Die Maifreizeit soll durch indirekte Arbeitsruhe begangen werden. Der Parteitagsbeschluß über Ablösung des Tagessatzungsverbliebten der Ansiedlungen am 1. Mai gelangt zur Durchführung.

**Arbeitsruhe am ersten Mai — eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit,** das ist der Sinn eines ablehnenden Bescheides, den der reiche Polizeipräsident auf das Verbot des sozialdemokratischen Vereins, einen Maifestzug zu genehmigen, trifft. Das denktwürdige Dokument lautet:

Auf Grund des § 7 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 wird die Genehmigung zu dem von dem sozialdemokratischen

Verein hier selbst am ersten Mai dieses Jahres geplanten Zug verbot, weil durch denselben nach Lage der Verhältnisse eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten ist. Es würde sich um einen Umzug mit geradezu unbegrenzter Zahl — der sozialdemokratische Verein zählt etwa 5000 Mitglieder — handeln, der mit Rückicht auf den für denselben gewählten Tag den ausgesuchten Zweck hat, gegen die bestehende Staats-, Gelehrten- und Arbeitsordnung zu demonstrieren. Die Veranstaltung eines solchen Demonstrationzuges, der geeignet ist, den Widerspruch der andersgesinnten Menge herauszufordern, und an dem voraussichtlich eine Menge Personen teilnehmen würden, welche an diesem Tage ohne Einsicht in die Arbeitgeber die Arbeit meiden und nicht nur diese, sondern auch ihre nichtselbständigen Arbeitsgenossen schädigen, lädt befürchten, daß er Gelegenheit zu Steibungen und Ausschreitungen zwischen den einander gegenüberstehenden Parteien und somit zu einer Gesäßigung der öffentlichen Sicherheit geben würde.

Die Begründung ist ebenso gescheit, wie ihr Deutsch musterhaft ist.

**Eine Tarifbewegung der Steinarbeiter** ist für die nächste Zeit im unterfränkischen Muschelkalkgebiet zu erwarten. In allen Bahnhöfen erhebt sich infolge der ständig zunehmenden Differenzen immer lauter der Ruf nach tariflicher Festlegung der Lohns- und Arbeitsverhältnisse. Wie auf einer Konferenz der Arbeiter dieses Bruchgebietes mitgeteilt wurde, hat sich die Gauförmung mit der Frage schon seit Monaten beschäftigt und bereit die nötigen Vorbereitungen getroffen. Der Hauptvorstand hat auch schon seine Zusage erteilt, da der Verband vermutlich in diesem Jahre, abgesehen von wenigen größeren Vereinigungen, nicht allzuweit in Anspruch genommen wird. In der nächsten Zeit werden in den ganzen Gebieten Beitragsversammlungen stattfinden, um zu der Frage Stellung zu nehmen. In allen größeren Steinbruchgebieten Bayerns sind Tarife abgeschlossen, nur das Mischkalkgebiet macht eine Ausnahme. Eine Tarifbewegung, die im vorjährigen Jahr eingeleitet wurde, scheiterte an dem Widerstand der Unternehmer.

**kleine gewerkschaftliche Nachrichten.** Achtung, Osnabrück! Die Osnabrücker der Firma, A. Brandt in Halle haben die Arbeit niedergelegt, weil am letzten Sonnabend ein Kollege entmagnetiert worden ist. Über die Firma wurde die Sperrre verhängt.

**Zentralverband der Osnabrücker.** Filiale Halle. Sämtliche Malerarbeiter in Elmshorn sind in den Ausland getreten, nachdem ihre Forderung auf Erhöhung des Mindestlohnes von 50 auf 55 Pf. pro Stunde und die Abschaffung von zehn auf neun Stunden abgelehnt worden ist.

In Saarbrück wurden die Dachdecker ausgespielt, weil sie eine Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde und eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde gefordert hatten, ohne daß es erst zu Verhandlungen gekommen wäre.

**Der Streik der Maurer und Zimmerer** in Lehnin und Umgegend (Kreis Saatz-Betzig) dauert fort. Es ist Aussicht vorhanden, daß die Arbeitswilligen sich der Bewegung anschließen. Zugang muß nach wie vor vermieden werden!

In der Breitenburger und der Holsteinischen Zementfabrik in Lüderdorf sind sämtliche Schlemmlager- und Putz-Arbeiter in den Ausland getreten, nachdem ein Teil von ihnen ausgespielt worden war. Die Arbeiter fordern eine ganz geringe Lohnerniedrigung. Die Direktionen der Werke haben jede Verhandlung abgelehnt. Zugang von Betriebsarbeitern nach Lüderdorf ist zu vermeiden.

**Bauarbeiterstreik im Bezirk Halle.** In den Ausland getreten ist am Montag, 19. April, ein Teil der Maurer, Zimmerer und Baubausarbeiter in Nienleben, Döllau, Jüterbogen, Trieskau, Bettin, Brachwitz und Friedrichswalde auf Grund der ablehnenden Haltung der Unternehmer gegenüber ihrer Forderung auf Erhöhung des Stundenlohns von 50 auf 55 Pf. Gelpert sind drei Bauunternehmer und zwei Zimmerergeschäfte.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 21. April. Die beabsichtigte Durchsetzung der Reichsfinanzreform warf in der heutigen Sitzung der Finanzkommission des Reichstags bereits ihre Schatten voran. Die Kommission beschloß, im Seniorenkongress darauf hinzuwirken, daß bis zur Erledigung der Finanzreform in der Kommission an den ersten drei Tagen der Woche keine Plenarsitzungen stattfinden. Am Dienstag und Mittwoch will die Kommission fünf Stunden täglich verhandeln und an den übrigen Tagen sollen die Sitzungen möglichst ausgedehnt werden. — Der gestrige Empfang der Deputationen beim Reichskanzler hat allenthalben böses Blut gemacht. Man protestierte in der Kommission energisch dagegen, daß ihren Mitgliedern die Schuld an der Verzögerung der Finanzreform aufgebürdet werden soll. Stattdessen sollten die falschen Ausschreibungen im Lande entgegengestellt, habe der Reichskanzler diese Ansichten bestätigt. Genoss Südkum erklärte, man könne dieses Verhalten auch dann nicht entschuldigen, wenn man angebe, daß Bülow von den Dingen nichts verstehe. Der Unterstaatssekretär von Boebell und Staatssekretär Sydow bestritten mit verdächtigem Eifer, daß diese Ausschreibungen gefallen seien und forderten die Abgeordneten auf, sie sollten den offiziellen Bericht des Wolfschen Bureaus lesen, in dem die Neuauflagen nicht enthalten seien. Diese Bemerkung wurde mit Entzürfung zurückgewiesen.

Der Zentrumsabgeordnete Müller-Zulda machte darauf eine sensationelle Mitteilung: Er erzählte, daß der bekannte Professor Dewy von Halle zu einem Abgeordneten gekommen sei und ihm gebeten habe, ihm doch einige vertraulich-würdige Männer aus seinem Wahlkreise zu nennen, die zu der neuesten nationalen Kundgebung für die Reichsfinanzreform herangezogen werden könnten. Auf diese Mitteilung, die den ganzen Raum als eine plumpre Regierungsnachcharakterisiert, folgte in der Kommission zunächst allgemeine Verblüffung. In höchster Verlegenheit suchte Staatssekretär Sydow zusammen mit einigen schleunigst herbeigeholten Regierungsvertretern, die Mitwirkung der Regierung zu bestreiten. Herr v. Halle sei vom Reichschancery nur zur Erledigung volkswirtschaftlicher Arbeiten und zur Ausarbeitung der Denkschrift über die Finanzreform herangezogen worden. Zur Entfaltung einer Agitation für die Reform habe er keinen Auftrag gehabt. In seinem Ueberleben sei er offenbar zu weit gegangen. Es sollte nicht bestritten werden, daß die Regierung auch die Presse für ihre Zwecke benutzt habe, das könne man ihr nicht zum Vorwurf machen. Verantwortlich sei sie aber nur für die offiziellen Kundgebungen im Reichsanzeiger und der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung.

Die Kommission wandte sich nach diesem Vorspiel der sachlichen Beratung zu und setzte die Frist für die Neufeststellung des Kontingents auf fünf Jahre fest. Der Entwurf hatte zehn Jahre vorgesehen.

Berlin, 20. April. Dem Tag wird aus Tokio gemeldet: Die größte Kupferfazie hierzulande infolge der Entdeckung einer weitreichenden Besteckungsfazie, in die eine große Anzahl Parlamentarier verwickelt ist. Es handelt sich um den Dai Nippon Budokrat, dessen Direktoren sofort verhaftet wurden. Elf Mitglieder des Parlaments, die beschuldigt sind, Besteckungsfazie zur Beeinflussung der Gesetzgebung von der Gesellschaft erhalten zu haben, sind gleichfalls verhaftet worden, und man nimmt an, daß auch einige Mitglieder des Oberhauses in die Affäre verwickelt sind. Die Regierung wird heftig angegriffen, da sie Aktien der Gesellschaft als Sicherheit für nicht bezahlbare Einkommensteuer angenommen hat. Die Entwertung der Aktien hat den Staatschaz um ungefähr 2 Millionen Yen gebracht. Der gesamte Markt leidet heftig unter der Depression, die durch den Fall der Gesellschaft verursacht worden ist, und ein allgemeines Mißtrauen herrscht. Viele kleine Bauern erleiden große Verluste infolge der Panik.

Frankfurt a. M., 21. April. Unter den Erbschäfern, mit denen sich der Bundesrat heute oder morgen beschäftigen wird, scheint, wie der Frankfurter Zeitung aus Berlin gemeldet wird, auch eine Wertzuwachssteuer erwogen zu werden. Wie bestimmt verlaufen, beabsichtigen die Vertreter der Interessentenvereinigung der Spiritusindustrie eine umfangreiche Aktion gegen das von der Subkommission des Finanzausschusses beschlossene Branntweinsteuerprojekt einzuleiten. Es sollen große Protestversammlungen abgehalten werden, in denen Resolutionen für die Rückkehr zum Branntweinmonopoldurchsetzung des Reichsministers beschlossen werden sollen.

Petersburg, 20. April. Während der letzten 24 Stunden sind vom Vertreter des russischen Generalkonsulats in Täbris neue äußerst beunruhigende Meldungen über die Lage dieser Stadt hierher gelangt, unter anderm die Nachricht, daß die hungerleidende Bevölkerung und die Zivilist verschleppt hätten, in allerhöchster Zeit das russische und englische Konsulat anzugreifen. Achthunderte Nachrichten hat auch die englische Regierung erhalten, welche ihrerseits der Kaiserlichen Regierung gegenüber erfuhr, es sei wünschenswert, daß eine Truppenabteilung nach Täbris entsendet werde, um den Ausländern, welche die Stadt zu verlassen wünschen, die Abreise zu ermöglichen. Demzufolge ist der Statthalter von Kaukasus mit kaiserlicher Genehmigung beauftragt worden, unverzüglich eine Truppenabteilung in genügender Stärke nach Täbris zu senden, um die russischen und die übrigen ausländischen Untertanen und Einrichtungen in dieser Stadt zu schützen, die Zufuhr von Proviant herzustellen und zugleich einen sicherer Verkehr zwischen Täbris und Oshkush aufrechtzuerhalten.

Tbilissi, 21. April. Nach den letzten aus Täbris eingetroffenen Meldungen hat die Nachricht vom Abschluß eines Friedensvertrages beruhigend auf die Bevölkerung gewirkt. Die Feindseligkeiten zwischen den Parteien haben aufgehört. Ein russischer Kaufmann und der englische Botschafter begaben sich zu Ali ibn Danish, um mit diesem wegen der Infuhr von Lebensmittel zu verhandeln.

Petersburg, 21. April. Infolge der durch den Waffenstillstand um Täbris eingetretene Verhüllung ist dem Statthalter des Kaukasus vorgeschrieben worden, bis auf weiteres das Überschreiten der Grenze seitens der nach Täbris bestimmten Truppen aufzuhalten, ohne jedoch die Vorlesungen einzustellen; die im Falle weiterer Verwicklungen notwendig sind.

Berlin, 21. April. Der mutmaßliche Attentäter, der am 2. April den vielbesprochenen Raubanschlag auf den Geldträger Gulenburg verübt, ist gestern festgenommen worden. Er wurde in dem Augenblick verhaftet, als er nach längerer Vorbereitung genau den gleichen Raubanschlag auf einen Lehrling in der Frankfurter Straße ausführen wollte. Er ist der 20 Jahre alte Kaufmann Emil Kühnert aus Berlin.

Verantwortlich für den seditionellen Teil Richard Bahrdt in Groß-Lichterfelde

Verantwortlich für den Interessenteil: Friedrich Biller in Borsdorf-Berlin

Druck und Verlag: Leipzig Buchdruckerei Altengesellschaft

Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.



# 1. Beilage zu Nr. 90 der Leipziger Volkszeitung, Mittwoch, 21. April 1909.

## Politische Uebersicht.

Die Audienz.

Gestern ist die burleske Komödie vor sich gegangen: Herr Bülow hat in Begleitung der Herren Behmann-Hollweg und Sydon und einer Anzahl kleinstaatlicher Vertreter, unter denen sich auch der neue sächsische Staatsminister Bischum v. Escholdt befand, die „berufenen Vertreter des deutschen Volkes“ in feierlicher Kubluse empfangen. Beide Parteien hatten ihre Rollen gut auswendig gelernt, sie sagten ihr Sprüchlein über die Reichsfinanzreform ohne Stocken auf und empfahlen sich dann. An sich wäre von dem Possenspiel nicht ernsthaft weiter zu reden, wenn es nicht ein so glänzendes Beispiel dafür wäre, wie bei uns in Deutschland Politik getrieben wird.

Wie steht es mit dem Mandat der Deputationen, die sich selbst mit der Bescheidenheit, die ihnen eigen, als „Vertreter des allgemeinen nationalen Interesses“ ausspielen? Sehen wir uns nur mal die Deputation aus Sachsen an. Sie bestand aus den Herren Professor Wuttke-Dresden, Rittergutsbesitzer Kommerzienrat Hermisdorf-Chemnitz, Vorsitzender des nationalliberalen Landesvereins für das Königreich Sachsen Kaufmann Gottard-Leipzig, Schlossermeister Günther-Dresden, Amtsrichter Gutmann-Dresden, Oberbürgermeister Häubler-Dresden, Vorsitzender des Verbandes Sächsischer Industrieller Kommerzienrat L. Bernhard Lehmann-Dresden, Professor Lamprecht-Leipzig, Vorsitzender der konserватiven Fraktion der Sächsischen Zweiten Ständekammer Bergrat Edler von Querfurth-Schönheide, Pribatus Arnold von Schwarze-Niederlößnitz, Fabrikbesitzer Uebel-Blauen, Rittergutsbesitzer Beidler-Oberlosa. Man sieht: kein einzelnes Mitglied der Klasse, die in dem Industriestaat Sachsen die erdrückende Majorität bildet, der Arbeitersklasse. Lauter ausgeprägte Vertreter des Ausbeutertums, die sich selbst das Mandat als „Volksvertreter“ gegeben haben. Und ihr Sprecher, Professor Wuttke, war denn auch nicht blöde, die selbst geschaffene Rolle als Künster des Volkswillens durchzuführen. Er führte aus:

Das sächsische Volk, ein Volk der Arbeit in der Industrie, dem Handel und der Landwirtschaft, ist bereit, schwere Opfer für das Reich zu bringen. Unsre sächsische nationale Arbeiterschaft will die neuen indirekten Steuern tragen, und die bestehenden Stände Sachsens, welcher Partei sie auch angehören, treten fast ohne Ausnahme für eine Erbschaftssteuerung ein.

Die sächsische nationale Arbeiterschaft! Wo ist sie? Wo ist ihr Organ? Wo ist ihre Organisation? Wo hat sie ausgedroht, dass sie die Vermehrung der indirekten Steuern tragen „will“? Alles das besteht nur in der Einbildung des Herrn Wuttke und seiner Spieghelfer.

Dem Possenspiel auf der einen Seite war jedoch das Possenspiel auf der andern „voll und ganz“ ebenbürtig. Herr Bülow jammerte über den „nahezu an Terrorismus grenzenden Druck“ in der Kampagne gegen die neuen Steuern, meinte damit aber nicht etwa seine guten Freunde, die Agrarier, die den alten Adolf Wagner von der Tribune herunterdrückten, als er für die Erbschaftssteuer eintrat, sondern den Tabakverein, der sich mit Recht und in völlig einwandfreier Manier gegen die ominöse Tabaksteuer gewendet hatte. Um so sanftere Zöpfe fand er den Junkern gegenüber. Für die skrupellose, demagogisch-rüde Hege dieser Rasse fand er die törichten Worte: es haben Bevorurteile mit hineingespielt, die sorgfältiger Kritik nicht stand halten. Herr Bülow ist augencheinlich tief durchdrungen von dem Gute, das der iride Kopf in Scherben geht, wenn er mit dem eisernen zusammenstoßt. Deshalb fährt er die Junker so säftig an, bei dem Tabakverein aber glaubt er's sich leisten zu können.

Seine Stellung zur Finanzreform fasste er dahin zusammen:

Die Finanzreform soll aufbringen 500 Millionen, sie soll diese Summe, abgegeben von 25 Millionen Mark neuer Militärbeiträge, aufbringen in der Form reichsweiter Einnahmen, und zwar wenn die Fahrstreckensteuer in verbesselter Form bestehen bleibt mit 350 bis 360 Millionen Mark vom Konsum und mit 90 bis 100 Millionen Mark vom Besitz. Bei den Konsumneuen sollen Branntwein, Bier und Tabak rund 280 Millionen Mark bringen, weitere 70 bis 80 Millionen Mark durch die sogenannten Erbschaftsteuern, über die sich der Bundesrat dieser Tage schlüssig machen wird, aufgebracht werden. Die Nachlasssteuer wird in eine Erbansfallssteuer umgewandelt. Durchzuhilfen ist das Werk noch in dieser Tagung.

Man wird Herrn Bülow für diese kurze Formulierung nur dankbar sein können: vier Fünftel von den Armen, ein Fünftel von den Reichen. Und das ist die Finanzreform, mit der die herrschenden Klassen noch ein soziales Opfer gebracht zu haben glauben.

Doch Herr Bülow müsste eben nicht Herr Bülow sein, wenn er nicht auch ein Späßchen gemacht hätte. Das Gerede von dem konfiskatorischen Charakter der Erbschaftssteuer glaubte er am besten mit folgenden geistvollen Sätzen abtun zu können:

So lange die Sozialdemokratie nicht Bundesrat und Reichstag beherrschte, so lange besteht nicht die Gesamtkonfiskatorische Ausbeutung dieser Steuer. Sollten aber einmal die Sozialdemokraten die Geschäfte in die Hand nehmen, — in den nächsten Jahrhunderten wird man das nicht erleben — so würden die Erbschaften daran glauben müssen, ob die Sozialdemokratie die Besessenenbesteuerung vorstände oder nicht. Mit dem Vorwurf des Sozialismus soll man uns also nicht kommen. Vor dem brauchen wir uns so wenig zu fürchten, wie es Fürst Bismarck tat.

Ei, welch ein nettes Späßchen! Wenn aber Herr Bülow wirklich sich so sicher vor dem Sozialismus „in den nächsten Jahrhunderten“ fühlt, warum erbot er sich denn neulich erst den Junkern gegenüber zu Aushahnungsgezeiten gegen die Sozialdemokratie? Weshalb ergreift er denn immer gleich das Wort, wenn ein sozialdemokratischer Abgeordneter einmal im Reichstage das Wesen des kapitalistischen Klassenstaates bloßgelegt hat? Weshalb verbündete er sich denn 1907 bei den Wahlen mit dem Reichsverbande und rief den Block gegen die Sozialdemokratie ins Leben? — Weshalb denn, wenn der Sozialismus „in den nächsten Jahrhunderten“ nicht „erlebt“ wird? Und nun Bismarck! Als er merkte, dass er die sozialdemokratische Bewegung nicht korrumpern und für seine Zwecke ausnutzen könne, da hat er sie mit dem fanatischen Hass des Centauren verfolgt. Bebel's Rede 1871 über die Pariser Commune verursachte ihm, wie er selber gestand,

schlaflose Nächte und am Schlusse seiner Regierung hatte er eine solche Heldenangst vor dem Sozialismus, dass er nur durch ein riesenhafes Gemetzel im Reich die drohende Gefahr bannen zu können. Also lieber nicht auf Bismarck, Herr Bülow!

## Deutsches Reich.

Parlamentärbrief.

### Aus dem Reichstage.

Berlin, 21. April. Der Reichstag trat am Dienstag zu seiner ersten Sitzung nach der Osterpause zusammen. Auf der Tagesordnung standen Petitionen, von denen ein paar Dutzend ohne jede Debatte im Sinne der Kommissionsanträge erledigt wurden. Um so heftiger platzen die Gegensätze bei der Beratung einer von der nächsten Klasse selbstsüchtig plutoökonomischer Kommunalverwaltungen dictierten Petition aufeinander, die um eine Verlängerung der Frist für die im Bolltarif vorgesehene Aufhebung der städtischen Lebensmittelzölle um volle acht Jahre ersucht. Im holden Bund mit diversen Geheimräten verschiedener Bundesstaaten suchten konserватive, ultramontane, nationalliberale und sogar ein freisinniger Redner mindestens einen vierjährigen Aufschub für die städtische Broterneuerung durchzudringen. Herr Bössermann allerdings befürwortete seine Fraktion, nicht dem Bolltarifmonstrum das Schönheitspfälzerchen abzureißen, mit dem es anno 1902 geschmückt worden war. Auch Pauli-Potsdam trennte sich in dieser Frage von der Mehrheit seiner jungerlichen Freunde und Herr Gothein sandte scharfe Worte des Spottes und des Tadels. Unsere Genossen Emmel, Hildenbrand und Stolle hingen der Käse die Schelle um; sie zeigten, dass es sich um eine kommunale Steuerdrückerei handelt, die ein würdiges Gegenstück der agrarischen Steuermogelei ist. Die Beratung soll am Mittwoch zu Ende geführt werden. Außerdem stehen Initiativvorschläge auf der Tagesordnung.

### Die Politik der versorgten Diebe.

Mit ihrer demagogischen Steuerpolitik sind die Agrarier allmählich in eine Sackgasse geraten, und heute sieht sich ihr führendes Organ bereits genötigt, den Bund der Landwirte gegen den kränkenden Vorwurf zu verteidigen, er befindet sich gegenwärtig in der gleichen Lage, wie vor zwei Jahren nach der Ablehnung der Kolonialforderungen das Zentrum und die Sozialdemokratie — er sei der wahre „nationale Feind“. Die liberalen Parteien brauchen einen Popanz, auf den sie loszulassen können, um die Aufmerksamkeit des Volkes von der ihm drohenden ungeheuren Belastung mit neuen indirekten Steuern abzulenken, und dazu sind ihnen ihre Blockbrüder vom Bund der Landwirte gerade gut genug. Man kann es den Dertel und Hahn nachfühlen, dass sie wenig Neigung haben, sich stillschweigend in die ihnen zugedachte Rolle zu flügen; das würde all ihren Gewohnheiten widersprechen. Die Deutsche Tageszeitung ist denn auch nicht faul und dient den liberalen Steuermogeln mit einer Treue, die ihren besten Traditionen entspricht. In einem spaltenlangen Artikel bringt sie die bisherige „nationale Haltung“ des Bundes, besonders im letzten Reichstagswahlkampf, in empfehlende Erinnerung, wo er „unter Zurückstellung aller eigenen Interessen“ den „nationalen Notwendigkeiten“ Rechnung getragen habe. Daselbe sei auch gegenüber der Finanznot des Reiches geschehen, und wenn jetzt die Gegner des Bundes ein großes Geldei erhaben, so sei das „die alte Politik der versorgten Diebe, selbst am lautesten zu rufen: Halte den Dieb!“ In einer andern Stelle wird dann Dertel noch deutlicher. Er schreibt seinen Blockfreunden von der Linken, nachdem er den Standpunkt der Binder zu der Finanzreform nochmals dargelegt hat, die folgende anmutige Widmung ins Stammbuch:

Und ob dieser Fortbering des Bundes Diebe und Räuber? Dazu wohl, weil hier der Linken das Konzept verborben wird, die es bisher geschickt verstanden hat, ihre Schokolader, Börse und Großkapital, ganz aus dem Spiele zu lassen. Das sind die eminent Nationalgesinnten, gerade diese Herren, die bisher jede vorgeschlagene indirekte Steuer glatt abgelehnt und offen verklärt haben, dass sie nicht bewilligen werden ohne geistige Bezahlung, ohne konstitutionelle Garantie für eine Wahlrechtsänderung im führenden Bundesstaate.

Wären die „eminent Nationalgesinnten“ von den freiheitlichen Parteien nicht gar so aufpritschvoll, dann könnten die notwendigen Mittel im Handumdrehen beschafft werden, denn die Agrarier sind ja so außerordentlich bescheiden:

Wären wir nicht politisch zu seige im deutschen Vaterlande, schielten nicht staatsmännisch veranlagte oder sich so dänkende Politiker und machtlustige Parteien bei jeder Frage zuerst nach dem Einstich ihrer Abstimmungen auf die nächsten Wahlen, so würden wir aus der Besteuerung der entbehrlichen Genußmittel — ebenso wie andre Länder — den gesamten Geldbedarf des Reiches bedenken können.

In der Tat, es ist geradezu unbedingtlich, dass sich die liberalen „Staatsmänner“ für diese so einsache und einleuchtende Vorsicht nicht begeistern können. Vielleicht gelingt es den staatsmännischen Qualitäten der Bindlerkämpfer doch noch, den Widerstreben die rechte Erleuchtung beizubringen, wozu freilich nur wenig Aussicht vorhanden ist. Schmerzabstimmung muss der Artikelschreiber gestehen:

Aber noch eins müssen wir unserseits mit schmerzlichem Bedauern feststellen: Wir Agrarier haben bisher in kürzester Einfalt geglaubt, dass Wissenschaft und Forschung über den Parteien, über den Streit des Tages stehen und kehnen müssen, wenn sie ihren hohen Beruf erfüllen sollen. Es scheint, dass wir uns in unserer Gutgläubigkeit wieder einmal geirrt haben; dass auch hier wieder unter Anschauungen veraltete sind, nach welchen die Wissenschaft zur Selle, der Beratung preisgegebenen Dirne wird, wenn sie die obigen Grundsätze aufgibt, und in einfacher, gehässiger und versteinernder Weise aufgeht. Nicht die Agrarier werden durch Herrn Delbrück und seine Freunde dauernd geschädigt, sondern vielmehr die von Ihnen angeblich vertretene Wissenschaft.

Bei den üblichen Erfahrungen, die die Binder mit ihren eigenen „wissenschaftlichen Mitarbeitern“ gemacht haben, kann man es begreiflich finden, dass sie die Wissenschaft nicht höher achten, als eine „Seife, der Berachtung preisgegebene Dirne“. Das wird den braven Dertel natürlich nicht abhalten, bei der nächsten Gelegenheit wieder die Ausführungen der Gelehrten zu zitieren, wenn sie sich für die agrarische Bucherpolitik frustifizieren lassen.

Vorschläge zu einer Anerkennung der Brautsteuer macht der Referent der Steuerkommission, der nationalliberale Abgeordnete Dr. Weber, in der Abendausgabe der Nationalzeitung vom Dienstag. Er ist der Meinung, wenn man dem Brautreisgewerbe einen Schutz angebieten lasse, dann dürfe man auch die Brautreien nicht leer ausgehen lassen. Deshalb schlägt er eine neue Staffel für die Besteuerung des Matances

brauches vor, die von 14 M. bei 250 Doppelpentner auf 22 M. bei mehr als 5000 Doppelpentner ansteigt. Seiner Rechnung nach würde sich bei dieser Steuer ein Mehreinkommen von 100 Millionen Mark pro Jahr ergeben. Die bayrischen und böhmischen Brauereien, deren Konkurrenz Weber sehr beklagt, sollen dadurch getroffen werden, dass die Übergangsabgabe für Bier, das aus Bayern kommt, von 2.50 M. auf 5.00 M. und für Bier, das aus Böhmen kommt, der Zoll von 7.20 M. auf 10.00 Mark erhöht wird. Durch diese Vorschläge sollen die kleinen und mittleren Brauereien gegen die „Gektovoltierwut der Grossbrauereien“ wesentlich geschützt werden. Die genannten Vorschläge will er bei der 2. Lesung der Brautsteuervorlage in die Form von Anträgen stecken, wenn es nicht gelingen sollte, auch für das Brautreisgewerbe eine Kontingentierung herzulehren.

Die Kontingentierung im Brautreisgewerbe würde jede Konkurrenz durch Errichtung neuer Bierbrauereien lähmen und es müsste außerdem mit der Möglichkeit gerechnet werden, dass die kleinen und mittleren Brauereien in steigendem Maße von den Grossbrauereien aufgekauft werden. Diese Betriebe würden dann vermutlich stillgelegt, und das Kontingent, das auf ihnen ruhte, in der Grossbrauerei mitgebracht. Dieselben Gründe, die gegen eine fernere Kontingentierung beim Branntwein sprechen, spielen in fast noch erhöhtem Maße auch eine Rolle bei der Bierbrauerei. Es bedarf keiner besondern Erwähnung, dass die Sozialdemokratie die Vorschläge des nationalliberalen Steuermüllers entschieden ablehnt.

Berlin, 21. April. Die soeben ausgegebene Doppelnummer (4—5) der von Mitgliedern des Reichsversicherungsauges herausgegebenen Monatsblätter für Arbeiterversicherung enthält aus laufendiger Feder auf 31 Seiten einen Überblick über die wichtigsten neuen Bestimmungen des Entwurfs des Reichsversicherungsgesetzes. Bei aller Kürze ist tunlichste Vollständigkeit angestrebt. Die Doppelnummer ist zum Preise von 20 Pf. von der Verlagsbuchhandlung Behrend u. Co., Berlin W. 64, Unter den Linden 16, zu beziehen. —

Der Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Portugal wird vom Bundesrat nächste Woche beraten und bald auf dem Reichstage zugehen.

Prozess Molke-Harden. Sie sind sich beide treu geblieben, Herr Harden, wie die preußische Justiz. In seinem getrockneten Monatsblatt, dritten Abroch, der Molke-Verteidigung wiederholte der Biedermann die elende Erklärung, dass er mit seinen Angriffen auf Molke diesen nicht der Homosexualität habe beschuldigen wollen, das also gar kein Grund zur Verhandlung vorliege. Dieser Verlust jedoch, die Sache offiziell verschwunden zu lassen, war nicht nach dem Geschmack des Oberstaatsanwalts. Das Verfahren stand statt, unter Ausschluss des Dörfelnschlechtesten, die schon lange jedes Interesse für diesen Prozess verloren hat. Das Urteil lautete für Harden auf 600 Mark, der somit von den 4 Monaten Gefängnis freigekommen ist, die ihm die Vorlastung aufgebrannt hatte. Die Sache ist billig für Harden, um so teurer für die same preußische Justiz, die froh sein könnte, wenn sie mit 600 Mark die moralischen Unkosten, die ihr dieser Prozess eingebracht hat, decken könnte.

Und Eulenburg? —

Die weiße Salbe. Die preußische Regierung hat für die im Landtag in Beratung befindliche Berggesetzmöglichkeit bestimmte Termine in Aussicht genommen. Die Arbeiterausschüsse sollen spätestens 6 Monate nach dem Inkrafttreten des Gesetzes in Funktion treten. Die Neuwahltermine für sämtliche Ausschüsse müssen innerhalb Jahresfrist vorgenommen werden. Unter den einzelnen Parteien soll bereits eine Vereinbarung über die wichtigeren Bestimmungen der Novelle erzielt sein.

Herr Delbrück und die „Sozialpolitiker“ des Dreiklassenhauses haben alle Ursache, das reaktionäre Monstrum so schnell wie möglich unter Dag und Dag zu bringen, nachdem es durch die Veröffentlichung des Geheimprotokolls der Vergherren so unheilvolk kompromittiert worden ist. Die Vergherren werden es sich aber wohl noch einmal überlegen, ob sie die mit der Institution der Sicherheitsmänner ihnen zugemutete elende Garce mitnehmen sollen.

Was müsste wäre. Das Berliner Tageblatt schreibt zu der gestrigen Abendposte bei Bülow: Es wäre müsig, die Legitimation der Deputierten, die sich gestern beim Bürgermeister eingefunden hatten, genau prüfen zu wollen. Es sind freiwillige Hilfsorganisationen, die der Reichskanzler mit seinem bewundernswerten Negativtalent in seinem Orchester zu verwenden sucht. Wenn Professor Wuttke-Dresden im Namen der sächsischen Arbeiterschaft — allerdings der nationalen — spricht und ihre Bereitwilligkeit, die neuen indirekten Steuern zu tragen, fund gibt, so könnte jemand fragen, wie groß eigentlich die Zahl der hinter Professor Wuttke stehenden sächsischen Arbeiter sei.

Gegen die Grubenkontrolleure. Die Handelskammern Essen, Bochum, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Wilhelm a. R., Osnabrück und Wesel waren in Köln zu einer gemeinsamen Sitzung versammelt, um Stellung zu der Berggesetzmöglichkeit zu nehmen. Die Versammlung der Grubenherren verprüft sich eine größere Sicherheit im Bergbau von der Einführung der Sicherheitsmänner nicht. Wenn aber diese Sicherheitsmänner geschaffen werden, dann müsse dafür gesorgt werden, dass diese Institution nicht agitatorisch ausgenutzt werden kann.

Die Herren sollten nun endlich die Phrase von der agitatorischen Ausnutzung der Grubenkontrolleure durch die Arbeiterschaft, an die sie selbst nicht einen Augenblick glaubten haben, fallen lassen. Es weiß nachgerade jedes Kind, dass sie nur um ihren unbeschrankten Herr-im-Hause-Standpunkt schreiten, dem die Grubenbarone kaltblütig Tausende von Arbeiterleben zu opfern bereit sind.

ka. Ein Kulturbild aus Saarabalen. Die Saarbrücker Volkszeitung, ein bürgerliches Blatt, berichtet folgenden Vorschlag, der sich bei den gegenwärtigen Städteordnungen zuwenden will: Als morgens ein Beamter der Mainz-Burbacher Hütte Platate der Bürgerpartei abreißt wollte, verwehrte ihm das einzige Arbeiter-Dorfauswahlrecht der Hüttenarbeiter, die Platate herunterzureißen. Dagegen setzten sich die Bürgerparteileute zur Wehr, und nun bearbeitete der Beamte die Arbeiter mit einem Schlagring. Es gab eine regelrechte Kellerei, da die Arbeiter sich so etwas nicht gefallen ließen. Dem Beamten wurde der Schlagring abgenommen.

Zwangserziehung zum allein echten christlichen Glauben. Gegen den freitagslieten Unterricht der Volksschulkinder und gegen die Eltern dieser Schüler wird neuerdings in Hessen-Nassau wieder eine „schärfere Tonart“ belebt. Am 19. April berichteten wir, dass eine Frau in Bockenheim zum zweiten Male in eine dreitägige Haftstrafe genommen wurde, weil sie sich geweigert hatte, ihre Kinder an dem katholischen Religionsunterricht teilnehmen zu lassen. Heute wird uns aus Wiesbaden berichtet, dass vom dortigen Schöffengericht der Große Bächer in Sonnenberg wegen des so genannten „Deliktes“ zu 62.64 M. Strafe eventuell 10 Tage Haft verurteilt wurde. Bächer hatte als Mitglied der Wiesbadener freireligiösen Gemeinde seine Kinder in die Religionsunterricht der freireligiösen Gemeinde geschickt. Kärtlich wurde ihm eröffnet, dass er seine Kinder in den „christlichen“ Religionsunterricht zu schicken habe, weil „behördlicherseits“ der Unterricht der Kinder in der freireligiösen Gemeinde nicht mehr als ein „vollgültiger“ Erhalt für den christlichen Unterricht angesehen werden könne. Bächer erhob gegen diese Entscheidung Einspruch. Das Schöffengericht

verurteilte ihn auf Grund der Kammergerichtsentscheidung vom 14. April 1892 und des berühmten Schulerlasses von 1817, das für die erste Schulversäumnis zwei Kreuzer, für die nächste vier Kreuzer, für die nächste sechs Kreuzer Strafe festgesetzt, wegen 252 versäumter Religionsschulen seiner Kinder zu der erwähnten Strafe.

### Oesterreich-Ungarn.

Die Abänderung des Berliner Vertrags.

Wien, 20. April. Nachdem bereits früher Deutschland, Italien und England die Aufhebung des Artikels 25 des Berliner Vertrags genehmigt haben, haben sich gestern auch Russland und Frankreich mit der Aufhebung des Artikels einverstanden erklärt. Hierdurch ist die böhmische Annexion auch formell endgültig zum Abschluß gebracht.

### Frankreich.

Der Streit in Mern.

Paris, 21. April. Infolge der Ereignisse in Mern sind zwei Schwadronen Kürassiere aus Lyon in drei Clappons dorthin entsandt worden. Die Regierung hat auch Bestürzungen über die Lage in Vitry, wo gleichfalls Unruhen ausgebrochen sind. Es ist Befehl erlassen worden, die Jäger nach Albiens und Abbeville zurückzurufen.

### Dänemark.

Die kleinen Dinge hängt man.

Der Abteilungschef im Finanzministerium Hald ist plötzlich seines Amtes enthoben worden, nachdem die neueren Resultate in der Unterhutung gegen Alberti ergeben haben, daß Hald ein Werkzeug Albertis war. Die Ministerkollegen Alberti, die ihm seine Gouvernements erledigten, spielen selbstverständlich heute noch eine führende Rolle in der dänischen Politik und befinden sich teilweise sogar in recht einträglichen Amtierern.

Die Frau in der Kommunalverwaltung.

Es steht nun fest, daß bei den im März vorgenommenen Stadtvorordnetenwahlen im ganzen 60 Frauen gewählt sind, darunter 18 Sozialdemokratinnen.

### Persien.

Die Lage in Täbris.

Täbris, 20. April. Wie die offizielle Petersburger Telegraphenagentur meldet, rüstet die christliche Bevölkerung sich zum Selbstschutz. Die englischen Unterthanen wandten sich telegraphisch an den Staatssekretär Grey mit der Bitte, Maßregeln zu ihrem Schutz zu ergreifen. Infolge der kritischen Lage sammelten sich die Russen in ihrem Konsulat. Die Befare, die englischen und russischen Bauten sind geschlossen. Heute machen die Täbriker einen Ausfall, um sich der Brotvorräte zu bemächtigen. In Karabagh wird scharf gekämpft. Der amerikanische Missionar Baslerville, der an der Spitze eines Hilfsdetachements ging, ist getötet worden. In Täbris ist kein Brot vorhanden. Es drohen blutige Unruhen.

Teheran, 20. April. Infolge der ernsten Vorstellungen des englischen und des russischen Gesandten willigte der Shah heute in einen sechstägigen Waffenstillstand vor Täbris ein. Hierdurch soll die Möglichkeit gegeben werden, die Stadt mit Lebensmitteln zu versehen und dadurch zu verhindern, daß hungrige und verweselte Elemente die Konsulate angreifen. Die russische Negligenz hatte dem Shah gedroht, sofort energische Maßregeln zu ergreifen und eventuell Waffengewalt anwenden zu wollen, wenn nicht die erforderliche Menge Lebensmittel durchgelassen werde.

## Sächsische Angelegenheiten.

Wer ist schuld?

Der Oberbürgermeister a. D. Dr. Georgi hatte dieser Tage schwere Bedenken gegen das neue Pluralgesetz geäußert und der Ansicht Ausdruck gegeben, daß es besser gewesen wäre, wenn die Erste Kammer die Wahlrechtsfrage nicht über das Knie gebrochen, sondern vertagt hätte. Da Dr. Georgi von einer Neuerung des Berichterstatters der Ersten Kammer, des Geh. Rats Dr. Wach, ausgegangen war, wonach die Verabschiedung des Pluralgesetzes als ein wenn auch zweifelhafter Erfolg gepriesen wird, antwortet Dr. Wach dem Kritiker Georgi also:

Doch ich das Pluralsystem — auch in der von der Ersten Kammer beschlossenen, demnächst geltenden verbesserten Gestalt — nicht für die beste Lösung unseres Wahlproblems halte, denn habe ich als Referent der Ersten Kammer in den Beratungen und Verichten hinsichtlich Ausdruck gegeben. Aber es darf nicht vergessen werden, daß es die national-liberale Partei war, die dieses System bevorzugt und zum Programm erhoben hat, und daß die Regierungsvorlage in der Zweiten Kammer überhaupt keine nennenswerte Verteidigung fand...

Vorläufig endete die fast eineinhalbjährige Beratung der Zweiten Kammer mit der konservativen Annahme

eines Pluralsystems, welches die von der Regierung selbst vorgeschlagene Eingleichheit einstimmiger und vierstimmiger Wähler zur Grundlage hatte. Dabei war man bemüht gewesen, mangels der Zweidrittelmehrheit die Verfassungsänderungen aus der Wahlgesetzesform auszuschließen. Die Erste Kammer stand nun nicht, wie Herr Geheimer Rat Dr. Georgi annimmt, in der Alternative einer Korrektur dieser Beschlüsse der Zweiten Kammer oder der mit einer Verlängerung der Sesson und mit unsicherem Ausgang verbundenen Emendation der Regierungsvorlage, vielmehr nur vor der Wahl des vollen Scheiterns der Wahlreform oder einer Verbesserung des Pluralsystems.

Davon gab die Beratung der Vertrauensmänner der großen Parteien der Zweiten Kammer mit der Gesetzgebungsdeputation der Ersten Kammer völlige Klarheit. An ein Durchsetzen des verbesserten Regierungsvorlaufs war nicht zu denken. Die Auflösung der Kammer und der Appell an das Volk mit dem Programm des von der Zweiten Kammer einmütig abgelehnten Systems der Kommunalwahlen sollte nicht versucht werden. Das Scheitern der Wahlreform aber hätte, nach allem was vorangegangen, das Land in unabschbare Verirrung gestützt. Das Erreichbare und bei dieser Situation allein Wünschbare blieb die Einigung auf ein gegenüber den Beschlüssen der Zweiten Kammer verbessertes, (1) gerechteres, (11) wirtschaftlicheres (111) Pluralsystem. Und dies ist nicht ohne ernste Schwierigkeiten gelungen. Mit diesem Gelingen muß man vorläufig zufrieden sein. Neben die Mängel des Gesetzes war man sich klar. So weit möglich, ist das statistische Material zur Berechnung des Erfolges herbeigezogen, wenn es auch in den veröffentlichten Materialien vermischt wird. Die Deputationsberatungen sind "sorgfältig" und "gründlich" gewesen. (11) Die verbliebenen Unzulänglichkeiten liegen zum Teil in der Natur der Sache, haben zum andern Teil ihren Grund in den Machtverhältnissen der Parteien, und sind zum letzten Teil fragwürdig. Die Politik ist die Kunst des Erreichbaren — und das Erreichbare war das neue Wahlgesetz.

Dr. Georgi stand wie Dr. Wach im allgemeinen auf dem Boden der Regierungsvorlage, nach der die Hälfte der Landtagsmitglieder von kommunalen Körperschaften ernannt werden sollten. Es ist interessant zu sehen, wie die Macher des Gesetzes und die Parteien eifrig bestrebt sind, die Schuld für den neuen Wahlrechtsvorlaug von sich abzuwälzen. So weit die Ansichten von Georgi und Wach über die Frage auseinandergehen, ob es besser war, das Gesetz scheitern zu lassen oder nicht, so einig sind beide doch darin, daß die Nationalliberalen die eigentlichen Verantwortlichen für das Pluralsystem sind. Die Nationalliberalen sind auch die einzige Partei, die das neue Wahlrecht als einen Fortschritt preisen. Für spätere Wahlrechtskämpfe muß das festgehalten werden.

z. Um unwürdige Zustände im Schulwesen lernen zu können, braucht man nicht mehr nach Ostelbien zu wandern, das kann man auch in Sachsen haben. In Cunewalde war seit einiger Zeit die Bevölkerung in große Aufregung geraten, weil die achtklassige Schule in eine weniger Klassen enthaltende Schule abgeändert werden sollte. Die Gemeinde konnte die Ausgaben für die Schule nicht mehr erschwingen. Jetzt hat nun die Kostenfrage dahingehend ihre Erledigung gefunden, daß der Schulvorstand in seiner letzten Sitzung beschlossen hat, die achtklassige Schule beizubehalten, nachdem sich zwei Drittel der Schulvorstandsmitglieder verpflichtet haben, jährlich zusammen 450 M. in die Schultasse zu zahlen, und zwar so lange, bis ein neues Volksschulgesetz Änderungen im Schulwesen bringt. Mit namhaften Beiträgen sind an der genannten Summe auch zwei Überlehrer der Schule selbst beteiligt. Die der Schule in Cunewalde zur Verfügung stehende Staatsbeihilfe beträgt 150 M., so daß also die Beihilfe jetzt jährlich 600 M. beträgt. Der Schulvorstand will sich nun aber noch mit einem Bittgeuch um eine höhere Staatsbeihilfe an die Staatsregierung wenden.

Das Bittgeuch wird dem Schulvorstand nach der Behandlung, die der Antrag auf erwollte Übernahme der Schullasten im letzten Landtag erfahren hatte, nichts nützen. Aber die Tatsache, daß der Schulbetrieb in Cunewalde nur durch die Willkürkeit einiger Gemeindebürgen aufrechterhalten werden kann, und daß Hunderte von Gemeinden unter den Schullasten ebenso leiden wie Cunewalde, lädt erkennen, daß die Erfüllung des sozialdemokratischen Forderung auf Übernahme der Schullasten durch den Staat nur noch eine Frage der Zeit sein kann.

z. Der Wunsch des Präsidiums des Militärvereinsbundes ist es, daß Mitglieder der Militärvereine bei den Kontrollversammlungen ihre Vereinsabzeichen anlegen. So heißt es jetzt bei den Kontrollversammlungen. Bissher hiess es, die Mannschaften werden aufgefordert, ihre Vereinsabzeichen bei den Kontrollversammlungen anzulegen. Diese Abweichung des direkten Befehls legt die Kritik in der sozialdemokratischen

Presse veranlaßt. Für sie ist also der Beweis erbracht, daß sie berechtigt waren. Zu Silber machte der die Kontrollversammlung abhaltende Offizier, nachdem er bereits bekannt gemacht hatte, daß die Mannschaften den ganzen Tag unter Militärdienst gesetzt sind, die "außerordentliche" Mitteilung, wie er sich ausdrückte, von dem Unlegen der Vereinsabzeichen. Eine eigenhändliche Sache ist es jedenfalls, während des Dienstes eine "außerordentliche" Mitteilung zu machen. Natürlich machen wir auch gegen diese "außerordentliche" Mitteilung während des Dienstes mit aller Entschiedenheit Front. Es ist unerhört, daß die Militärbehörden die politische Propaganda in den Dienst hineintragen, um die Völker von den Schafen sondern zu lassen.

z. Unwürdiger Arbeitsloser? In der Dresdner Volkszeitung lesen wir: Die städtischen Kollegen haben bekanntlich den Beitrag von 30 000 M. aus städtischen Mitteln für in Dresden wohnende Arbeitslose zur Verfügung gestellt. Der von den Stadtverordneten genehmigte Beschluß des Rates spricht davon, daß die aus diesen Mitteln bedachten Arbeitslosen der Unterstützung auch "würdig" sein sollen. Auf dem Armenamt, wohin sich die Arbeitslosen mit ihrem Gesuch zu wenden haben, scheint man eine recht sonderbare Aussöhnung über die vorschriftsmäßige Würdigkeit zu haben. So wird nun in einem Falle berichtet, daß man den Gesuchsteller abgewiesen hat, weil er wegen Be teiligung an einer Wahlrechtsdemonstration zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt wurde. "Würdig" seien nur die Personen, die noch nie in ihrem Leben gerichtlich oder polizeilich bestraft sind.

Wenn wirklich in dieser Weise auf dem Armenamt verfahren wird, so muß dagegen entschieden protestiert werden. Eine solche Auslegung des allerdings schwammigen Begriffes "würdig" ist durchaus unhalbar, und es ist sehr bezeichnend, daß man den armen Arbeitslosen den schweren Gang um die Unterstützung auch noch derartig zu vereiteln sucht. Der Rat hat die Pflicht, das Armenamt schleunigst zu korrigieren, sonst müssen die Stadtverordneten den Rat auf das Unermessliche der Verteilung der Unterstützung außerordentlich machen und Remendum fordern.

z. Die Einnahmen bei den sächsischen Staatsseisenbahnen im Monat März betragen nach vorläufigen Feststellungen 11 980 200 Mark (+ 96 100 Mark). Hierzu entfallen 3 686 400 Mark (- 87 700 M.) auf den Personenzugverkehr und 8 852 800 (+ 188 800 M.) auf den Güterverkehr. Die Gesamteinnahme von Januar bis mit März beläuft sich auf 32 549 200 M. (- 907 900 M.). Auf den Güterverkehr entfallen 22 825 800 M. (- 950 800 M.) und auf den Personenzugverkehr 9 928 900 M. (+ 42 400).

Zum erstenmal seit einem Jahre haben die Einnahmen aus dem Güterverkehr wieder ein Mehr gegen das Vorjahr zu verzeichnen. Es wäre aber verkehrt, daraus auf eine Hebung der Konjunktur zu schließen. Der Rückgang der Einnahmen war vielmehr schon im März vorigen Jahres so bedeutend, daß ein weiterer Rückgang nicht möglich war. Im Gegenzug zu den Einnahmen aus dem Güterverkehr sind die Einnahmen aus dem Personenzugverkehr auch im März wieder gesunken. Das liegt in der Hauptsaite daran, daß der März im vorigen Jahre fünf, in diesem Jahre aber nur vier Sonntage hatte.

### Ein Fabrikant als Schmuggler.

Unter der Beschuldigung, Goldgegenstände aus Böhmen nach Sachsen eingeschmuggelt zu haben, wurde der Fabrikant Robert Wilpert aus Rößbach verhaftet. Wilpert ist nach dem Vogtländischen Angeklagt eine nicht nur allein in Rößbach und Umgegend, sondern auch in den Kreisen der Textilindustrie Sachsen bekannt und geachtet. Er selbst stellt jede Schuld in Abrede und behauptet, das Dorf einer Denunziation geworden zu sein. Seine Festnahme erfolgte, als er sich zu Fuß nach Ebnath begab. Er wurde zunächst ins Amtsgerichtsgebäude nach Adorf gebracht, wo ihm eröffnet wurde, daß der Haftbefehl gegen ihn schon seit längerer Zeit vorliege. Er wurde sodann geschlossen ins Amtsgerichtsgefängnis gebracht. Da Wilpert auch in Adorf eine allgemein bekannte Persönlichkeit ist, erregte dieser Transport in den Straßen der Stadt einiges Aufsehen. In Adorf wird erklärt, daß die Schließung des Verhafteten deswegen notwendig war, weil er einen Fluchtversuch gemacht habe. Infolge seiner Verhaftung mußte der gesamte Betrieb seiner Fabrik eingestellt werden, wodurch gegen 50 Arbeiterfamilien vorläufig brotlos geworden sind. Auch mehrere Etablissements in Rößbach werden durch die Angelegenheit in Mitleidenschaft gezogen, weil sie augenblicklich auf die Wilpert'schen Goldgegenstände angewiesen sind. Diese müssen nun ihre Lieferfristen so lange hinausschieben, bis Wilpert wieder aus der Haft entlassen ist. Das Angebot von Verwandten Wilpert's, diesen gegen eine Bürgschaftsumme von 10 000 Mark auf freien Fuß zu setzen, wurde abgelehnt mit der Begründung, daß vorerst die Untersuchung abgeschlossen sein müsse, die allerdings mehrere Wochen in Anspruch nehmen könnte. Eine Abordnung aus Rößbach hat beim Amtsgericht Adorf zugunsten Wilpert's vorgesprochen; sie begab sich sodann nach Plauen, um auch hier den Versuch zu machen, die Haftentlassung zu bewirken.

Donnerstag  
Freitag  
Sonnabend

Schnittnudel . . . . .	Pfd. 28
Facon-Nudel . . . . .	Pfd. 28
Pflaumen . . . . .	20
Linsen grosse . . . . .	15
Ringäpfel . . . . .	45
Frische Eier . . . . .	65
Mettwurst . . . . .	90

Blutwein . . . . .	Flasche 85
Samos . . . . .	Flasche 75

## Kauf-Haus-Brüll. G.m.b.H.

Restbestände v. Früchten u. Gemüsen Fisch-Halle

Donnerstag  
Freitag  
Sonnabend

In unserer

Birnen . . . . .	2-Pfd.-Dose 70
Gemischte Früchte . . . . .	90
Kirschen, rot, ohne Stein . . . . .	2-Pfd.-Dose 88
Reineclauden . . . . .	2-Pfd.-Dose 78
Suppenerbsen . . . . .	2-Pfd.-Dose 36
Kirschen, rot, mit Stein, 2-Pfd.-Dose	70
Mirabellen . . . . .	2-Pfd.-Dose 72
Pflaumen, ganze Frucht, 2-Pfd.-Dose	48
Stachelbeeren . . . . .	2-Pfd.-Dose 70
Karotten, geschnitten, 2-Pfd.-Dose	28

Zervelatwurst . . . . .	Pfd. 120
Feinstes Süßrahmbutter . . . . .	Pfd. 128

Am Donnerstag eintreffend:  
**Goldfische** 2 Stück mit Glas 20

Dresden. Die vereinigten Ausschüsse der Stadtverordneten haben die Vorlage des Rats über die Änderung des Tarifs und der Lintenführung der städtischen Straßenbahnen mit der Änderung angenommen, daß die Vorlage nicht am 1. Juli, sondern am 1. Oktober in Kraft treten soll. Zwei Minoritäten werden besondere Gutachten gegen die Verkürzung des Verkehrs erstellen. Die endgültige Entscheidung wird in den nächsten Tagen im Stadtverordnetenkollegium fallen.

**Oschatz.** Seit einigen Wochen ist der Stadtrat und Fabrikbesitzer Leopold Bruck verschwunden. Finanzielle Schwierigkeiten sollen die Ursache des Verschwindens sein. Die Sache erregt aber um so größeres Aufsehen, als jetzt eine Stadtratsneuwahl angekündigt ist, obwohl eine Balanz nicht vorliegt bzw. eine freiwillige Amtsniederlegung seitens des Verschwundenen nicht erfolgt ist.

Unter dem Verdacht, sich gegen § 176 des Strafgesetzbuchs (Rückst.) vergangen zu haben, wurde der Götterdeicher Uhlmann verhaftet.

**Buhols.** An Stelle des nach Werbau übersiedelnden Bürgermeisters wurde Stadtrat Arthur Hörmann in Bautzen als neuer Bürgermeister gewählt. Er wurde 1878 geboren als Sohn des Gutsbesitzers und Gemeindevorstandes in Göhren bei Oederan.

**kleine Nachrichten aus dem Lande.** Der vierjährige Knabe Max May in Seischnersdorf hatte mit einem Altersgenossen den Bahndamm erklommen und erhielt vom Trittbrett eines Jungen einen Stoß, so daß er bewußtlos liegen blieb. Eine knallende Kopfwunde mußte vom Arzt genäht werden. — Am Sonntag abend ging zwischen Tollwitz und Laubegast ein Meteor, welches die Größe einer Bogenlampe und einen aus leuchtenden Funken bestehenden langen Schweif, ähnlich einer Rakete, hinterließ, in der Richtung Südwest nach Nordost nieder. — Ein älterer Schriftseher wurde vor vier Wochen an seiner Arbeitsstätte von einem fremden Menschen aufgezögert. Dieser verlangte von ihm 50 Mark, andernfalls er ein Vergehen des Cousins des Schriftsehers aufdecken werde. Der Mensch verstand den Schriftseher, obgleich dieser gar keinen Cousin hat, so zu ängstigen, daß er sich die 50 Mark bei seinem Chef leih und sie dem Fremden gab. Die Expressen wiederholten sich und nach und nach gab der Schriftseher 200 Mark her, bis er sich seinem Chef offenbarte. Die Polizei nahm den Expresser fest. Er gibt an, ein 37jähriger Zigarrenarbeiter aus Frankenberg zu sein und stellt sich geisteskrank. — Auf dem Hilligischen Grundstück in Pövershau bei Zöblitz ist durch Niedergehen eines alten Bergstollens ein größerer Tagebruch entstanden. Die hausgroße Eindringstelle erstreckt sich auch auf den sogenannten Schieferweg, der deshalb gesperrt werden mußte. — Das in-

Frankenberg im Café Humboldt in Stellung gewesene 21 Jahre alte Mädchen Elvire Menzel aus Bernstadt i. Schl. wurde früh in der achten Stunde in ihrem Zimmer ermordet aufgefunden. Man vermutet Nord aus Elverflecht. Als der Tat verdächtig wurde ein Konditorlehrling verhaftet. — In Hohenstein-Ernstthal ist eine größere Anzahl Personen nach dem Genuss von gehacktem Pferdesleisch und -wurst, das beim Röschlächter Herold gekauft wurde, schwer erkrankt. Die 18jährige Tochter des Röschlächter Herold erkrankte. Die sämtlichen Fleisch in Herolds Laden wurde beschlagnahmt.

geführt wurde, sowie das einkellige Schauspiel Brandflitter von Hermann Feyermann — ein Holländischer Schriftsteller — und den ausgelassenen Schwank Brünhilde 448 von Annie Neumann-Hofer gewählt. Die Stücke sind vollkommen harmlos, geben aber der Darstellerin Gelegenheit, ihr Bühnentalent zu entfalten. Die Gaufspielerin beabsichtigt auch in Dessau einige Abende zu gastieren. Die dortige Polizei scheint aber um das Wohl der Dessauer recht besorgt zu sein, denn sie wandte sich vertraulich an die hierige Polizeibörde (Margarete Walther gastierte vergangene Woche in Nordhausen) und fragt an, ob die Nordhäuser Bevölkerung in kirchlicher und religiöser (soll wahrscheinlich beides kirchlicher und religiöser) Hinsicht Schaden erlitten habe. In dieser Form übermittelte der Polizeibeamte der Theaterdirektion die Anfrage. Wie die Antwort lautet, vermögen wir nicht anzugeben. Alle Hochachtung vor der Dessauer Polizei!

**g. Halle a. S.** An den schwarzen Böcken verstarb in der Klinik ein Hofmeister des Rittergutes Bredau. Die Seuche soll von russischen Saisonarbeitern eingeschleppt worden sein.

**Aus Saalfeld-Meinungen.** In einer Reihe von Orten, so in Saalfeld, Gräfenhain, Bobitzella u. w. wurden seit einigen Jahren die Maifeierumzüge verboten, weil man in ihnen eine Demonstration erblickte, die auf den Unstug der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung hinzielte und das Ministerium bestätigte auf die erhobenen Beschwerden die Verbote. Der Saalekreis Magistrat genehmigte im Gegenzug hierzu für dieses Jahr den Maifeierumzug und auch aus einer Reihe anderer Meinungsvoller Orte liegen Nachrichten vor, daß man den Umzügen in diesem Jahre kein Hindernis in den Weg setzt.

## Vereine und Versammlungen.

### Kürchner Lindenau.

In der am 14. April abgehaltenen Mitgliederversammlung wurden sechs Mitglieder aufgenommen. Für die Restanten wird nur bis zur nächsten Monatsversammlung Frist gegeben. Der Kassierer gab den Bericht vom 1. Quartal. Da niemand die Wahl zum 1. Vorsitzenden annahm, so wurde die provvisorische Führung des Vorsitzes dem Kollegen Arndt übertragen und die Wahl bis zur nächsten Versammlung vertagt. Die Versammlung ist einstimmig für Arbeitsruhe am 1. Mai. Verschiedene Streitpunkte in einigen Betrieben sind von der Kommission geregelt worden. Es wird noch auf die Marken für den Saalbau des Volkshauses aufmerksam gemacht.



!!! Donnerstag, Freitag, Sonnabend, Sonntag !!!

## Aussergewöhnliches Angebot für echte Porzellan-Geschirre!

### Indisch blau, Strohmuster, echt Porzellan

	12	10	8	6	Tassen Inhalt
Kaffeekannen zum Aussuchen	Stück	110	90	68	58
Teekannen zum Aussuchen	Stück	110	90	68	48
Sahnengießer zum Aussuchen	Stück	48	36	30	25
Zuckerdosen zum Aussuchen	Stück	55	40		
Kaffee- und Teetassen zum Aussuchen	gross, 3 Paar	60			
Kaffee- und Teetassen zum Aussuchen	mittel, 3 Paar	48			
Butterdosen zum Aussuchen	gross	48	mittel	40	
Kannenuntersätze zum Aussuchen	2 Stück	50			
Kuchenteller rund, zum Aussuchen	Stück	40			
do. klein mit 2 Henkeln	Stück	25			
Speiseteller tief und flach, zum Aussuchen	8 Stück	1.95			
Dessertsteller 19 cm, zum Aussuchen	6 Stück	1.40			
Kompottsteller 15 cm, zum Aussuchen	6 Stück	95			
Runde Salats zum Aussuchen	10	14	16	18	21
	16	25	35	40	48
					55

1500 Kompottnäpfchen	13—14 cm, zum Aussuchen	6 Stück	45
20 Stück Tafelservice	23 teilig, echt Porzellan, Strohmuster, z. Aussuch.	14.50	
20 Küchengarnituren	22 teilig, echt Porzellan, Strohmuster, zum Aussuchen	11.00	
20 Satz Milchtopfe	Strohmuster, zum Aussuchen	6 Stück	1.10

### Weisse Porzellangeschirre

100 weisse Kaffeeservice	9 teilig, zum Aussuchen	1	98					
300 Teekannen für Extrakt	zum Aussuchen	Stück	18					
150 Kaffee- und Teekannen	gross, aus Serviesen, zum Aussuchen	Stück	45					
4000 Paar weisse Tassen	zum Aussuchen	6 Paar	45					
200 Biskuitdosen mit Deckel	zum Aussuchen	Stück	30					
4000 Speiseteller	tief und flach, zum Aussuchen	6 Stück	90					
1000 Dessertsteller	19 und 20 cm, zum Aussuchen	6 Stück	85					
1500 Kompottsteller	17 cm, zum Aussuchen	6 Stück	75					
25 ovale Suppenterrinen mit Deckel	zum Aussuchen	Stück	150					
25 ovale Kartoffelschüsseln mit Deckel	zum Aussuchen	Stück	80					
250 ovale Feston-Bratenplatten	zum Aussuchen	22	24	27½	30½	34	38½	41 cm
		25	30	40	60	70	90	138
150 runde Gemüseplatten	flach und tief, zum Aussuchen	Stück	48					
30 lange Fischplatten	zum Aussuchen	Stück	150					
150 Saucières mit und ohne Henkel, zum Aussuchen	Stück	45						
100 Buttersaucières	1 Portion, zum Aussuchen	Stück	10					
600 runde Kompottnäpfchen	zum Aussuchen	6 Stück	20					
100 runde Kompottnäpfchen	rund gerippt, zum Aussuchen	6 Stück	45					
300 runde tiefe Bols	zum Aussuchen	3 Stück	25					
100 ovale Beilageschalen	zum Aussuchen	Stück	28					
100 runde Salats	tief, zum Aussuchen	Stück	20					

### Echt Porzellan

bunt dekoriert

60 fein dekorierte Essservice	23 teilig, zum Aussuchen	9.50
175 fein dekorierte Kaffeeservice	9 teilig, zum Aussuchen	1.65
3000 Paar dekor. Kaffee- u. Teetassen	zum Aussuchen	3 Paar 50
2400 fein dekorierte Kaffeebecher	zum Aussuchen	6 Stück 45
20 fein dekor. Küchengarnituren	22 teilig, zum Aussuchen	6.40

### Echt Porzellan

weiss, nicht aussortiert, mit kleinen Fehlern

1500 Speiseteller	flach und tief, zum Aussuchen	6 Stück 50
1500 Dessertsteller	19 cm, zum Aussuchen	6 Stück 40
1500 Kompottsteller	15 cm, zum Aussuchen	6 Stück 25
400 neuconisch Kaffeekannen	gross und klein, zum Aussuchen	Stück 20
2400 bunte Tassen	zum Aussuchen	3 Paar 45

# 1909 MAI-FEIER 1909



## Gedenk-Blatt

Wie in früheren Jahren ist auch in diesem Jahre in unserem Verlage ein Gedenk-Blatt

zum Preis von 15 Pfg. zu haben in unserem Hauptgeschäft und den Filialen, im Parteisekretariat des XIII. Wahlkreises, in den Gewerkschaftsbüros und bei den bekannten Genossen.

Lipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft (Abteilung Buchhandlung).

Zum Preis von 15 Pfg. zu haben in unserem Hauptgeschäft und den Filialen, im Parteisekretariat des XIII. Wahlkreises, in den Gewerkschaftsbüros und bei den bekannten Genossen.

Lipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft (Abteilung Buchhandlung).



## Oeffentliche politische Versammlung.

Freitag, den 23. April, abends 1/2 Uhr

## Oeffentliche Versammlung

im Gasthof zum Trompeter, Grosszschocher.

Tagesordnung: [7084]

1. Vortrag: Deutschland, Deutschland über alles. Referent: Herr Landtagsabgeordneter Baudert, Apolda.

2. Diskussion. Die Lage Deutschlands und die Maßnahmen der verschiedenen Parteien macht es jedermann zur Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Einberufer.

J. H. Karl Birnbaum, Großzschocher, Wöllnerstr. 4.

## Metallarbeiter-Verband.

Geschäftsstelle Volkshaus Zeitzer Str. 32 Portal rechts, L.

Bürozeiten: vorm. 8—9 Uhr, mitt. 12—1, abends 5—6 Uhr.

Telephon 8784. [19001.]

## Schleifer, Polierer, Galvaniseure.

Freitag, 23. April, 1/2 Uhr, Versammlung im Volkshaus. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Ramsbrok über: Wissen ist Macht. 2. Berufsanregungen. [6957] Das Agitationskomitee.

Former u. Giessereiarbeiter. Sonntag, den 24. April, abends 1/2 Uhr, im Volkshaus, Protest-Versammlung: Stellungnahme zu dem am 19. März vom Leipziger Gewerbegeicht gefällten Urteil. Referent: Arbeitsschreiber Lütlich. Kollegen, wir müssen Einstellung gegen derartige Urteile nehmen, deshalb ist zahlreiches Er scheinen notwendig. [7082\*] Das Agitationskomitee.

Bauschlosser. Sonntag, den 25. April, vormittags 1/2 Uhr, Versammlung im Saal der Coburger Bierhalle, Brühl 8, Hof I. Die Zusage wird in der Versammlung bekanntgegeben. [7081\*] Die Werkstellenkommission.

## Metallarbeiter Knautkleeberg.

Sonntag, den 25. April, nachmittags 1/2 Uhr, Versammlung im Weißen Hof zu Knautkleeberg. Tagesordnung: 1. Die industrielle Entwicklung Deutschlands und die wirtschaftliche Lage der Arbeiter. Referent: K. Probst. 2. Gewerkschaftliches. — Die Metallarbeiter von Knautkleeberg, Bösdorf, Eichra und Umgegend werden erucht, in dieser Versammlung vollständig zu erscheinen. [7083]

**Bären-Schänke** Empf. meine Lokalit. m. Gesellschaftsgr. Nikolaistr. 15. Tel. 2765. \* Ergebniß Joseph Lippert.\*

Wo isst man die hochfeinen Jauerschen und Wiener Würstchen aus der Konsum-Fleischerei L. Plagwitz? Nur beim **Schlanken Ede** Stand zwischen Hauses Stufenbahn und Hypodrom Noblesse.

**Restaurations-Uebernahme.** Allen geehrten Freunden, Nachbarn und Bekannten zur gefälligen Mitteilung, dass wir das Restaurant zum Bürgergarten, Brüderstr. 11 nach vollständigem Umbau und Renovation zur Bewirtschaftung übernommen haben. Zum Ausschank kommen die beliebten F. A. Ulrichschen Biere. Gleichzeitig bringen wir unser freundliches Gesellschaftszimmer in empfehlende Erinnerung. Um gütigen Zuspruch bitten Karl Schmitz und Frau früher: Battenbergtunzel. [7044]

Alberthalo Leipzig Krystallpalast  
Ungarischer

## CIRCUS HENRY

Morgen 8 Uhr abends

## JOUR-FIXE

mit dem glänzenden von der gesamten Presse als erstklassig bezeichneten gr. Weltstad-Progr. unter andern wird Herr Direktor Henry

mehr 70 Pferde als in all. Dressurarten vorführen. Ferner:

Auftreten des gesamten Künstler-Personals.

**ROE and DEER** die fliegenden Menschen.

**Mlle. Henriette**

The 3 Corinis

Mlle. Hortense

The 3 Cornells

Mlle. Rossi

Les 2 Canales —

**THE 6 PIRMANIS**

Die besten Akrobaten

**10 Clowns u. Auguste 10**

Kartenverkauf bei Aug Pollich und an der Circuskasse.

Freitag: Gr. Clown-Absch.

Originelle Kulmbach. Bierstube

**Kleine Feuerkugel**

Neumarkt 5.

Telephon 1496.

Inh.: Oskar Höhn.

Täglich: Freikonzert

Besuchen Sie?

das internationale, histor. sehenswerte

**Café Reichspost**

Brühl 33.

Stammv. 6—10 Uhr, 60 Pf.

Rudolf Palm.

[1221\*]

**Im Reiche der Freiheit.**

Briefe über den Sozialismus. Von Robert Blatchford. 50 Pf.

Volksbuchh. Leipzig und Filialen.

# Felsenkeller Plagwitz

Morgen Donnerstag: Grosses Günther Coblenz-Konzert.  
Heraus vornehmste Ballmusik des Westens.  
Anfang 8 Uhr. — Felsenkellerkarten gültig. — Eintritt 80 Pf. —  
Hierzu lädt ergebenst ein [7087] Jean Steppler.



## Flugmaschinen - Ausstellung

Messplatz  
neben der Turnhalle.

## Pyramidal

Ist die

## Konsum-Steigerung

der

## JASMATZI-CIGARETTEN

Diese Tatsache spricht am besten für die hervorragende Qualität welche von keiner Konkurrenz-Marke erreicht wird

## JASMATZI-DUBEC „DIE EINZIG ECHTE“

bekannt als beste 2½ Pf.-Cigarette

## Jugend-Bildungs-Verein

Montag, den 25. April 1909

### Bezirks-Jugendversammlungen.

Im Osten: vormittags 1/2 Uhr im Thüringer Hof, Volk-

marsdorf, am Markt. Redner: Fritz Wildung.

Im Westen: nachmittags 2 Uhr im Körnerschen Gastrhof

in Schönau. Redner: Gustav Hennig.

Im beiden Versammlungen Vorträge:

Warum soll sich die Jugend zusammenschließen?

Der Jugendausschuss.

## W.Lory

! Gelegenheitskäufe! \*  
Gute u. netr. Anzüge, Gehröde,  
Kadets, Paletots, Hosenträger,  
Schuhwaren, Uhren, Ketten,  
Ringe, Armbänder, Operngläser, Revolver, Harmonikas,  
Leihhauschein-Ein- u. Verkauf.  
Gr. Fleischergasse 28, I. Lad.

Goethe. Faust I. und II. Teil, in  
Liebhaber-Einbd. 1 Mk.  
Volksbüchh. Leipzig und Filialen.

## Herm. Strauss

aus Solingen.

Wegen Überfüllung melde  
Droger verkauft ich sämtliche  
Stahlwaren und Werkzeuge  
zu noch nie dagewesenen billigen  
Preisen, als: Spiralbohrer, Peilen,  
Baumächer usw. Ferner einen  
Hof. Messer u. Gabot. Güntafe  
Soleenheit für Gastwirte!  
Zur Messe: 4. Reihe, Haupteing.

## Reichsecke Reichsstrasse

45/47

Zöglich Spezialgerichte. Bürgerlichen Mittagstisch.

Blätterdau, hell u. buntel. (Mit-Piffenchen-Piffen.) J. Greb.

## Dank.

Begrüßt vom Grabe meiner lieben Frau

### Auguste Anna Müller

Iann ich nicht unterlassen, Herrn Warmer Wangemann für die trostreichen Worte am Grabe sowie Freunden, Verwandten und Arbeitskollegen für das letzte Geleit und den reichen Blumenstrauß meinen herzlichsten Dank auszusprechen.

Gaußsch, den 19. April 1909.

Franz Richard Müller und Sohn.

Messe  
Winklers Anatomie  
mit der  
**Riesen-Rosa**

## Wer seine Frau lieb

hat und vorwärts kommen will verlange gratis und franko meine neuen illustre Prospekte über moderne Hygiene.  
Heinrich Fuchs, München 96, Hotel Bellevue.

## Nachruf.

Mittwoch, den 14. April, starb infolge Unglücksfalls unser lieber Turngenosse

### Karl Oskar Focke

im Alter von 18 Jahren. Sein aufrichtiger Charakter und sein eifriges Bestreben für unsere Turnsparte sichern ihm ein dauerndes Andenken.

### Turnverein Einigkeit zöbiger.

7048]

# 2. Beilage zu Nr. 90 der Leipziger Volkszeitung, Mittwoch, 21. April 1909.

## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 21. April.

Geschäftskalender. 21. April 1888: Die Herausgeber des Sozialdemokraten in Zürich aus der Schweiz ausgewiesen. 1488: Ulrich von Hutten geboren.

Sonnenaufgang: 4.58, Sonnenuntergang: 7.6.  
Mondaufgang: 5.47 früh, Monduntergang: 8.58 nachm.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 22. April:  
Mäßige Nordostwinde, allmähliche Aufheiterung, Abkühlung bis zu Nachtsrost, vorwiegend trocken.

### Auch ein Protest.

Die Vorsitzenden sämtlicher Gastwirtschaftvereine der Ortschaften in der Kreishauptmannschaft Leipzig haben über die Brausteuervorlage, sowie über die beabsichtigte Produktionsfestsetzung (Kontingentierung) der Biererzeugung nunmehr ihren Vereine folgende Erklärung beschlossen:

Nachdem die Brausteuer vom Jahre 1908 zum größten Teil den Gastwirten zur Last gefallen und viele davon ruiniert worden sind, weiter, da ein großer Teil noch heute auf den Darlehensschulden, die durch den Boykott aufgenommen werden müssen, zu tragen und zu tilgen hat, ist es für die Versammlung einfach unentferbar, daß die hohe Staatsregierung eine neue Erhöhung der Brausteuer vornehmen will, um für das Gastwirtschaftsgerübe die denkbare traurigsten und beschwerlichsten Existenzverhältnisse zu schaffen. Die Versammlung hat mit bestremendem Ausdruck gebracht, daß die Brausteuervorlage in ihrer ganzen Auffassung nur das Gastwirtschaftsgerübe treffen will, denn Artikel 8, der nach Meinung der Versammlung gegen bestehende Gesetze verstößt, hat dem Brauereigewerbe weitgehendste Entlastung und Schutz vorgesehen, während in keiner Weise den Gastwirten auch nur die kleinste Erleichterung gewährt werden soll. Die Brausteuervorlage ist nach dem Dafürhalten der Versammelten somit kein Produkt der Steuerkommission, sondern ein einseitig vorgeschlagener Wert einer beteiligten Interessengruppe und einschließlich unannehmbar. Noch mehr aber wird die Versammlung in der leichteren Auffassung bestärkt durch die schon weit gediehenen Bestrebungen der Regierung, sowie der massenverbrauchenden Industrie, die Biererzeugung in Gestalt einer Produktionsfestsetzung festzulegen, und durch diese Beschränkung die kleineren Brauereien zu zwingen, sich von den Großbrauereien aufzunehmen, den letzteren aber durch Einteilung von Bezirken und gesetzlich sanktionierten Kundenabschluß unbedrängte Machtbefugnisse über das heute schon stark abhängige Gastwirtschaftsgerübe einzuräumen.

Die Versammlung sieht in der Produktionsfestsetzung mit den vorher angeführten Folgen eine Entziehung der deutschen Gastwirte. Für das in Großstädten angelegte Kapital der Haus- und Grundstücksbesitzer bedeutet die Produktionsfestsetzung eine Entziehung in ungeahnter Höhe und blüft nicht nur die Gastwirte, soweit sie nicht hausbesitzer, deren Vermieter angehalten sein, in energischer Weise Front zu machen, gegen eine allen sozial- und wirtschaftspolitischen Bestrebungen geradezu herausfordernd entgegensehende Steuer- und Gesetzesvorlage.

Die deutschen Gastwirte haben bis zum heutigen Tage dem Staat die Mittel, die er braucht, willig entrichtet, sie müssen aber mit Entschiedenheit dagegen protestieren, daß sie noch weiter in der einsichtigen und verderblichen Weise belastet werden und ein Spielball der Leidenschaften wirtschaftlicher Klosterräume bleiben sollen, welche unabdingt derartige individuelle Steuern hervorrufen müssen.

Die Versammlung spricht die Erwartung aus, daß die hohe Staatsregierung und der Reichstag auf dem Wege direkter Besteuerung dem Reiche in Zukunft die Mittel zu schaffen sucht und das kleine Gewerbe und die großen Massen der Beamten und Arbeiterschaft vor weiteren Heranziehungen durch Besteuerung des einzigen populären Genussmittels, welches im jetzigen Verkaufspreise dem Einkommen dieser Kategorien entspricht, bewahrt bleibt.

Zunächst ist es doch eine Irreführung der Öffentlichkeit, wenn die Herren Gastwirte behaupten, sie hätten dem Staat die Mittel bis zum heutigen Tage willig entrichtet. Bei der Erhöhung der Biersteuer vor zwei Jahren z. B. haben die Brauereien die Steuer auf die Wirtes und diese haben sie auf die Gäste abgewälzt, wobei die Wirtes dem Staat der Brauereien folgend, den Preis so festgesetzt haben, daß sie noch ein Extragehälfchen gemacht haben. An dieser Tatfrage ändert auch das nichts, daß einige kleine Wirtes dabei unter den Schlitten gekommen sind. Die Kleinen sind nun im Erwerbsleben neben der Arbeiterschaft immer die Leidtragenden.

Die Gastwirtschaftsverbände haben durch ihre Unterstützung der bürgerlichen Parteien die jetzige Situation selbst verschuldet und sie haben nun auch die Folgen mitzutragen.

Jahrelang haben sich die Gastwirte von den Reaktionären gegen die Arbeiter gebrauchen lassen, haben diesen die Säle verweigert und jetzt, wo sie die Folgen ihrer törichten Politik tragen sollen, erheben sie ein fürchterliches Geschrei und haben noch den Mut, sich dabei als Schüber „des kleinen Gewerbes, und der großen Masse der Beamten und der Arbeiter“ aufzuspielen, denen sie das Bier in außergewöhnlicher Weise verteuren haben.

Nun scheint es aber auch die neue Biersteuer nicht zuerst zu sein, die die Herren Gastwirte so auf die Beine gebracht hat, vielmehr ist es die Kontingentierung der Bierproduktion. Hier fühlen die Gastwirte, die heute noch von den Brauereien unabhängig sind, daß ihre unabhängige Stellung den Brauereien gegenüber dahin ist, sobald den Brauereien, und zwar den großen, eine Art Monopolstellung eingeräumt wird. Es ist deshalb auch sehr ergötzlich zu sehen, wie die Brauereien die rabiateren Wirtes zu beruhigen suchen, da es mit der Produktionsfestsetzung nicht so schlimm sei.

### Nüchtern.

Unter den Angestelltenorganisationen ist der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband sicher die wichtigste, daran wird kaum noch jemand zweifeln, außer den Mitgliedern dieser glorreichen Organisation selbst. Diese Herren haben immer noch den Mut, ihre grauenhafte Nüchternität und Unwissenheit in öffentlichen Verkündungen auszulärmten, wobei sie keine Gelegenheit zur Blamage verpassen.

Eine solche Gelegenheit zur Blamage bot sich wieder bei der angeregten Einführung einer Fortbildungsschule für weibliche Angestellte in Leipzig. Da diese Fortbildungsschule nur facultativ sein sollte, so meldete sich nur eine Kontrollstelle. Dies hätte die Einführung der Schule verhindert. Nunmehr wird die Einführung des obligatorischen Besuchs verlangt, und hier-

gegen, wie überhaupt gegen die Gründung der Schule wandte sich gestern abend eine deutsch-nationale Handlungsgehilfenversammlung im Sanssouci.

Der Referent Döring aus Hamburg bekämpfte den Leipziger Verband wegen dessen Eingabe an den Rat und an das Stadtverordnetenkollegium zur Errichtung der Schule. Döring behauptete, daß der Leipziger Verband die Kollegen durch sein Vorgehen schwer schädige. Durch die Gründung weiterer Fortbildungsschulen für junge Mädchen werde die weibliche Reservearmee, die für laufmännische Stellungen in Betracht komme, immer größer und die Lage der männlichen Angestellten werde sich naturgemäß immer schwieriger gestalten. Das alles müsse man sich im Leipziger Verband, der eine Männerorganisation sei wollen, doch auch sagen: früher habe man ja auch dort das, was man jetzt protestiert, als Selbstmord bezeichnet. Aber auch die Handelsherren sollten sich sagen, welch gefährliches Experiment im Interesse des deutschen Handels es ist, die Porten des Handelsberufes den männlichen Gehilfen durch Bezug von Frauen zu versperren.

Dass die Versammlung dem Referenten zustimme, versteht sich von selbst. Den Fortschritt können die Deutschnationalen freilich nicht aufhalten.

**Die unzulängliche soziale Fürsorge in Deutschland**  
wird durch die Berichte über die Armenlasten und Waisenpflege in den Städten immer aufs neue dargestellt. Nach der Zusammenstellung über die Ausgaben für Armen- und Waisenpflege in den deutschen Großstädten, die von der Charlottenburger Armendirektion vorgenommen wurde, beträgt die Ausgabe auf den Kopf der Bevölkerung im Rechnungsjahr 1907/08 in Hamburg 7.53 Ml. In zweiter Stelle kommt Danzig mit 7.27 Ml., an dritter Leipzig mit 7.22 Ml., an vierter Frankfurt a. M. mit 6.62 Ml. und erst an fünfter Berlin mit 6.44 Ml. Es folgen Kiel mit 6.23 Ml. Nürnberg 5.98 Ml., Charlottenburg 5.88 Ml., Düsseldorf 5.71 Ml., Stuttgart 5.68 Ml., Bremen 5.58 Ml. und als zwölftes Dresden mit 5.07 Ml. Von den übrigen 29 Städten mit mindestens 100 000 Einwohnern hatten, nach der Größe geordnet, München 4.87 Ml., Breslau 3.49, Köln 3.22, Nürnberg 3.46, Chemnitz 3.17, Hannover 4.82, Magdeburg 4.56, Essen 3.67, Stettin 3.59, Königberg 4.61, Duisburg 3.41, Dortmund 3.40, Bielefeld 2.09, Halle 2.14, Mannheim 5.82, Stralsund 3.12, Altona 4.57, Elberfeld 4.80, Barmen 3.88, Schöneberg 2.41, Gelsenkirchen 2.17, Cassel 2.92, Bozen 4.46, Braunschweig 3.71, Böckum 3.02, Karlsruhe 2.55, Krefeld 4.28, Wiesbaden 3.08, Erfurt 3.02. Am geringsten sind also die Armenlasten in Bielefeld. Dies wird aber noch von Wilmersdorf mit 1.42 Ml. übertroffen. Die Vergleichung ist freilich nicht vollkommen, da die Städte die Armenlasten ganz verschieden berechnen.

### Rechtsanwälte und Unfallversicherung.

S. Ein Arbeiter machte am Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Ansbach eine Unfallrente geltend, die ihm verweigert worden war, weil er den Unfall erst drei Monate später zur Anmeldung gebracht hatte. Der Arbeiter übertrug die Sache aber nicht dem dortigen Arbeitersekretariat, wo ihm fehlerlos Kosten entstanden wären, sondern ging zu einem Juristen. Der Rechtsanwalt begegnete nun dem Einwand der späteren Anmeldung des Unfalls damit, daß er in wohlgemeinter Sentimentalität dem Gericht erzählte, daß der betreffende Arbeiter deshalb die Anmeldung so spät mache, weil er (während der Erkrankung) vom frühen Morgen bis zum späten Abend sehr schwer habe arbeiten müssen. Auch sonst enthielt der Schriftsatz des Juristen den unglaublichen Unsinn. Das Gericht wies die lächerlich schlecht begründete Klage ab und der Arbeiter hat auch noch die erheblichen Kosten des Rechtsanwalts zu zahlen.

### Beschleunigung der Erfüllung bei der Post.

Ersatz für verlorene Sendungen wird von der Post bekanntlich in gewissen Fällen geleistet. Um die Erfüllung zu beschleunigen, den Geschäftsvorlehr zu vereinfachen und das Schreibwerk zu vermindern, hat das Reichspostamt soeben eine Retho von Veränderungen angeordnet, die den 1. Mai in Kraft treten. Die Erfüllung für verlorene und beschädigte Pakete ohne Wertangabe, die im Reichs-Postgebiet aufgeliefert und nach Orten des Reichs-Postgebietes bestimmt sind, erfolgt selbstständig durch die Ausgabepostenämter, soweit der Erfüllungsbetrag ohne Porto und Verkaufsberös nicht über 6 Mark hinausgeht. Für Sendungen, die bei Postagenturen aufgeliefert worden sind, erfolgt der Ersatz durch die Abrechnungspostanstalt. Die Entschuldung ist möglichst zu beschleunigen. Dann ist ungeläufig entweder Zahlung zu leisten oder der Antragsteller mit Angabe der Gründe schriftlich zu beschließen. Werden mehr als 6 Mark Ersatz gefordert, so hat die Ober-Postdirektion wie bisher die Entschuldung zu treffen. Wenn der Erfüllungsanspruch aber nur deswegen zu beanstanden ist, weil nach Maßgabe des Gewichts eine Entschuldigung über 6 Mark hinaus gestattet unzulässig ist, so sind die Postämter für die Ablehnung selbst zuständig. Bei den Ober-Postdirektionen werden die Ausgabebeschwerden für Erfüllungen auf ihre Richtigkeit nur insoweit geprüft, als die Prüfung nicht schon durch die Bezirkssämtchenbeamten bei den Revisionen stattgefunden hat. Die Bestimmungen finden auf das Erlassverfahren für Reisegepäck ohne Wertangabe sinngemäß Anwendung. Unter Umständen soll später die Zuständigkeit der Postämter noch erweitert werden. Die Ober-Postdirektionen sind angewiesen, Anfang Oktober 1910 über ihre Erfahrungen und Ansichten zu berichten.

ha. Deutsche Prüfungsordnung für Zahnärzte. Eine neue Prüfungsordnung für Zahnärzte tritt nach einem Beschluss des Bundesrats am 1. Oktober in Kraft. Zur Erteilung der Approbation als Zahnarzt für das ganze Reichsgebiet sind die Zentralbehörden der Bundesstaaten befugt, die eine oder mehrere Bundesuniversitäten haben, sowie das Ministerium für Clavis-Zahnärzten. Voraussetzung für die Approbation ist die Ablegung der zahnärztlichen Vorprüfung und der zahnärztlichen Prüfung. Die Vorprüfung kann nur vor der Prüfungskommission der Universität des Reichs abgelegt werden, an der der Studierende dem zahnärztlichen Studium obliegt. Die Prüfungskommission wird von den Zentralbehörden nach Anhörung der medizinischen Fakultät berufen. Gefordert wird das Zeugnis der Reife von einem deutschen Gymnasium, Realgymnasium oder Oberrealschule. Realstödler müssen in der lateinischen Sprache die Kenntnisse für die Verzeihung in die Oberstufe eines deutschen Realgymnasiums nachweisen. Zur Vorprüfung sind mindestens drei Semester nebst bestimmten Übungen notwendig. Die Vorprüfung umfaßt Anatomie, Physiologie, Physik, Chemie und Pathologische Physiologie. Die zahnärztliche Prüfung kann vor jeder zahnärztlichen Prüfungskommission abgelegt werden. Es sind mindestens weitere drei Semester mit dem Fach bestimmter Kliniken erforderlich. Die Prüfung umfaßt allgemeine Pathologie, pathologische Anatomie, Zahns- und Mundkrankheiten, Prosthetik u. v. Die Gebühren betragen für die Vorprüfung 80 M., für die Hauptprüfung 150 M.

ha. Post nach Namensdruck und Bilderdruk. Eine Briefpost nach Deutsch-Südwestsachen geht von Europa wieder am 24. April ab. Sie benutzt den an diesem Tage in See gehenden Dampfer der Union-Castle-Line nach Kapstadt. Von dort geht ein Teil der Sendungen alsbalb weiter auf dem Landweg über Stein-

lofs nach Namensdruck. Briefsendungen für Bilderdruk und Arboab, Alus, Versieba, Brackwasser, Bettanien, Gibeton, Godas, Hafuer, Kallsoniet, Kanus, Keimanshoop, Koss, Kuibis, Malas-höhe, Seehoe, Umas sowie Warmbat werden mit dem Küsten-dampfer der Woermannlinie nach Bilderdruk befördert. Sie treffen dort am 18. Mai ein. Die Helmat verlassen diese Briefsendungen am 28. April, nachmittags 3 Uhr 56 Min. mit der Bahnpost von Hannover nach Brixel über 6 Uhr 1 Min. abends mit der Bahnpost von Köln nach Berviers. Pakete werden nicht befördert.

**Geheimmittelinspekte.** Auf ein Inserat, das in einer hiesigen Zeitung erschien ist, macht das Gesundheitsamt aufmerksam, wonach den Frauen bei Periodenförderung „als bestbewährtes Mittel mit überraschendem Erfolg“ Menstrupen Regala angepriesen wird. Das Inserat verstößt gegen die Ministerialverordnung betreffend den Handel mit Geheimmitteln.

**Arbeiterzählung.** Am 1. Mai ist, wie alljährlich, Arbeiterzählung. Die Gewerbetreibenden, die bis zum 1. Mai keine Fragebögen erhalten haben, sollen solche im Statistischen Amt abholen und sie ausgefüllt bis zum 5. Mai dahin zurücksenden.

In unsittlicher Weise hat sich ein etwa 18 bis 20 Jahre alter Bursche an einem 12jährigen Mädchen vergangen, das er vom Nachhause aus mit in ein Haus der Walstraße geführt hatte. Der Bursche ist lang und schmalig, hat blaßes Gesicht und trägt einen braunen Jackenanzug und braune Hut.

Eines plötzlichen Todes starb gestern im Gebäude des Amtsgerichts am Peterssteinweg der 67 Jahre alte Probsthandels Johann Friedrich Döss aus der Diagonenstraße in L-Lindau. Die Todesursache war Herzschlag.

Durch Betrug hatte ein 31 Jahre alter Kaufmann aus Magdeburg in Berlin ein Automobil im Werte von 12000 M. erlangt. Damit hatte er sich nach Leipzig begeben. Hier wurde er von der telegraphisch benachrichtigten Polizei dabei festgenommen, als er das Automobil für 5000 M. verkaufen wollte.

Mit einer unverschuldeten Summe von 2800 M. hat der 20jährige Handlungsgehilfe Salomon Tisch das Weite gesucht. Tisch hatte die Summe im Auftrag einer hiesigen Firma in Magdeburg eingesetzt. Er ist von großer, schlanker Gestalt, hat braunes, lockiges Haar, große braune Augen, blaßes Gesicht, keinen Schnurrbart und trägt einen braunlichen Anzug, grauulierten Mantel und grünen Hut.

Das Fell eines frisch abgeschlachteten Rehes wurde auf der verlängerten Grenzstraße in L-Sellerhausen aufgesunden. Wahrscheinlich ist das Fell von Wildlebien weggeworfen worden.

**Verunglückt.** Auf einem Neubau an der Wittener Straße verunglückte gestern beim Fortschaffen eines sechs Tonnen schweren Kalkbretts der 47 Jahre alte Arbeiter Franz Hermann Schönbach aus Möckern. Der schwere Gegenstand fiel dem Manne auf den linken Oberarm, was einen komplizierten Knochenbruch zur Folge hatte. Der Verunglückte wurde in das Krankenhaus gebracht.

Getötet wird vor einer etwa 35 bis 40 Jahre alten Frau, die kleinen Kindern auf der Straße das zum Einschlafen mitgegebene Geld abnimmt. Gewöhnlich schläft sie die Kinder mit einem Kuschelzug in ein Haus. Zuletzt trat sie auf dem Ranstädter Steinweg auf. Sie ist von mittlerer Größe und dunkel gekleidet.

Verloren wurde auf dem Weg von der Dusourstraße bis zur Kaiser-Wilhelm-Straße ein grauelhaftes Damenschortemonde mit etwa 240 Mark, darunter ein Hünfzigmarksteine, zwei Zwanzigmarksteine und vier Hünfzigmarksteine.

Am 20. April wurden im Besitz einer wegen Diebstahl schon oft bestraften Person vorgefunden. Der Eigentümer kann sich bei der Kriminalpolizei melben.

**Diebstahl.** Aus einer Wohnung der Löhner Straße wurde ein größerer Geldbetrag gestohlen, darunter Kronungs- und Siegessäule, und aus einer Wohnung der Pfaffendorfer Straße eine mattgoldene Brosche mit drei Brillanten und einer weißen Perle im Werte von 160 M., aus einem öffentlichen Gebäude am Augustusplatz ein Sommerüberzieher von hellgrauem rauhem Stoff, am Königsplatz ein Fahrrad Hollance Modell 40 Nr. 380407, im Brühl einen Salutaren Nr. Nr. 99289, im Schrebergärtchen ein Bravourrad Modell 15 Nr. 150584, in der Elisenstraße ein Herulesrad Nr. 114978 und in der Frankfurter Straße ein Zweirad Marke Kronstadt Nr. 81680.

**Bedeutende Ausprädrätsleute** sind in den letzten Monaten auf der Landstraße und in Depots der Umgegend von Erfurt verübt worden. Jetzt wurde ein Teil des gestohlenen Metalls bei einem hiesigen Händler entdeckt. Dadurch kam man auch den Dieben, vier in Erfurt wohnenden Arbeitern, auf die Spur, so daß sie festgenommen werden konnten. Einer der Diebe wurde auch aus einer Fabrik eine größere Anzahl Stahlbleche gestohlen. Der Wert des von den Dieben an auswärtige Händler verkauften Metalls beträgt ungefähr 2000 M.

### Haus der Umgebung.

**Taucha.** Im Bett verbrannt. Gestern abend gegen 11 Uhr brach im Schlafzimmer des Fleischermeisters Oskar Laubert Feuer aus. Laubert, der vermutlich im Bett gelesen und dabei die Lampe umgerissen und die Gardinen und das Bett in Brand gesetzt hat, wurde mit schweren Brandwunden befecht aufgefunden. Er sollte mittels Automobil nach dem Leipziger Krankenhaus übergeführt werden. Auf dem Wege dorthin soll er seinen schweren Verlebungen erlegen sein.

**Breinauendorf.** Strafkampferrung. Die Kommunikationswege von Breinauendorf nach Baulsdorf und nach Stötteritz in der Flur Breinauendorf sind bis zum 27. d. Mts. für den Fahrverkehr gesperrt. Für die Nichtbeachtung der Sperrung werden Strafen bis zu 60 M. oder 14 Tagen Haft angedroht.

**Rötha.** Gemeindekrankenversicherungsverband. Da sich der Gemeindekrankenversicherungsverband für Rötha und Umg. am 1. April 1909 aufgelöst hat, werden alle diejenigen, die noch Ansprüche an den Verband haben, aufgefordert, spätestens bis 1. Mai die Rechnung beim Bürgermeister in Rötha einzureichen.

**Rötha.** Die neue Beihilfeweselabgabeordnung für Rötha ist von den Aufsichtsbehörden genehmigt worden und liegt zwei Wochen lang während der gewöhnlichen Geschäftszeit in der Rathausexpedition zur Einsicht aus.

**Rötha.** Stadtvorberneidensitzung am 19. April. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Genosse Naumann, die Beratungen über die Vergabeung der Arbeiten in der Gasanstalt und die Beschleunigung des Riechschlegrabens, über die in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt werden sollte, in die öffentliche Sitzung zu verlegen. Dieser Antrag wurde gegen die drei Stimmen unserer Vertreter abgelehnt. Bei dieser Gelegenheit bemerkte der Stadts-



# 3. Beilage zu Nr. 90 der Leipziger Volkszeitung, Mittwoch, 21. April 1909.

## Ein Appell an die internationale Sozialdemokratie.

In seiner Nr. 89 brachte der Vorwärts einen „Appell der sozialdemokratischen Dumafraktion an die internationale Sozialdemokratie“ zum Abdruck. Dieser Appell ist dadurch herborgerufen, daß die polnischen Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion im österreichischen Reichsrat mit J. Daszyński an der Spitze, in einem offenen Briefe die Dumafraktion beschuldigen, sie hätten die Grundsätze der internationalen Sozialdemokratie verletzt, indem sie bei einer Abstimmung gegen die Interessen der polnischen Bevölkerung in Russisch-Polen Stellung nahmen.

In diesem „offenen Briefe“ wird den russischen Ge- nossen vorgeworfen, sie hätten „durch ihre Abstimmung sich auf den Standpunkt der Regierung und der schwarzen Hundert gestellt“. Das ist die furchtbare Anklage, die überhaupt denkbar ist. Der Krakauer Naprzed, Organ der sozialdemokratischen Partei Galiziens, verschärfte diese Anklage noch. In einem „Ein Skandal“ überschriebenen Artikel schreibt das Blatt:

Etwas Ungeheuerliches ist geschehen. Dank den russischen Sozialdemokraten können die zaristische Regierung und die Rechte sich darauf befreien, daß das russische Volk ohne Unterschied ihrer Parteien die Gleichberechtigung der Polen nicht will.

Das Blatt fordert „die ganze sozialistische Internationale auf, einstimmig die russische sozialdemokratische Fraktion zu verdammten, ob der sinnlosen Verleugnung der elementarsten Grundsätze der internationalen Solidarität und der Unterstützung der Vergewaltigung einer unterjochten Nation durch die zaristische Regierung“. Das Organ des terroristischen Flügels der P. P. S. in Russisch-Polen, Przedswit häuft gleichfalls Beschimpfungen über Beschimpfungen gegen die russischen Genossen und — weil's gleich ist — gegen die gesamte Sozialdemokratie Russlands.

Der Tatbestand ist folgender: die russische Regierung hat die Gerichte in Russisch-Polen vollständig russifiziert und außerdem die Gerichtsbarkeit in Polen unter einen Ausnahmestand gestellt, indem hier die Geschworenengerichte ausgeschaltet sind. Trotzdem waren ursprünglich Richter polnischer Nationalität im Amt, weil in Polen der Code Napoleon in Gültigkeit ist und auch sonst im Zivilrecht einige Unterschiede obwalten, so daß russische Richter diese Gesetze nicht kennen. Seit einigen Jahren aber werden Polen zum Richteramt nicht mehr zugelassen. Bei Beratung des Justizrats haben nun die Polen in der Duma einen Antrag gestellt, der diese Frage berührt. Die Polenfraktion fordert aber nicht etwa die Befreiung der polnischen Sprache bei den Gerichtsverhandlungen, nicht etwa die Bestätigung des Ausnahmestandes und Einführung der Geschworenengerichte, sondern einzig und allein — Befreiung der Polen zum Richteramt. Das ist ungemein charakteristisch für die Polenfraktion. Polnische Beamte im russischen Staatsdienste sind in der Regel Menschenarten und als solche die charakterlosen Streber, die schlimmsten Vollstrecker zaristischer Greuel. Da die Gerichte nach wie vor russisch verhandeln würden und überhaupt nichts in der Gerichtsbarkeit sich ändern würde, außer den Personen, würde die Bevölkerung nicht den geringsten Nutzen davon haben; der Polenfraktion aber ist diese Personalfrage das wichtigste. Kein Wunder: die Söhne des polnischen Adels und der Bourgeoisie sollen im Staatsdienste versorgt werden; das ist ein Ziel des Schwellen der Edelsten wert. Zum Übermaß hat aber die Polenfraktion ihrem Antrag eine Form gegeben, die von vorherhin die prinzipielle Bewilligung des Staats einschloß. Dieser Antrag hat nämlich die Form eines Amendements zu dem Antrage der Oktobristenpartei, der prinzipiell den Staats des Justizministeriums guthieß und den Übergang zur Beratung der einzelnen Posten einleiten sollte. Das geschah, nachdem der Justizminister die Polen als Nation in schlimmster Weise beschimpft hatte, indem er erklärte, er könne keine Polen als Richter brauchen, denn sie würden die Justiz vermauern. Einzelne Mitglieder der Polenfraktion protestierten daher gegen die Fassung des Antrages, forderten einen scharfen Protest, blieben aber in der Minderheit. Der Antrag lautet wörtlich:

„Indem die Duma die Regierung darauf hinweist, daß die Zugehörigkeit zur polnischen Nation kein Hindernis zur Bedienung von Gerichtsämtern im Königreich Polen bilden darf, gesteht sie zur Beratung der einzelnen Posten des Staats des Justizministers über.“

Was konnten nun die Sozialdemokraten angesichts eines solchen Antrages tun? Eine Zustimmung involvierte die prinzipielle Anerkennung des Staats; einen besonderen Antrag zu stellen hinderte die Geschäftsordnung des Hauses. Es blieb daher den Sozialdemokraten eben nichts anderes übrig, als das Wort zu diesem Antrage zu ergreifen, die Beschimpfung der polnischen Nation durch den Justizminister gebührend zu beantworten, die Fortsetzung der Polen zum Richteramt als etwas selbstverständliches zu bezeichnen, aber sie mußten gegen den Antrag stimmen. So geschah es. Genosse Gegschwori wies die Gemeinden des Ministers zurück, stellte aber gleichzeitig die Polenfraktion an den Pranger. Seine Schlusssätze lauten:

„Wir müssen im Namen des polnischen Proletariats, als bessere Vertreter wir uns betrachten, Protest erheben gegen die Aude des Ministers, wie gegen das Verhalten der polnischen Fraktion. Wir sind überzeugt, daß sowohl das Proletariat, wie auch die Mehrzahl der polnischen Bevölkerung der Polenfraktion keinen Dank wissen wird für das Vertrauensvotum, das sie bei der Abstimmung des Staats dem Justizminister ausgesprochen hat.“

Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Polenfraktion gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Rechten abgewiesen. Daszyński und Grossen machen daraus den russischen Genossen noch einen besonderen Vorwurf: die Sozialdemokraten haben mit den Reaktionären gestimmt. Das ist einfach absurd, denn die Rede des Vertreters der Fraktion läßt keinen Zweifel über die Motive der Abstimmung; einen Vorwurf daraus zu machen, daß die Sozialdemokraten gezwungen waren, mit den Reaktionären zu stimmen, ist nur bei vollständiger Verdeckung der Tatsachen möglich.

Die Haltung der russischen Genossen war in jeder Hinsicht einwandfrei. Die prinzipielle Ablehnung des Budgets zu durchbrechen, nur um den feigen und hältlosen Antrag der Polenfraktion zu retten, wäre ein unverzeihlicher taktischer Fehler gewesen.

Die Antwort der russischen Genossen ist in überaus ruhigem und würdigem Tone gehalten. Sie stellt fest, daß Daszyński und Genossen ihre Verdammung ausgesprochen haben, ohne auch nur die Tatsachen zu kennen, ohne auch nur die stenographischen Berichte gelesen zu haben. Die russischen Genossen unterbreiten daher die Sache der öffentlichen Meinung der internationalen Sozialdemokratie.

Wir glauben, daß kaum jemand im Zweifel sein kann, wie die öffentliche Meinung in diesem Streite entscheiden wird. Auch die am meisten interessierte, die sozialdemokratische Partei Russisch-Polens, hat rückhaltlos die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion in der Duma genehmigt, weil eben über den Charakter des Antrags der Polenfraktion, noch über die Pflicht, unter allen Umständen der zaristischen Regierung das Budget zu verweigern, auch nur der leiseste Zweifel bestehen kann.

Staunen muß man, wie die polnischen Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion im österreichischen Reichsrat zu ihrem Angriffe gelangen konnten. Es bleiben nur zwei Alternativen: entweder wollen sie wirklich mit ihrer Anklage sagen, daß die Sozialdemokratie ihre Prinzipien mit Füßen treten soll, um sich in den Dienst der polnischen Nationalisten zu stellen, selbst wenn diese Nationalisten die Würde und Ehre der polnischen Nation preisgeben, um einen winzigen parlamentarischen Erfolg zu ergattern, oder sie haben in leichtsinniger Weise Anklagen erhoben, ohne die Tatsachen zu kennen. Eines ist so schlimm wie das andere. Im ersten Falle wäre es ein Verstoß gegen die elementarsten Grundsätze der Sozialdemokratie, im zweiten Falle wäre der unberechtigte Angriff um so verwerflicher, als die Genossen in der russischen Duma auf dem denkbaren schwierigsten Posten stehen und deshalb vor falschen Anklagen doppelt und dreifach geschützt sein sollten.

Daszyński und Genossen haben an die internationale Sozialdemokratie appelliert und damit das Urteil herausgefordert. Wir sind gespannt, ob sie den Mut haben werden, durch das Eingeständnis ihres Irrtums den Verleumdeten Genugtuung zu geben.

## Reichstag.

243. Sitzung. Dienstag, 20. April, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesstaatlich Kommissare.

Auf der Tagesordnung: Petitionen.

Eine große Zahl von Petitionen werden nach den Beschlüssen der Kommission debattiert erledigt. Darunter wird dem Reichstanzler zur Erwähnung überwiesen eine Petition des Gemeinderats von Bautzen, der auf Anregung der dort ansässigen Maurer, Zimmerer, Bau- und Erbärbeiter bittet, daß zu allen aus Reichsmitteln gezahlten Arbeitern nur deutsche Arbeiter beschäftigt werden. Ebenso eine Petition auf Sicherung des Koalitionsrechts der Privatangestellten. Zur Berücksichtigung überwiesen wird eine Petition, welche die Ausnahme der weltlichen Angestellten in die obligatorische Krankenversicherung willst, sowie eine Petition, in der um Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherungspflicht auf Portiers und Hausangestellte gebeten wird, sowie eine weitere, in der die Ausdehnung der Haftpflicht der Eisenbahnen auf Sachschäden gewünscht wird.

Eine Anzahl von Müllervereinigungen und Handelskammern petitionieren um Maßnahmen gegen die übermäßig große Ausfuhr deutscher Getreides. Die Kommission schlägt Ueberlegung zur Tagesordnung vor. Die Gewerbelehrer Dresden, sowie eine Anzahl anderer Verbände petitionieren um Einführung des Identitätsnachweises. Die Kommission beantragt Ueberweisung an den Reichstanzler zur Erwähnung. Der Rat und die Stadtverordneten von Dresden, sowie eine Reihe anderer Städte petitionieren um die Verlängerung der im § 18 des Oktotars festgesetzten Frist für Befreiung der städtischen Verbrauchsteuern. Die Kommission schlägt Uebergang zur Tagesordnung vor.

Der Präsident schlägt vor, diese drei Petitionen gemeinschaftlich zu beraten. Abg. Wölzel (nat.-lib.) bittet, die drei Petitionen an erster Stelle zu beraten.

Abg. Sachse (Soz.) bittet, die Reihenfolge einzuhalten, wie sie in der Tagesordnung steht. Nach dem Antrag Wölzel würden Petitionen zurückspringen, die schon seidem auf der Tagesordnung standen und sehr dringend sind.

Der Antrag Wölzel wird angenommen.

Abg. Emmel (Soz.): Als der neue Oktotarif geschaffen wurde, wollte man verhindern, daß die durch ihn schon erheblich verteuerten Lebensmittel noch stärker belastet werden. Der städtische Oktotarif sollte im Jahre 1910 aufgehoben sein. Jetzt wird gebeten, die Frist bis 1914 zu verlängern und die Regierungsvertreter haben sich in der Kommission dafür ausgesprochen. Die Städte haben aber gewußt, was kommen wird und hatten zeitlich Zeit und Gelegenheit, ihre Kommunalsteuergesetze dem anzupassen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Einige haben auch schon ihr Ersatz getragen. Würde nun der Petition entsprochen, so bliebe dieser Ersatz bestehen und außerdem würde der Oktotarif auf Lebensmittel weiter erhoben. Die Folge würde sein, daß die direkten Steuern heruntergelegt werden, also das Gegenteil von dem, was der § 18 des Oktotars geschieht wollte. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Ganz abgesehen von unserm prinzipiellen Standpunkt, der alle indirekten Steuern verwirft, müßten sich in diesem Falle hier alle bürgerlichen Parteien gegen die Verlängerung der Frist wenden. Ich bitte, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. (Beschluß bei den Soz.)

Abg. Wölzel (nat.-lib.): Im Prinzip bin ich auch für die Aufhebung des Oktotarif, aber eine Reihe von Städten, namentlich in Bayern würden in schwerer Verlegenheit kommen. Ich bitte um Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Die Abg. Dr. Bleißer (Zentr.), Wagner-Sachsen (konf.) und Manz (freil. Bp.) schließen sich dem Vorredner an.

Abg. Bassermann (nat.-lib.) will nicht Uebergang zur Tagesordnung über die Petition.

Bayerischer Bundesratsbevollmächtigter Geheimrat Strösser reuther bittet, dem Wuns' der Petition nachzukommen. Die bayerischen Gemeinden könnten sich noch nicht dem Gesetz anpassen und haben hohe Schulden.

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Geheimrat Fischer schließt sich in bezug auf die sächsischen Städte den Aussführungen des Vorredners an.

Abg. Dr. Seime (nat.-lib.) tritt für die Petition ein.

Abg. Gothein (freil. Bp.): Die ungünstige Lage der Städte ist nicht durch die Aufhebung des Oktotarif verhindert, sondern durch die Bollagegebung. (Zustimmung links.) Der § 18 wurde seinerzeit mit erdrückender Mehrheit angenommen. Alles, was man jetzt für die Hinausschiebung vorbringt, zeigt nur, daß man den städtischen Oktotarif überhaupt nicht aufheben will.

Namens der freiliberen Fraktionen bitte ich nach dem Kommissionsbeschuß um Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Werner (Antis.): Da Herr Gothein gegen die Petition spricht, so ist sie wahrscheinlich gerechtfertigt. (Hinterhält.) Nedner unterstützt den Antrag Wölzel. (Verteidigung auf 1914)

Vizepräsident Dr. Paesch teilt mit, daß ein Antrag eingegangen ist, über den Antrag der Kommission (Uebergang zur Tagesordnung) resp. über den Antrag Wölzel namentlich abzustimmen. Die Abstimmung findet morgen statt.

Abg. Speck (Zentr.) unterstützt trotz seiner prinzipiellen Gegnerlichkeit den Antrag Wölzel in Absicht auf die Finanzlage namentlich der bayrischen Städte.

Preußischer Geheimrat Stein tritt für die Petition ein.

Abg. Pauli-Potsdam (konf.) tritt namens eines Teiles seiner politischen Freunde und unter dem Beifall der Linken für den Kommissionssantrag ein. Die Kommunen haben Beifall genug gehabt, sich vorzubereiten.

Abg. Hilbenbrandt (Soz.): Entgegen der sonstigen Ge- pflogenheit beteiligen sich heute Regierungsvertreter an der Diskussion über Petitionen. Allerdings bei den Petitionen zugunsten von Arbeiterinteressen haben sie geschwiegen. Der Paragraph des Oktotarif, der die Aufhebung des Oktotarif fordert, ist doch mit Zustimmung der verbliebenen Regierungen beschlossen worden. Heute sprechen die Herren Geheimräte von der schweren Belastung der Gemeinden. Von der schweren Belastung aber, die den Arbeitern aus doppelter Belastung erwächst, schweigen sie. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Den kleinen Städten eine Verlängerung zu gewähren, wäre ein schweres Unrecht gegen jene Gemeinden, die in loyaler Weise den Reichstagsbeschuß ausgeführt haben, was diese, z. B. Potsdam, können, das hätten die andern auch getan. (Sehr wahr! links.) Auch in Stuttgart haben wir schon vor einem Jahre die gleichen Steuern bestellt. Die Annahme des Antrags würde in manchen Städten eine doppelte Belastung der arbeitenden Bevölkerung bedeuten.

Der wahre Grund des Widerstands gegen den § 18 ist die Angst der bestehenden Klassen vor größerer direkter Besteuerung. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Die Vertreter aller Parteien haben erklärt, prinzipiell seien sie Gegner des Oktotarif, aber keiner will die Konsequenz aus seinem Prinzip wahrhaben. (Sehr gut! bei den Soz.) Wenn der Antrag Wölzel jetzt angenommen wird, so kommt im Jahre 1914 wieder ganz genau dasselbe Schauspiel. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die heutige Debatte macht den Eindruck, als ob im Jahre 1902 sich viele Herren gesagt hätten: „Streuen wir nun einmal diesen Sand aus, später werden wir die Sache schon wieder anders machen.“ (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Gerade jetzt, wo Sie die Lebenschaltung des Volkes wieder mit 400 Millionen Mark indirekter Steuern belasten wollen, sollten Sie dem deutschen Volke dieses neue Unrecht nicht bieten, den § 18 aufzuheben. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Wenn der Reichstag in Zukunft noch ernst genommen werden will, muss er den Kommissionssantrag annehmen. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Lender (Zentr.): Der § 18 war von jeher ein Gewaltakt gegen die kommunale Selbständigkeit. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum, Sachsen links.)

Abg. Gothein (freil. Bp.): Die Logik des Herrn Speck nennt man gewöhnlich Vierlogie. Allerdings kann man aber auch Speck logisch sagen. (Hinterhält links, Unruhe im Zentrum und rechts.) Herr Speck hat die Prinzipielllosigkeit als leitendes Prinzip des Zentrums proklamiert. (Auf: Nehmen Sie vor der Tür des Kreisrings!) Nach dem Abgeordneten Lender bedeutet der § 18 einen Bruch der Reichsverfassung. Danach hat also das Zentrum, als es für das Tarifgesetz stimmte, die Reichsverfassung gebrochen. (Sehr gut! links.) Mit Herrn Hilbenbrandt kann ich nur sagen: Wenn der Reichstag ernst genommen werden will, so muss er den Kommissionssantrag annehmen. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Stolle (Soz.): Die Aufhebung des Identitätsnachweises im Jahre 1904 geschah mit Rücksicht auf die notleidende Landwirtschaft. Unzweck ist sie zu einem blühenden Gewerbe geworden. Graf Schwerin hat das selbst mehrfach anerkannt. Durch die Ausführungen wird diesem blühenden Gewerbe eine Liebesgabe geleistet in einer Zeit, wo neue Steuern mit der Lupe gefügt werden. Als 1904 der Identitätsnachweis aufgehebt wurde, gab den Zweck dieser Aufhebung, Erhöhung der landwirtschaftlichen Produkte, Graf Wolowodsky ganz unumwunden zu. Auch der Oberpräsident Graf Stolberg erkannte diese Wirkung an und nannte unser Fraktion erklärte der Abg. Schipper, daß wir gegen seine Aufhebung in jeder Form sind. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Ich wende mich nun zu der Petition, welche die Debatte bisher allein beschäftigt hat. Sehr erstaunt war ich, daß mein verehrter Landsmann, Herr Geheimrat Fischer, für die Verlängerung der Frist zur Aufhebung des Oktotarif eintrat — haben ihn doch von 189 sächsischen Städten nur noch 2, die Städte Dresden und Bautzen, die gerade nicht zu den armen Städten zählen. Aber man will nicht die reichen Städte in Dresden und Bautzen besteuern, sondern die notwendigen Mittel lieber durch indirekte Steuern, welche den Arbeiter belasten, aufzubringen.

Noch ein Wort zur Stellung des Zentrums. Wenn das Zentrum ebenfalls vor allem den Geldbeutel des reichen Mannes schonen will, so kann ich darin seine so gern behauptete Arbeiterfreundlichkeit nicht erkennen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Sächsischer Geheimrat Fischer polemisiert gegen die Abg. Stolle und Gothein und behauptet, daß er bei der Beratung von Petitionen, welche Arbeiterinteressen betreffen, ebenso gut anwesend gewesen sei, wie bei den andern.

Das Haus vertrat die Weiterberatung auf Mittwoch 2 Uhr. (Außerdem dritte Beratung des polnischen Antrags betreffend die Freiheit des Gründungsverbands.)

## 18. Generalversammlung der Zimmerer Deutschlands.

k. Stuttgart, 19. April.

Um sechzehn geschmückten Saale des Gewerkschaftshauses wurde heute früh die 18. Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands eröffnet.

Berndorfsvorlesender Schröder-Hamburg weist in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß eine 25jährige ruhmvolle Tätigkeit des Verbands verlossen ist und man gleichzeitig auf ein 40-jähriges Bestehen der Zimmererbewegung Deutschland ausblicken kann. Nedner schilderte, unter welch schwierigen Verhältnissen die damalige Zimmererbewegung ins Leben entwickelt hat. Dann hielt er die Delegierten und besonders die Vertreter der ausländischen Bruderverbindungen willkommen.

Oswald-Stuttgart begrüßt die Erschienenen im Namen der organisierten Arbeiterschaft Stuttgarts und betonte, daß am heutigen Tage 25 Jahre seit der Gründung der Wahlstelle Stuttgart verlossen sind.

Dann konstituierte sich die Generalversammlung. In das Bureau wurden gewählt: Schröder-Hamburg und Külpsen, Berlin als Vorsitzende, Oswald-Stuttgart und Dax-München als Schriftführer. Anwesend sind 118 Delegierte, ferner vom Zentralvorstand Schröder, Ecke und Möller und 20 Gauleiter. Die Redaktion des Zimmerer vertritt Dringmann-Hamburg.



Serie II.

# Bezugsquellen-Verzeichnis

Erscheint 3 mal  
wöchentlich



Königs-  
Automat u.  
Restaurant

Windmühl-  
strasse 1-5

Spez. Arbeitser-Sinnspitze.

Bilder-Einrahmungen

Otto Stein, Co., Paganerstr. 24.  
M. Törpe, Flosspl. 25, Tel. 11080.  
Spez. Arbeitser-Sinnspitze.

Cacao, Schokolade

Cacao-Haus Alfred E. Bayer  
für englisch: Querstrasse 4-6.  
Filialen in allen Stadtteilen.

Lindenauer Schokoladen-Haus

Otto Hörtzsch, Lindenau, grösst.  
Konfitturen-Spezialgesch. Haupt-  
gesch.: Li., Markt 8. Fil.: Gundf.  
Str. 2, Gutsmuthsstr. 10, Markt 2.

Fahrräder, Nähmaschinen

Domasch, Fleischerplatz 1b.  
Bonherr, Döberitz, Dresdner Str. 75H.

O. F. Eule, Dorotheenplatz 1.

Hamb. Spez.-Haus, Fahrrad-Zubehör,  
Rep. Werkstatt Johannispl. 3.

O. Rehmann, Grasstr., Mittelstr. 9.

Alfr. Geissler, Knauthain, a. Kirche

K. Görlich, Markranstädt Leipzig, Str.

H. Kiesling, Markranstädt.

Franz Kellhold

Hospitalstrasse 14

Täubchenweg 18.

Bekannt seit vielen Jahren

durch seine vorzügl. Cacaos,

Schokoladen und Mischungen.

Thekla Keller, Klisch, Dieskaus-  
strasse 11. Aelt. Gesch. a. Platz.

da Lanz, Grosszsch., Hauptstr. 34.

Th. Müller, Windmühlenstr. 14/16.

E. Reinoike, Klisch, Gießerstr. 70.

J. Schäfer, engl. endet. Kirchst. 95.

M. Thierbach, Karl-Heine-Str. 118.

Verk. v. eicht bayr.

Malz aus München, 1/2 Pf. 20 Pf.

n. v. d. Wipfel, Eisenbahnstr. 80.

Cigarrenhandlungen

O. Arge, Plagw., Weissenf. Str. 61.

Gust. Bauer, Co., Meusdorfer Str. 52.

Max Boesch, Nürnberger Str. 60.

O. Döhler, Grasstr., Hauptstr. 41.

Carl Föck, Anger, Breite Str. 16.

M. Grün, Pl., Fr.-Aug.-St. 27, a. Bhf.

H. Gerber, Lindenau, Josephstr. 51.

A. Grässner, Lind., Burgauenstr. 18.

H. Selle, Li., Ecke Lützsch. u. Josefstr.

W. Steinke, Ried., Gemeindestr. 11.

E. Voßmann, Lind., Gundorf. Str. 39.

O. Wagner, Neurd., Cäcilienstr. 23.

P. Winkler, Stött., Elchingstr. 18.

Euge Wuttke, Schönef., Südst. 26.

Bettfedern, Bettten

M. Kirschberg, N., Raum, Reichsstr. 59.

L. Moser, Riedn., Oststr. 9.

H. Oldag, Südstrasse 2.

Ad. Petzold, Li., Birkenstr. 12.

J. Schwartz, Brühl 50. Gegr. 1796.

G. Straube, Hedwigstrasse 15.

H. Tröbhl, Hospitalstrasse 26.

Brauereien, Bierhandl.

Brauerei C. W. Naumann,

Leipzig-Plagwitz,

Fernsprecher 5055 und 2898.

Brauerei Burghausen - Leipzig,

einget. Genossenschaft, m. b. H.,

empfiehlt ihre vorzügl. Biere.

Markranstädter Brauerei

liefer erstklassige Biere.

Neumann u. Co., Schönau, Leipzig.

Nickau & Co., Gohlis

Spez. Leipziger Kindl, Gose,

Lichtenhainer.

F. A. Ulrich.

Dampfbräuerei Zwenkau A. G.

Zwenkau.

A. Bühligen, Jonasstr. 1-3.

Erikets, Kohlen

Rich. Foerstendorf,

Plagwitz, Weissenfelsstr. 24.

J. Franz, Steinstrasse 46.

R. Freiberg, Kochstr. 18, Glück auf,

Brik. 10 Ztr. 674, 502 Ztr. & 72 Pf.

Bob. Hahn, Tauchaer Str. 47.

Herm. Häse, Klisch, Neuestr. 4/5.

R. Kretschmar, Go., Mück. Str. 8.

Paul Meyer, Sell., Ostheimstr. 19.

E. Morgenstern, Koch-Strasse 25.

Gustav Ad. Munkelt,

Lindenau, Kaiserstrasse 18/20.

H. Reichenbach, Eisenstr. 28.

L. Thonberg

Reitzenh. Str. 18.

L. Voigt Nachf., Go., Hall. Str. 81.

Butterhandlungen

Max Busch, Renn., Dresden, St. 67,

gegr. Strassenb.-Dep.

Robert Funke, Li., Gundorf. Str. 15.

Max Horn, Plag., Dampfmolkerei.

Friedr. Hethner, Sternwartenstr. 51.

P. Klehnert, St. 6, Cur. Weiße-St. 11.

Zeitzer Strasse 51.

Gohlis, Aeussere

Hallische Str., Ecke Luisenstr.

J. H. Müller, Stötteritzer Str. 8b.

Ferd. Rückert, Li., Aurelienstr. 40.

Sänger, Rdn., Untere Münsterstr. 7

D. G. Vogel, Go., Lindenstr. 17.

H. Wölfer, Stött., Schwarzsackstr. 1.

A. Wunsch Nachf., Molkauer Str. 54.

Bürsten, Besen, Pinsel

S. Schneider, Vo., Konradstr. 40.

M. Seidel, Go., Lindenthaler Str. 22.

Eligio Sauda, Nürnberger Str. 9.

Eisen- u. Stahlwaren

H. O. Härtung, Pl., Merseb. Str. 28.

Karl Koch, Klisch, Hirzelstr. 12.

Köhler & Kunad, Johanniskirchstr. 20

Rich. Lausch, Tauchaer Strasse 9

Julius Linke Nachf., Johanniskpl. 5.

Gebr. Pilz, Täubchenweg 70/72.

Alwin Richter

Dresden, Strasse 36

L.-Anger, Breite Strasse 22.

Eligio Sauda, Nürnberger Str. 9.

Bilderei, Wäschereien

Paul Hillmer, Weissenfeler Str. 17,

St. 8, Hauptstr. 57, Sophienstr. 6.

Spez. Arbeitser-Sinnspitze.

Hugo Luckner

Läden in allen Stadtteilen.

J. Lüders, Lindenau, Luppenstr. 4.

G. Samhammer, Eisenstrasse 8.

Barfussgasse 11.

Fahrräder, Nähmaschinen

Domash, Fleischerplatz 1b.

Bonherr, Döberitz, Dresdner Str. 75H.

O. F. Eule, Dorotheenplatz 1.

Hamb. Spez.-Haus, Fahrrad-Zubehör,

Rep. Werkstatt Johanniskpl. 3.

O. Rehmann, Grasstr., Mittelstr. 9.

Alfr. Geissler, Knauthain, a. Kirche

K. Görlich, Markranstädt Leipzig, Str.

H. Kiesling, Markranstädt.

Herren-Artikel

Otto Grafe, Könneritzstr. 68.

Joh. Köst, Kreuzstrasse 46.

Max Schott, Zweinaund. Str. 18.

Herm. Naumann, Leu., Hauptstr. 34.

Herren-Schneiderei, Stoffe

H. Götsch, Co., Born., E. Stück-Str.

A. Haselhuhn, Tauchaer Str. 2.

E. Kuckuck, Tauchaer Str. 22.

Ott. Mertens, Vo., Bogislawstr. 19.

W. Schlesier, Li., Gundorf. Str. 82.

R. Voigt, Li., Merseb. Str. 88a.

O. P. Walther, Li., Gundorf. Str. 54.

Herrnhandlungen

R. Benke, Münzgasse 28.

A. Funk, Li., Holsteistr. 23, eckig. St. 39.

August Funk, Vo., Hildegardstr. 40.

Franz Kretzschmar, Dieskausstr. 3.

Lag. u. Anf. v. Polstermöb., Aufst.

H. Martin, Gr. Fleischergasse 21.

E. Pötzsche, Neusch., Konradstr. 35.

Manufakturwaren

Nachf. E. Kreuz u. Gabes-

bergstr., Modew., Kleider-

# Merseburger Biere sind die besten und bekömmlichsten.

## „Ozonit“

### Modernstes Waschmittel

Deutsches Reichspatent

ist ein ganz neuartiges und eigentümliches Waschmittel von überraschender Wirkung, dabei garantiert frei von Chlor und allen sonstigen schädlichen Bestandteilen.

Fabriken von Dr. Thompson's Seifenpulver (Marke Schwan) G. m. b. H. in Düsseldorf.

**Zahn-Atelier**  
Willy Schult  
Petersteinweg 10, I.  
Ecke Münzgasse.  
Teilzahlung gewillt.  
Fernspr. 10352.

Berta von Suttner's Werke

Die Waffen niedert! 1 Mk.  
Marthas Kinder . 1 Mk.

Volks-Buchhandlung  
Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21  
und Filialen.

Der Pfaffenspiegel

von Corvin.  
Schön gebunden 4 Mk.

Volks-Buchhandlung  
Leipzig  
Tauchaer Strasse 19/21  
und Filialen.

### Wybert-Tabletten

(Name geschützt)

schützen

Sänger, Redner, Raucher

vor HEISERKEIT, HUSTEN,

KATARH

In Apotheken, à M. 1-

D.F.H. u. D.F.P. Geiger, St. Ludwig / E.

Depot: Albert-Apotheke, Emilienstr. 1; Börsen-Apotheke, Hallische Str. 12; Germania-Apotheke, Kronenadlerstr. 9; Hirsch-Apotheke, Grimmaischer Steinweg 28; Johannis-Apotheke, Gabelsbergerstr. 2; Räntzäder-Apotheke, Räntzäder Steinweg 27; Sonnen-Apotheke, Cäcilie 1; in Anger: Hubertus-Apotheke; in Gutriegsdorf: Annen-Apotheke; in Göhrie: Schiller-Apotheke; in Nördern: Bilioher-Apotheke; in Paunsdorf: Apotheke von O. Meyer; in Pausitz: Sophien-Apotheke; in Neudörfel: Bismarck-Apotheke.

Engel-Apotheke, Markt 12.

Die russischen Kämpfe um  
Freiheit und Recht.  
25 Pf., schön gebunden 1 Mk.

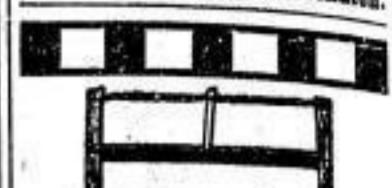
Volksbuchh. Leipzig und Filialen.

Schuhwaren

erträgliche Gelegenheitsläufe blau

Volk., Mariannenstr. 92 (k. Lad.).

Bürgerliches Gesetzbuch  
30 Pf.  
Volksbuchh. Leipzig u. d. Filialen.



### Alle Sorten Sägen

Hobelreissen u. fertige Hobel

Mauerzäulen, Wasserwaagen

Spitz- u. Radehaken

Schaufeln u. Spaten

Verzinkte Drahtgeflechte

Gartenrechen etc. billig bei

**C. G. Weinspach**

Eisenwarenhandlung

Plagwitz, Karl-Heine-Str. 73.

Große Auswahl in Hand-

und Küchengeräten.

## ~~~~ Kleiner Anzeiger. ~~~~

### Vermietungen

Osten.

**Göhne Wohnungen**  
für 400 u. 410 & 1/7 in Anger,  
Spichernstr. 10, I. mietfrei.

Süden.

Ging. Herr sucht Schlafstelle  
(wünscht allein zu wohnen). Off  
unter Th. G. f. G. Connowitz.

Westen.

Lind., Demmeringstr. 78c, II. L., 2St.,  
1R., R., Bb., K. Neuorg. Wohn., w.  
z. 1/4. v. Braup., nem. über frsh.  
nich bezogen w. f. sof. weiter z. v.  
Dr. 350 & Br. erft. dorf. b. Hrn.  
Koch ob. Koflerstr. 54, II. L.  
Kleinzsch., Schön. Weg 80, I. r.  
Stube, R., Kell. per 1./5. zu verm.

### Verkäufe und Räume.

Parteilokal (grosser Saal)  
1 b. Industrieort, 12000 El. Anh.,  
ohne Konkurr., v. erstkl. Brauerei  
bei 10000 Mk. Anz. bill. zu verk.  
Ums. 1.2 Jahre 652 Hektol. Hypoth.  
4% fest. Ank. bietet sich. Exist.  
Evtl. auch Restaur. ohne Saal bei  
4000 Anz. für 41000 Mk. Ums.  
220 Hektol. 800 Mk. pr. Miete in  
Stadt Anh., 36000 Einw., zu verk.  
Karl Brinck, Dossau I. Anh.

Glückende Schuhmacherei weg-  
zu verkaufen. billig zu verl. Offerl. u.  
W.B. 33 Altkleid. Blattes Leicht.

**Trauringe** 4 massiv Gold  
von Gustav Kaniss  
Tauchaer Strasse 6.  
10 Prozent Rabatt. [11832\*]

**Herrenkragen**, Stck. 45.  
Herren-Chemissett, Stck. 25.  
E. Heidorn, Dorotheen-  
strasse 2.

95 Schuhwaren faulst man bill. 95  
95 bei Linke, Gerberstr. Nr. 95  
Reparaturen faulst u. fauler.\*

**Monatsgarderobe**  
Ebol, Raust. Steinweg 13, I.  
empf. nur von Studenten u. Kava-  
lieren wenig getrag. eleg. Anzüge  
sehr billig zum Aufkauf. Ebol  
Überzieh., Hosen u. mod. Damen-  
kleider zu Sch. überpreisen. Ge-  
fällt. Beluch ohne Kaufaufwand erh.\*

1 Posten neue Jünglings-  
(Burtschen-) Anzüge, die b. 30 &  
get. haben, v. 6 & an. Anzüge  
Jünglinge, Größe 1-6 Stammgarn  
& 5 & Reichstr. 30 nur 1 Et.  
Sonntags geschlossen. [5888\*]

**Frauen** bedi. Guern hygen.  
Bedarf in der Zeit,  
gewillhaft einzprob., durch Frau  
Ida Becker, Ronradsstr. 76, II. L.  
B. h. abz. 6-8, I. u. Wunsch. 5.

### Herrenstoff-Reste

Herren- u. Knaben-Anzüge,  
Hosen u. Westen, Manschette,  
Gord u. Sammet, Kleiderstoffe,  
Barchent, Waschstoffe, Vorhang-  
Kattun, Crepe u. a. m. empfehl.  
Restehandlung v. Max Nüchtern  
Hainstr. 10, Hofl. Greif. 1878.\*

### Küchen-Handtücher

grau, gefäumt, à Stück 30 Pf.  
Elisab. Heidorn, Dorotheenstr. 2.

### Sofa-Bezug-

Reste Plüsche, Wolle  
Taschen

Tisch-, Divan-, Steppdecken  
welche als Muster gedient  
sehr billig. [7010\*]

Engels Fabrik-lager  
Hainstraße 28.

### 4 Waggon Fahrräder

Na. Fabrik: 53, 60, 75, 86. Au. im.  
Einige Original-Strassen- u. Bahn-  
rennen, ganz wenig gefahren, weit  
unter Preis. Groß. Posten frische  
Laufdecken 2,50 Mk. Sämtliches  
Zubehör zu Spottpreisen.

Teilzahlung gern gestattet.  
Leipziger Fahrrad-Industrie  
Rich. Stölzel, nur Sch.-Bach-St. 39/41.

Alte Räder neuve in Badung.  
Sonntags Besichtigung gestaltet.

### Patentbüro

Original-Kronen-Räder

Alleinvertreter für ganz

Deutschland. [1200\*

Allemeide Deutsche Marke

in Vorderradförderung

sowie ein Posten vor-

läufiger Modelle bis

auf weiteres 55 &, 68 & u. 85 &.

Decken mit kleinen Hohlräumen à 2 &.

Schläuche 1,75 &.

Reparaturen sofort.

### Otto Reinhardt

2. Gohl., Aehn. Hall. Str. 35

Generalvertreter der

Vittorio-Werte Nürnberg.

Rad 32, & Karl-Heine-Str. 118, II. L.

Fahrrad-Reparaturen, Ersatzteile,

Gebr. Hrn. u. Dam.-Räder v. 30 &.

nur p. Weifrauch, 11, Döbeln. St. 49.

Laufdecken 1-3 & Beiböven 11.

Gebr. Kinderwagen u. Sportwagen

bill. u. v. Wind. Hevelstr. 26b, II. L.

Guterhalt. Kinderwagen billig zu

of. Schöne, Leipzig, St. 8, pt. L.

M.S. Liegewg. II. Mühlstr. 28, II. L.

Dunkelbl. Sitzlegew. u. Kindersitzen

ch. u. St. St. -Heine-St. 84, IV. W.

Hand-u. Geschäftswagen bill. Volks. Rad 50.\*

Wasserschlüsse für Bau, Garten

u. Weihenbau, Schlosser, u.

Dreherlehrer. wird. der Oster

1909 gesucht. Gebr. Offert. u.

H. 573 an die Filiale d. Blattes,

Blatt., Elizabethestr. 19, erbauen.

Aelt. unabh. Frau. v. Geschäft. 5. W.

Böhn. Lind., Gutsmuthsstr. 2, I. r.

Fensterglas Eisenbahn-

strasse 143.

Buchtp. Wellensittich m. Bauer, v.

R. Viktorstr. 8, II. M., erfr. mitt. ob. abbs.

Habroster, a. Heckhähne,

6-15 &, 200 St. am Lager.

Br. Wbch., 150-200 Haub.-

Weibch., volle Haube 8 &.

Blumen. Haube. Fuchs, Br. 17, I.

Gr. Auswahl präm. Kanarien,

haut. Sommerrüben, sowie alle

Sort. pa. Vogelfutter, Käferseiter,

Wohlwürmer, präf. Rössige v. 20 &

on empf. Max Kraft, Quersir. 17.

2 gr. Vogel. Mehlw. 2rädr. Hand-

wag. 1b. u. 2t., Überlerner. 85, III.

Rat

in all. Rechtsang., Schrift. Verkell.

Steuererl., Schulde. u. Riegach.

Gefüge, Gingeben, Testamente

et. bei Paul Kaiser, Reichsstr. 22, II.

Privat-Tanzunterricht jeder Zeit

H. Papst, Dufourstr. 22 \*

Sp. für ältere Damen u. Herren.

Emil Görner, Herrenmoden

Lortzingstrasse 10

Anfertigung eleganter Herren-

garderobe nach Maß zu bestim-

blichen Preisen.

Reichhaltiges Stoßlager.

Möbeltransporte

(auch mit Rollwagen) und

Aufbewahrung

übernimmt Hans Gitter



hend sich nach der Art der Nahrungsmittel. Eine genaue Bestimmung der Speichelmenge läßt sich freilich nicht ermöglichen. Im Durchschnitt läuft beim erwachsenen Menschen die abgeschiedene Menge täglich 1400—1500 Gramm betragen.

Auf die genaue Zusammensetzung des Speichels einzugehen, würde hier zu weit führen. Es sei darum nur kurz gesagt, daß Wasser den Hauptanteil ausmacht. Als wirksame Bestandteile kommen zwei sogenannte Enzyme, auf die sogleich näher eingegangen werden soll, in Frage. Ein nie fehlender Bestandteil, wenngleich auch nur in geringen Mengen vorhanden, ist Rhodanatium. Dies ist eine eigenartige Schwefel-chin-Verbindung, die die Eigentümlichkeit hat, Eisenverbindungen violettröt zu färben. Rhodanatium findet in der Photographic Verwendung und ist, nebenbei gesagt, auch ziemlich giftig.

Um ein Verständnis der Vorgänge zu ermöglichen, die die Umwandlung der Nahrung hervorrufen, muß man zunächst allgemein über die Enzyme berichten. Dies ist eine Klasse von Körpern, die erst in den letzten Jahren eine gewisse Ausklärung gefunden hat und deren Erforschung für die Zukunft noch große Erfolge verheißt. Die Enzyme sind in jedem Organismus vorhanden und für die Lebensvorgänge von grundlegender Bedeutung. Unter Enzymen und Fermenten versteht man durchweg Stoffe, die den Eiweißverbindungen nahestehen. Von den lebenden Zellen abgesondert, besitzen die Fermente die Eigenschaft, unter gewissen Bedingungen chemische Umsetzungen zu veranlassen. Bei diesen Prozessen erledigen sie selbst weder eine Zersetzung noch eine Einwirkung. Auf die Unterschiede, die man zwischen Fermenten und Enzymen und anderseits zwischen geformten und ungeformten Fermenten macht, wollen wir hier nicht eingehen. Von wesentlichem Einfluß auf ihre Wirkung, auf die es uns hier hauptsächlich ankommt, sind diese Unterschiede nicht. Zurzeit herrschen noch Meinungsverschiedenheiten darüber, wie diese Wirkungen stattfinden kommen. Früher wurde besonders eine sogenannte katalytische Wirkung angenommen. Durch einfache Verührung mit andern Stoffen sollten die Enzyme Umsetzungen bewirken. Es ist dies freilich nichts weniger als eine Erklärung ihrer Wirkung, sondern nur eine Beschreibung ihrer Tätigkeit. Man nahm auch eine vorübergehende Zwischenverbindung zwischen dem umzusetzenden Stoff und dem Enzym an. Es ist freilich nie möglich gewesen, eine derartige Verbindung nachzuweisen. Dagegen war es möglich, festzustellen, daß ihre Wirkung von ihrer Zusammensetzung abhängt.

In neuester Zeit ist zwischen den organischen Enzymen und gewissen anorganischen Körpern eine eigenartige Ähnlichkeit beobachtet worden, so daß man von anorganischen Enzymen spricht. An diesen läßt sich sehr gut die Wirkungsweise der Enzyme schließen. Es gibt eine Substanz, Wasserstoffsuperoxid genannt, die man sich aus Wasser und Sauerstoff zusammengesetzt denkt. Eine wässrige Lösung derselben bietet nichts Auffälliges. Es ist an ihr keinerlei Veränderung zu bemerken, sie erscheint wie klarer reines Wasser. In Wirklichkeit aber unterliegt das Wasserstoffsuperoxid einer stetigen Veränderung. Es versällt beständig in Wasser und Sauerstoff. Die Zersetzung verläuft allerdings so langsam, daß man die Veränderung mit dem bloßen Auge nicht verfolgen kann. Das Bild ändert sich aber sofort, wenn man in die Lösung des Wasserstoffsuperoxids ein Stückchen Platinchwamm (ein verteiltes Platin) oder Braunkohle bringt. Unter lebhafter Entwicklung des gasförmigen Sauerstoffs tritt völlige Zersetzung des Wasserstoffsuperoxids ein. Es bleibt nur Wasser zurück. Das Platin oder der Braunkohle sind jedoch völlig unverändert. Siehein haben sich also diese Substanzen gar nicht an der Zersetzung beteiligt. Dazu ist aber doch eine Rolle spielen, geht nicht nur aus der beschleunigten Zersetzung hervor. Sie lassen sich nämlich unter gewissen Umständen außer Tätigkeit legen. Bringt man zu der Wasserstoffsuperoxidlösung etwas Blausäure, so hört jede Wirkung des Platins oder Braunkohles auf. Diese Stoffe sind „verglast“. Wird jedoch die Blausäure durch einen Luftstrom entfernt, so tritt die Reaktion wieder ein. Solche Stoffe wie das Platin und der Braunkohle nennt man Katalysatoren oder Reaktionsbeschleuniger. Diese Stoffe wirken nicht immer zersetzend. So wird seit einigen Jahren Schwefelsäure von höchster Konzentration, wie sie namentlich in der Farbenindustrie gebraucht wird, aus schwefriger Säure und Sulfur mit Hilfe des Platins dargestellt. Auf die Wirkung dieser Katalysatoren sind noch verschiedene andre chemische Industrien gekrüppelt.

Nach dieser Abschaffung wollten wir zu den Enzymen zurückkehren. Ihre Wirkung ist ganz ähnlich. Ihr Vorhandensein genügt, um gewisse Prozesse zu beschleunigen. Wie schon erwähnt, stehen sie den Eiweißstoffen nahe und bestehen wie diese aus Kohlenstoff, Sauerstoff, Wasserstoff und Stickstoff, einzelne enthalten auch Schwefel. Sie sind sehr empfindlich gegen Temperaturschwankungen, ihre Bildung und Zersetzung liegen oft in engen Temperaturgrenzen. Bei einer Temperatur von 0 Grad ist ihre Wirkung langsam über ganz unterdrückt. Sie steigt im allgemeinen mit der Temperatur bis 40 Grad an und erreicht zwischen 40 und 60 Grad ihren höchsten Wert. Jedes Enzym hat jedoch sein Temperoptimum, d. h. eine bestimmte Temperatur, bei der es am stärksten wirkt. Im getrockneten Zustande können die Enzyme bis über 100 Grad erhitzt werden, ohne daß ihre Wirksamkeit vernichtet wird. Diese ist auch noch von gewissen anderen Umständen abhängig, einzelne wirken nur beim Vorhandensein von Säuren, andre erfordern die Gegenwart von laugenähnlichen Stoffen, während für eine dritte Gruppe das Vorhandensein beider Stoffe eine Wirksamkeit ausschließt. Gegenwart von Wasser und bei einzelnen auch von Sulfur ist aber notwendiges Erfordernis für die Wirkung der Enzyme. Ihre Tätigkeit ist immer mit dem Auftreten von Wärme verbunden. Eine Einteilung der Enzyme, von denen etwa 30 verschiedene bekannt sind, nach ihrer Zusammensetzung ist heute nicht möglich. Man unterscheidet sie nach der Art ihrer Wirksamkeit. Man spricht darum von solchen, die Kohlehydrate (Zucker und Stärke) spalten, serner von denen, die Fette zerlegen; wieder andre wandeln Eiweißstoffe oder gar Darbstoffe um. Nicht alle Enzyme finden sich im menschlichen Organismus, es gibt auch eine große Anzahl, die ihre Tätigkeit nur in Früchten oder Stoffen tierischen Ursprungs ausüben.

## Medizinisches.

Aus der Geschichte des Scheintodes. Zum ersten wird angenommen, daß das Mittel zur Einleitung einer künstlichen Atmung bei Lebensgefahr nicht älter ist als rund 50 Jahre. Auf das Irrige dieser Ansicht hat jetzt Professor Arthur Keith in einem Vortrag im Londoner Chirurgischen Kollege hingewiesen. Er wies nach, daß die Royal Human Society, das seit 1774 bestehende Vorbild aller Rettungsgesellschaften, schon im Jahre 1812 die Ausführung rhythmischer Bewegungen des Brustkorbes anempfohlen hat. Professor Keith berührte ferner das von Dalrymple angegebene Verfahren, wobei die Brust durch abwechselnde Spannen und Nachlassen einer um sie geschnürgten Bandage abwechselnd zusammengedrückt und freigeschlossen wird. Das Jahr 1858 brachte dann das berühmte, meist ausgebüttete Verfahren von Marshall Hall. Die Versuche von Richardson im Jahre 1858 ergaben keine wesentliche Neuerung, sind jedoch als die wichtigste experimentelle Untersuchung des

vergangenen Jahrhunderts auf diesem Gebiete zu betrachten. Richardson wies als erster darauf hin, daß Sauerstoffzufuhr bei der künstlichen Atmung außerordentliche Dienste leiste und daß warme Luft wirksamer sei als die kalte. Es gelang ihm, die Herzaktivität bei einem Kind aus neue in Gang zu bringen, das bereits 15 Stunden leblos gewesen war. Er schloß aus diesem Versuch, daß die Wiederbelebung des Herzens, die er durch Einführung von Sauerstoff in die Halsvenen erzielte, vergeblich ist, sofern es nicht gelingt, den Lungenkreislauf gleichfalls wieder herzustellen. In späterer Zeit sind von zahlreichen Forschern, unter denen Pacini, Howard, Schiller, Schulze und Schroeder hervorzuheben sind, Maßnahmen angegeben worden, die auf die Belebung neugeborener Kinder abzielen. Weitere Fortschritte waren das von Laborde angegebene Mittel des Ziehens an der Zunge bei Ertrunkenen und der Vorschlag von Wright, zum Zweck der Wiederbelebung die Schläfenader zu öffnen. Ein Markstein in der Geschichte der künstlichen Atmung ist dann das Verfahren von Schäfer gewesen. Er war der erste, der bei Ertrunkenen die Menge des in den Körper eingebrachten und von den Lungen aufgenommenen Wassers maß und zeigte, daß es nicht darauf ankommt, zu wissen, wieviel Lust ein einzelner Atmung den Lungen aufzuht, sondern daß man als Maß den Luftwechsel innerhalb der Atmungsorgane in einer bestimmten Zeitlichkeit, z. B. in fünf Minuten, wählen muß. Er wies zuerst auf die Gefahr hin, daß durch die Zunge die Luftausfuhr abgeschnitten werden könnte, und gab dementsprechend die jetzt gebräuchliche Lagerung von Verunglückten an, bei denen künstliche Atmung eingeleitet werden soll, wobei ein Kissen unter die Knie, schläfe und nebeneinander gehoben und ein Druck auf den Rücken über der Zehnern, Eltern und Großeltern ausgeübt wird. Dadurch werden die Bauchharnisse gegen das Zwerchfell gedrückt und die Lungen entleert. Das Verfahren verlangt aber eine gewisse schonende Handhabung, da sonst leicht Verletzungen eintreten können. Was hauptsächlich für seine Anwendung spricht, ist seine Einfachheit und die gegenüber andern Methoden viel geringere Gefahr eines mißverständlichen, verkehrten Gebrauchs. Der Fortschritt der mechanischen Verfahren gegenüber der früher gebräuchlichen Räucherung wird durch die Statistik in schlagender Weise nachgewiesen. Im ganzen ist die Zahl der Fälle, in denen die künstliche Atmung zur Rettung führt, noch immer verhältnismäßig gering. Sie beträgt nämlich nur etwa 10 bis 15 vom Hundert. Da aber der Hilfsdringende im vorans nicht weiß, ob ein „Hilfsnehmer“ Fall vorliegt oder nicht, so muß eben unter allen Umständen ein Versuch unternommen werden, die Atmung wieder in Gang zu bringen. Lebensrätsel empfiehlt es sich, wie es auch häufig der Fall ist, an entsprechenden Orten durch Anbringung von genauen, mit erläuternden Abbildungen versehenen Beschreibungen den Rettungsdienst zu erleichtern und außerdem berufsmäßige Rettungsmannschaften mit den einzelnen Mitteln genau vertraut zu machen, denn eine nicht kunstgemäße Handhabung bedeutet jedesmal eine ernste Gefahr. —

Herzschmerzen. Das Herz in seinem Sprachgebrauch das Herz zum Sitz der Seele und alter möglichen angenehmen und traumatischen Empfindungen gemacht hat, muß notwendig auch eine physiologische und zum Teil auch pathologische Erklärung haben. In der Tat sind Empfindungen in der Herzgegend eine sehr häufige Erscheinung, und da der gesunde Mensch sich selbst überhaupt nicht fühlt, so werden sie sich stets in mehr oder weniger peinlichen Schmerzen äußern. Die Körte wissen oft mit Patienten, die über Herzschmerzen klagen, nichts Nechtes anzufangen, weil sich die Ursache schwer oder gar nicht erkennen läßt. Überhaupt sind die Herzschmerzen, wie Dr. Seitz aus Franzensbad in einem Vortrag vor der Naturhistorischen Gesellschaft ausführte, eine „proteusartige Erscheinung“, die sich sehr verdeckt äußern und auch sehr verdeckte Veranlassungen haben kann. Am meisten verbreitet und mehr oder weniger jedem bekannt ist das Herzschlagen. Die Häufigkeit und Stärke seines Auftretens hängt wesentlich von der „Nervosität“ ab. Während es bei gesunden Menschen nur bei starken Aufregungen vorkommt, zeigt es sich bei nervösen Leuten auch ohne besondere seelische Einstellung, anzuzeigen zu ganz bestimmten Stunden. Eine Eigenheit fast aller Alterationen des Herzens ist das Angstgefühl, das man auch als Herzangst bezeichnet. Nicht immer hat diese Angst etwas Erhebliches zu bedeuten, sie ist aber auch naturgemäß eine Begleiterscheinung aller Erkrankungen des Herzens selbst und der benachbarten Blutkanäle. Ferner erfolgen Herzschmerzen durch Störungen in der Regelmaßigkeit der Herzbewegungen, was der Volkmund einfach mit dem Ausdruck kennzeichnet: „Mein Herz steht auf“, oder: „Mir blieb das Herz stehen.“ Namentlich bei Frauen äußern sich unangenehme Gesichter in der Herzgegend durch eine Überempfindlichkeit der Brust, besonders bei etwas torpiden Frauen. Nicht oft sieht man die Menschen einen Schmerz für vom Herzen ausgehend, während er eigentlich wo anders sitzt, z. B. in den Rippen bei Grippe; unter diesen Umständen kann er meist durch Pulsinselung bestätigt werden. Im ganzen wird begreiflicherweise jede Störung im Blutkreislauf sich in gewissem Grade auch im Herzen bemerkbar machen. —

Gegen Gesichtsräte. Die bei jungen und auch älteren Leuten sehr häufige, medizinisch als Akne bezeichnete Gesichtsröte ist ein sehr lästiges und nicht selten hämatologisches Leid, das erhebliche Berücksichtigung verdient. Das Journal der Amerikanischen Medizinischen Vereinigung warnt davor, in diesem Hautleiden eine geringfügige Kleinigkeit zu erblitzen, die der Arzt mit einem flüchtigen Blattschlag abtun könnte. Die Häufigkeit der Gesichtsröte läßt sich zum Teil aus der zunehmenden Verstaubung und Verhärtung der Großstädte erklären. Die in der Luft befindlichen Staubchen geben wahrscheinlich durch Verstopfung der Ausführungsgänge der Talgdrüsen zu starke Mitesserbildung Anlaß, die dann zum Auftreten der Akne führt. Da aber die Gesichtsröte auch oft die Folge allgemeiner organischer Störungen und namentlich solcher der Verdauungsorgane ist, so muß man zunächst den gesamten Gesundheitszustand des Patienten untersuchen, um zu einer richtigen Behandlung zu gelangen. Nicht selten ist auch nur ein Mangel an Reinlichkeit und Hautpflege an der Erkrankung schuld. Meist ist es jedoch die Vernachlässigung hygienischer Gebote hinsichtlich der Funktionen der Ernährung und Verdauung, die zu Nötigungen der Gesichtshaut führt. In manchen Ländern wird nach dieser Richtung durch wenig zweckmäßige Nahrungsmittel ganz besonders gesündigt. Die Amerikaner z. B. pflegen durch die Vorliebe für gelatinöse Mehlspeisen und andre gummiartige Gerichte sowie für helles Brot und eingesalzte Getränke den Störungen einer regelmäßigen Verdauung Vorleib zu leisten, so daß man dort, wo der Betrieb des Erwerbslebens noch als erschwerendes Moment hinzutritt, bei jungen Leuten beiderlei Geschlechts besonders häufig dem bleichsichtigen, außerdem noch durch Akne verunzierten Typus von Leuten, die nicht ordentlich verbanen, begegnet. Die Behandlung kann selbstverständlich nur dann erfolgreich sein, wenn sie den Grundursachen des Leidens zu Leibe geht. Wo Neigung zur Mitesserbildung und Akne infolge von Empfindlichkeit der Haut besteht, soll weder warmes noch kaltes Wasser zur Reinigung von Stand und Schminz angewandt werden. Es wird vielmehr empfohlen, die Schminz mittels einer Salbe vorzunehmen, die in haselnussgroßen Stückchen mit beiden Händen leicht in die Haut eingerieben wird. Nach dem Abwaschen mit einem weichen Tuch soll dann mit lauem Wasser nachgewaschen werden, wobei keine Seife zu benutzen ist. In manchen Fällen ist es am besten, die Ausschaltung der Talgdrüsen durch einmal täglich vorgenommene Waschen mit verdünntem Alkohol, Bay-Rum oder einem andern adstringierenden Mittel zu entfernen. Wo konstitutionelle Ursachen vorliegen, ist je nach ihrer Art vorzugehen. Nebenfalls aber sollte eine Kur verflucht werden, da die Hautunreinheiten sehr oft eine Quelle für seelische Unzufriedenheit werden. —

Die Todesarten in Frankreich. Es ist ein merkwürdiges

nicht aber auch für die Landbevölkerung eine umfassende Sterblichkeitsstatistik zur Durchführung gebracht hat. Sogar für die Städte ist sie erst seit wenig mehr als 20 Jahren ausgeführt worden. Diese schwerwiegende Vernachlässigung hat jetzt der Leiter der Assistance Publique, Dr. Mirman, in kaufmännischen Aufträge zum erstenmal aufzuheben versucht, und in den Ergebnissen seiner Arbeit liegt demnach endlich die Möglichkeit vor, eine Übersicht über die Art der Sterblichkeit für ganz Frankreich zu gewinnen. Die gegebenen Ziffern gelten für das Jahr 1900. Die Bevölkerung bezifferte sich damals auf 39 252 245 Seelen. Von diesen starben 778 400, und von diesen Todesfällen lamen 354 007 auf Leute von mehr als 60 Jahren und 129 237 auf das erste Lebensjahr. Hält der Gesundheitszustand in Frankreich die Tatsache, daß Alterschwäche als die häufigste Todesursache bezeichnet wird, ein sehr glänzendes Zeugnis ab. In dieser Starbe in dem Berichtsjahr 108 274 Menschen. An zweiter Stelle stehen als Todesursache die entzündlichen Krankheiten der Atmungsorgane mit 99 830 Todesfällen, die fast ausschließlich auf alte Leute und kleine Kinder entfallen. Erst an dritten Rang nimmt die Tuberkulose mit 87 001 ein, jedoch wird die Beschränkung ausgesprochen, daß diese Ziffer etwas zu gering ist. Von sachverständiger Seite ist früher die Zahl der in Frankreich jährlich der Tuberkulose erliegenden Personen sogar auf 150 000 angegeben worden, die jedoch wiederum zu hoch gewesen sein mag. Die von dem berühmten Hygieniker Berthillon aufgestellte Liste zum Vergleich der Sterblichkeit an Tuberkulose in den verschiedenen Ländern hat gezeigt, daß Frankreich in dieser Hinsicht eine ziemlich vorteilhafte Stellung einnimmt. Es hatte allerdings mehr Todesfälle an Tuberkulose als Preußen und England, aber weniger als Sachsen, Württemberg, die Schweiz, Baden, Bayern und Österreich. —

## Kunstchronik.

Neues Theater. Donnerstag: Die Drosselprinzessin. Freitag: Der Troubadour; Tonzenzen. Sonnabend: Revolutionsschicksal. Sonntag, 6 Uhr: Die Meistersinger von Nürnberg. (Aucher Abonnement zum Festspiel des Richard Wagner-Denkmalbunds.) Musikalische Zeitung: Felix Moissi. Eva-Dermine Boëtii. Magdalene: Ottília Wehner. David: Dr. Paul Kuhn. Hans Sachs: Clarence Whitehill. Montag: Othello (Klassikzyklus I). — Altes Theater. Donnerstag: Doktor Klaus (Alfred Breuer). Freitag: Melchior Léonard (Vorstellung Doktor Klaus (Alfred Breuer)). Sonnabend: Künftlerblut (Zorelli: Alexander Girardi). Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Der tapfere Soldat (Fernández Peña). Sonntag, abends 1/2 Uhr: Die Welt, in der man sich langweilt. Montag: Die Drosselprinzessin.

Die Vorstellungen im Neuen Theater beginnen, wenn nichts andres angegeben, um 7 Uhr, die im Alten Theater 1/2 Uhr.

## Nötzen.

Ein einzigartiges Versteinerungsfund ist im amerikanischen Staat Wyoming gemacht worden. Es handelt sich um die Reste eines Tieres aus der berühmten Ordnung der Dinosaurier, der größten Geschöpfe, die überhaupt jemals auf der Erde gelebt haben. In diesen gehört auch der vielgenannte Diplodocus, dessen berühmtestes Skelett gleichfalls in Wyoming gefunden und ausgetragen wurde und von dem Carnegie einen Abguß in das Naturhistorische Museum in Berlin stiftete. Ferner sind auch die Funde, die längst in Deutsch-Ostafrika von Professor Eberhard Fraas gemacht wurden und nun durch eine besondere Reichsexpedition ausgebeutet werden sollen, überbleibsel von riesigen Reptilien der jetzt ausgestorbenen Gruppe. Die neueste Entdeckung zeichnet sich aber vor allen Fällen in einem überaus wichtigen Punkt aus, da von dem jetzt ausgetragenen Exemplar auch die Haut erhalten geblieben ist. Das Tier muß an einer trocken, sandigen Stelle gestorben und lange Zeit der Sonne ausgesetzt gewesen sein, deren Strahlen den Felsenlehm gewissermaßen in eine Mumie verwandelt haben müssen. Dann wurde er plötzlich durch eine Ueberschwemmung mit einer Schicht Sand umhüllt und so rasch und tief eingedekkt worden, daß die Haut keine Gelegenheit hatte, aufgeweicht zu werden und zu zerfallen, sondern mit den Knochen in einen gewissen Zustand der Versteinerung überging und so erhalten blieb. Der Fall ist durchaus eigenartig und bei einem vor so langer Zeit untergegangenen Tier überhaupt noch nicht vorgekommen. Wie viele Jahrtausende vergangen sind, seit der letzte Dinosaurier mit seinem kolossalen Leibe den Boden der Erde ertraten machte, läßt sich freilich nicht angeben, doch scheint die vermutungswise angegebene Schätzung, daß 3 Millionen Jahre seitdem verflossen sind, eher zu niedrig zu sein. Selbstverständlich hat das Amerikanische Museum für Naturgeschichte diese große Weltwürdigkeit für seine Sammlung erworben. —

Kröten als Hungerkünstler. In der Monatsschrift Kosmos schreibt Eduard Voode: Die alte Sage, daß man in Steinen und Baumstämmen Kröten gefunden habe, die hier schon seit Jahrhunderten oder gar Jahrtausenden eingeschlossen gewesen seien, aber bei ihrer Befreiung aus der Gefangenschaft noch lebten, wurde neuerdings in der Londoner Linneschen Gesellschaft auf Grund eines neuen Fundes dieser Art besprochen. Man gelangte zu der Überzeugung, daß die alte Volkssage doch ein guter Stütze Wahrheit enthalte. Charles Dawson legte eine hohle Feuersteinknosse im Umfang von 32 Centimetern vor, die auf den Sandflächen bei Leives aufgelesen worden war und beim Aufschlagen den ausgetrockneten Körper einer toten Kröte zeigte. Der Eingang zu der Höhlung, in der die Mumie lag, war so winzig, daß das erwachsene Tier unmöglich hineingetrieben sein konnte. Früher nahm man in solchen Fällen ohne weiteres an, daß die Kröte sich seit der Bildung des Steines in ihm befunden habe, und berief sich dabei auf die Häufigkeit der Kröten. Zählig sind diese nun allerdings in hohem Maße, aber es ist nachgewiesen, daß sie überhaupt nicht älter als 50 Jahre werden, also auch in einer Steinähnlichkeit nicht viele Jahrhunderte leben können. Im 18. Jahrhundert führte der Naturforscher Hartmann einen ebenso interessanten wie grausamen Versuch aus, indem er drei lebende Kröten in ein Häuschen setzte, dieses dann rings mit Gips umgab und hierauf in die Erde vergrub. Drei Jahre später, am 8. April 1774, wurde es wieder ausgegraben und zerstört, und dabei sollen von den drei Kröten angeblich noch zwei am Leben gewesen sein! Die in London versammelten Gelehrten waren nun mit Dawson übereinstimmend der Meinung, daß solche Kröten als ganz junge Tiere durch einen Spalt in den Feuerstein geschlüpft seien und sich darin von Kerbitieren ernährt hätten, die zufällig ebenfalls durch eine Öffnung in das Innere des Hohlsteins geraten waren. Die Kröte wuchs heraus und konnte schließlich aus ihrer Kugel nicht mehr heraus. Endlich mußte sie verhungern, wenn ihre Kruste in Gestalt einer Kriechender Kröte zu lange ausblieb. Aber nicht nur in Steinen, sondern auch in Holzblöcken hat man lebende oder tote Kröten gefunden. Auch hier ist die Erklärung am Platze, daß die Tiere in jugendlichem Alter und unerwachsenem Zustande in den Baum fror und hier aufzusitzen. Da eine Menge Kröten, Aßeln, Schwiämmer, Tausendfüßer u. a. eine lebhafte Neigung gefunden, in allerlei Augen und Nieren einzuschlüpfen, so wird eine derart eingeschlossene Kröte gar nicht selten Beute machen können, und im Notfall vermag sie ja erstaunlich lange zu hinken. Sie muß jedoch verschmachten, wenn die kleine Gangangöffnung zu ihrer Zelle im Verlaufe des Baumwachstums verschwindet, d. h. sich schließt. Einem solchen Fall hat man zweifellos vor sich, wenn man eine tote Kröte in einem ringrum verschlossenen Holzstücke findet. Die Kröte ist so in eine natürliche Falle geraten und hat in ihr einen langsam und qualvollem Tod gefunden. —